



7

Eisenstadt, am 29. Juni 2012
Sachb.: WHR Mag. Csillag
e-mail: franz.csillag@bgld.gv.at
(bitte nur für informelle Anschreiben
verwenden; für Anbringen i.S.v. § 13
Abs. 2 AVG das Formularservice
Burgenland oder anbringen@bgld.gv.at
wählen) Tel.: +43 (0) 57 / 600 - 2301,
Fax: +43 (0) 57 / 600 – 2899

Zl. 5-G-UVP1049/94-2012

**Vieghofer Windmanagement GmbH
„Errichtung eines Windparks Nickelsdorf 1“**

Umweltverträglichkeitsprüfung

Genehmigungsbescheid

I. Bescheid Spruch

Genehmigungsbescheid

Aufgrund des Antrags der Vieghofer Windmanagement GmbH vom 15. Oktober 2010, vertreten durch die Schwentenwein Baubetreuungs GmbH, 7000 Eisenstadt, Marktstraße 3 Technologiezentrum, auf Erteilung der Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb eines Windparks in Nickelsdorf mit 9 Windenergieanlagen wird gemäß § 17 iVm Anhang 1 Spalte 2 Z 6 lit a Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000, BGBl. Nr. 697/1993 in der Fassung BGBl. I Nr. 144/2011, wie folgt entschieden:

1. Der Vieghofer Windmanagement GmbH wird nach Maßgabe der einen Bestandteil dieses Bescheides bildenden Projektunterlagen (Beilage 1 zu diesem Bescheid) gemäß
 - §§ 17 Abs. 1, 2 und 4 bis 7 UVP-G in Verbindung mit Anhang 1 Spalte 2 Z 6 lit a Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000, BGBl. Nr. 697/1993 in der Fassung BGBl. I Nr. 144/2011, unter gleichzeitiger Anwendung folgender Verwaltungsvorschriften
 - § 32 Abs. 2 lit c Wasserrechtsgesetz 1959 - WRG 1959, BGBl. Nr. 215/1959 idF BGBl. I Nr. 14/2011,
 - § 92 Abs. 2 ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, BGBl. Nr. 450/1994 idF BGBl. II Nr. 50/2012
 - §§ 85 und 91 bis 94 Luftfahrtgesetz BGBl. Nr. 253/1957, i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2010
 - §§ 5, 11 und 12 Burgenländisches Elektrizitätswesengesetz 2006, Bgld. ElWG 2006, LGBl. 59/2006, i.d.F. LGBl. Nr. 52/2009
 - §§ 5, 6 Burgenländisches Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990, LGBl. Nr. 27/1991, i.d.F. LGBl. Nr. 7/2010
 - §§ 3 und 18 Burgenländisches Baugesetz 1997 LGBl. Nr. 10/1998, i.d.F. LGBl. Nr. 7/2010

die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb des Windparks Nickelsdorf 1, bestehend aus 9 Anlagen der Type Enercon E-101 mit einer Nennleistung von je 3 MW samt Nebenanlagen erteilt.

Den Einwendungen des Nationalparks Fertö-Hansag wird keine Folge gegeben.

Aberkennung der aufschiebenden Wirkung

Gemäß § 64 Abs. 2 AVG wird einer allfälligen Berufung die aufschiebende Wirkung aberkannt.

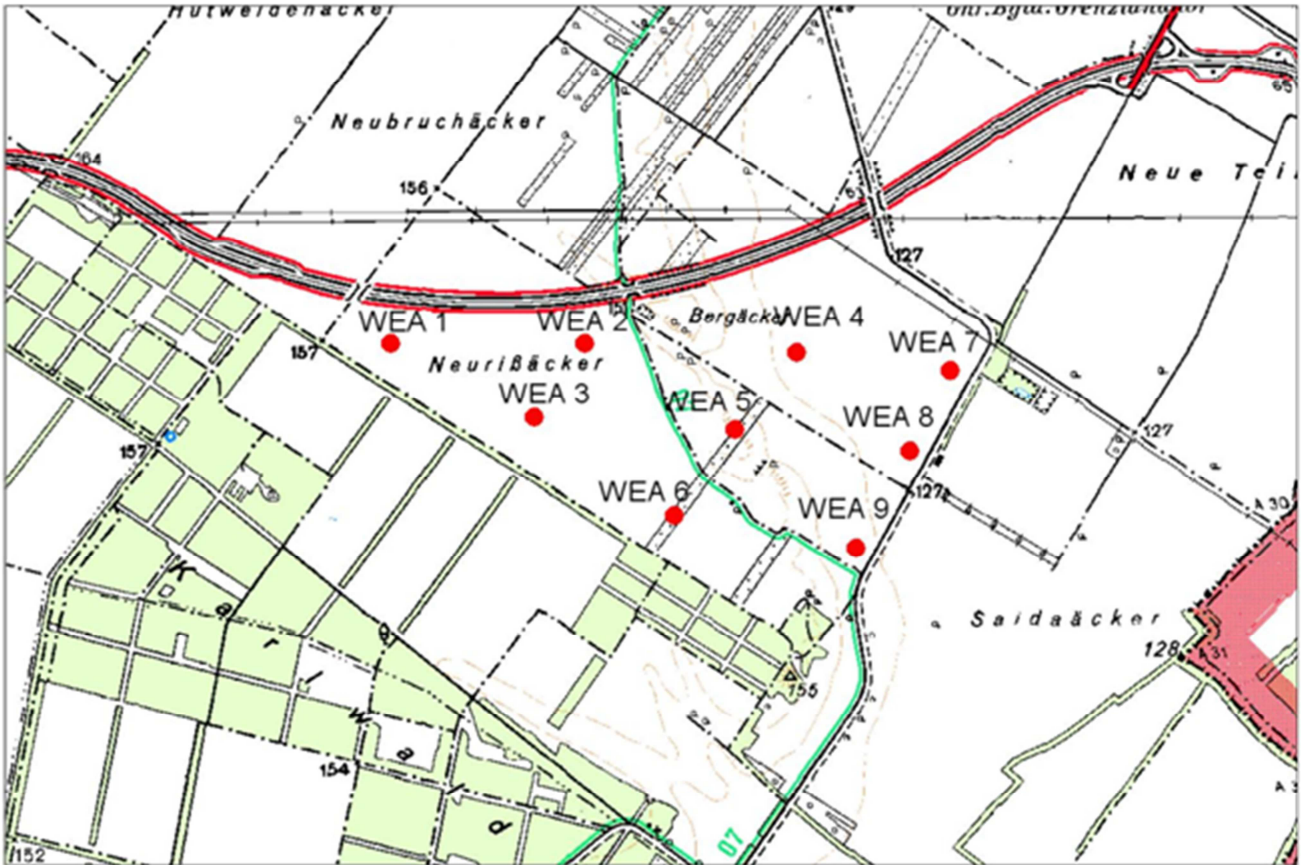
II. Vorhaben

1. Allgemeines

Die Vieghofer Windmanagement GmbH beabsichtigt die Errichtung von 9 Windenergieanlagen (WEA) des Typs Enercon E-101 mit im Turm integrierten Trafostationen, einer Nennleistung von 3.000 kW, einem Rotordurchmesser von 101 m, einer Nabenhöhe von 135 m, somit einer Gesamthöhe von 186 m in der Katastralgemeinde Nickelsdorf. Die erzeugte Energie wird über 30 kV Erdkabel, ein 30 kV-Windparknetz, zum neu zu errichtenden Umspannwerk (UW) Zurndorf abgeleitet.

Vom Umspannwerk Zurndorf erfolgt die Ableitung der erzeugten elektrischen Energie des Windparks Nickelsdorf1 in das neu zu errichtende Umspannwerk (UW) Zurndorf (nördlich der A 4 Ostautobahn), wo die Einspeisung in die 380 kV-Györleitung erfolgt.

Das ggst. Vorhaben umfasst die 9 WEA sowie die Windparkverkabelung und den Anschluss an das neu zu errichtende UW Zurndorf. Das UW Zurndorf und die Ableitung von diesem sind nicht Teil des Vorhabens des ggst. UVP-Genehmigungsverfahrens. Die Umweltauswirkungen werden jedoch in der vorliegenden Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) berücksichtigt.



Lage des Vorhabens Windpark Nickelsdorf I

Der Standort für den vorgesehenen Windpark Nickelsdorf1 liegt im Bezirk Neusiedl am See in der Pannonischen Tiefebene. Genauer befindet sich das Projektgebiet im Seewinkel im südlichen Bereich der Gemeinde Nickelsdorf.

Im Norden wird der Windpark von der A 4 der Ostautobahn und im Osten von der Kleylehofer Straße begrenzt. Das Projektgebiet ist dünn besiedelt und durch landwirtschaftliche Nutzung geprägt, die nur vereinzelt durch Windschutzgürtel, Waldflächen und Einzelgehölze unterbrochen wird. Das Ortszentrum von Nickelsdorf ist ca. 2,5 km zur nächstgelegenen Windenergieanlage entfernt. Der Abstand vom Ortszentrum Halbturn bis zum nächstgelegenen Windenergieanlage beträgt ca. 10 km. Zwischen Kleylehof und der nächstgelegenen WEA liegen etwas über 1600 m. Im Osten liegt ein Teil des Novarock Festivalgeländes (Parkplätze).

Es befinden sich keine weiteren Siedlungen in näherer Umgebung (weniger als 5km).

Auf Grund der Betriebsdaten der bestehenden Windparks Parndorfer Platte und der sich daraus ergebenden Erträge erscheint der gewählte Standort für die Nutzung der Windenergie zur schadstofffreien Erzeugung elektrischer Energie besonders geeignet.

Das Areal, auf dem die Windkraftanlagen geplant sind, ist weder in seiner Gesamtheit noch sind Teile davon naturschutzrechtlich geschützt. Das gegenständliche Gebiet ist in einer durch das Land Burgenland beauftragten und vom Österreichischen Institut für Raumplanung durchgeführten Studie als Eignungsfläche für Windkraftanlagen ausgewiesen.

Die Genehmigung der Umwidmung der gegenständlichen Flächen erfolgte nach positiven Gemeinderatsbeschlüssen durch den Raumplanungsbeirat des Landes Burgenland.

Gemäß rechtskräftiger Widmung und Studie ÖIR ist für die Zone eine Höhenbeschränkung von 186 m gegeben. Vorgesehen sind Anlagen der Type Enercon E 101 mit einer Nennleistung von 3000 kW, einem Rotordurchmesser von 101 m, der Firma ENERCON GmbH aus Aurich, Deutschland.

Mit den Grundstückseigentümern wurden Options- bzw. Pachtverträge abgeschlossen, in denen die Zustimmung zur Errichtung der Windenergieanlagen, bestehend aus Fundament, Zuwegung, interne Windparkverkabelung, Kranstellfläche und Überstreichung beinhaltet ist.

WEA	WEA-Typ	Koordinaten Austria GK 34			
		NH	X	Y	Z
NICK 1	E-101	135	53673,430	5308890,890	159,10
NICK 2	E-101	135	54554,980	5308892,460	155,23
NICK 3	E-101	135	54299,942	5308611,629	155,15
NICK 4	E-101	135	55374,623	5308886,781	133,20
NICK 5	E-101	135	55115,097	5308552,340	135,05
NICK 6	E-101	135	54857,075	5308213,736	144,95
NICK 7	E-101	135	56091,970	5308806,500	152,43
NICK 8	E-101	135	55868,027	5308440,179	127,85
NICK 9	E-101	135	55636,468	5308034,907	131,17

2. Antragsunterlagen

Die Antragsunterlagen bestehen aus folgenden Bestandteilen:

- Genehmigungsantrag vom 05.10.2010
- Begleitschreiben vom 07.12.2010 für den Austausch der korrigierten UVE-Unterlagen
- Antrag vom 30.12.2010
- Antrag vom 30.09.2011 für die neuerlich korrigierten und ergänzten UVE-Unterlagen
- Antrag 20. März 2012 betreffend die Nachbesserung der UVE aus vogelkundlicher Sicht auf ungarisches Staatsgebiet

II. Einreichoperat

- Ordner 1. UVE-Zusammenfassung und Vorhaben
- Ordner 2. Elektrotechnische Beschreibung
- Ordner 3. Raum- und Umweltbeurteilung und Grundlagen (Basisdaten und Messprotokolle)
- Ordner 4. Bau- und Untergrundverhältnisse

Die mit den Genehmigungsvermerken versehenen Einreichunterlagen bilden einen wesentlichen Bestandteil dieses Bescheides.

III. Nebenbestimmungen (Auflagen, Bedingung und Befristungen)

In Ergänzung zu den in den Projektsunterlagen enthaltenen Maßnahmen zur Verhinderung und Verringerung schädlicher, belästigender oder belastender Auswirkungen werden für das Vorhaben nachstehende Nebenbestimmungen (Auflagen, Bedingung und Befristungen) festgelegt:

Bedingung:

Hinsichtlich der Windkraftanlage Nick 8 wird die Bewilligung unter der Bedingung erteilt, dass vor Inbetriebnahme der Windkraftanlage Nick 8 die bestehende landwirtschaftliche Halle abgebaut und allenfalls außerhalb des Gefährdungsbereiches der Windkraftanlagen (205 m) neu errichtet wird.

Auflagen:

1 Maschinenbau/Elektrotechnik/Schattenwurf

1.1. Vor Baubeginn ist der Behörde ein Nachweis, ausgestellt von der APG oder einem befugten Ziviltechniker, über die Einhaltung der von der APG geforderten Abstände zwischen den gegenständlichen Windenergieanlagen und den im Nahbereich befindlichen Hochspannungsleitungen zu übermitteln.

1.2. Zwischen der äußersten Grundstücksgrenze der Autobahn und den Windenergieanlagen (Turmmittelpunkt) sind Sicherheitsabstände im Ausmaß der Gesamthöhe der Anlage inkl. Rotor + 20% einzuhalten. Vor Baubeginn sind diese Abstände durch einen befugten Ziviltechniker für Vermessungswesen messtechnisch zu ermitteln. Nach Fertigstellung der Windenergieanlagen ist der Behörde eine Bestätigung eines befugten Ziviltechnikers für Vermessungswesen über die Einhaltung dieser Sicherheitsabstände zu übermitteln.

1.3. Vor Errichtung der Windenergieanlagen ist der Behörde ein Gutachten einer unabhängigen Prüfstelle über die Wirksamkeit des Eiserkennungssystems der Windenergieanlagen bei Stillstand der Rotoren vorzulegen.

1.4. Vor Inbetriebnahme der Windenergieanlagen ist der Behörde eine Vereinbarung zwischen dem Windparkbetreiber bzw. dem mit der Betriebsführung bei Eisansatz betrauten Unternehmen und der ZAMG über die Benachrichtigung 48h vor Eintreffen maskierter Kaltfronten zu übermitteln.

1.5. Vor Inbetriebnahme der Windenergieanlagen sind der Behörde mindestens zwei Mühlenwarte namhaft zu machen, die mit der Bedienung der Anlage vertraut sind und über eine einschlägige Ausbildung verfügen. Die Nachweise über die technische und meteorologische Ausbildung sind der Behörde vor Inbetriebnahme zu übermitteln.

Die Nachweise über die absolvierten Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen aller weiteren Mühlenwarte, sowie der Nachweis über die Abhaltung der jährlichen Übung mit den Mühlenwarten für den Betriebsfall „Eisansatz“ sind zur behördlichen Einsichtnahme bereit zu halten.

1.6. Vor Inbetriebnahme der Windenergieanlagen ist der Behörde der Betriebsführungsvertrag zwischen dem Anlagenbetreiber und dem mit der Betriebsführung betrauten Unternehmen über die Betriebsführung bei Eisansatz, sowie der Zertifizierungsnachweis (z.B. ISO 9001) des mit der Betriebsführung betrauten Unternehmens, zu übermitteln.

1.7. Vor Inbetriebnahme der Windenergieanlagen sind der Behörde die Konformitätserklärungen der Windenergieanlagen und der Aufstiegshilfen über die Einhaltung der grundlegenden Sicherheitsanforderungen sowie eine Bestätigung des Errichters der Windenergieanlagen, dass die Windenergieanlagen gem. Typenprüfung errichtet und abgenommen wurden, vorzulegen.

1.8. Die Windenergieanlagen sind als abgeschlossene elektrische Betriebsstätten einzurichten und zu betreiben.

1.9. Die Bedienung der Windenergieanlagen darf nur durch unterwiesene Personen oder elektrotechnische Fachkräfte erfolgen.

1.10. Die Wartung der Windenergieanlagen ist über die gesamte Bestandsdauer (Errichtung bis Abbruch), z.B. durch Wartungsverträge mit dem Hersteller oder einer vom Hersteller befugten Fachfirma sicherzustellen. Entsprechende Vereinbarungen und/oder Verträge sind der Behörde auf Verlangen vorzulegen.

1.11. Die Windenergieanlagen sind bei Detektieren einer Vereisung abzuschalten und dürfen nur nach Besichtigung bzw. Feststellung der Eisfreiheit vor Ort in Betrieb genommen werden. Die Aktivierung des Rotorblattenteisungssystems darf nur manuell durch einen Mühlenwart oder Servicetechniker erfolgen, eine automatische Aktivierung des Enteisungssystems zum Abtauen vereister Rotorblätter ist nicht zulässig.

1.12. Für das Detektieren einer Vereisung der Rotorblätter sind die Windenergieanlagen mit mindestens zwei unabhängigen Eiserkennungs-Systemen auszustatten. Mindestens ein Eiserkennungs-System muss bei Betrieb des Rotors der Windenergieanlagen und ein Eiserkennungs-System muss auch bei Stillstand des Rotors wirksam sein und ein Anlaufen der im Stillstand vereisten Anlage wirksam verhindern.

1.13. An sämtlichen Zufahrtswegen zu Windenergieanlagen, und an Wegen welche durch einen Überwachungsbereich verlaufen, sind mindestens im Abstand des Überwachungsbereiches (Gesamthöhe der Anlage inkl. Rotor + 20%) Warntafeln und Warnleuchten aufzustellen, welche auf die Gefahr des Eisabfalls hinweisen.

1.14. Die Aktivierung der Warnleuchten für Eisansatz hat spätestens bei erkanntem Eisansatz automatisch zu erfolgen. Die Deaktivierung der Warnleuchten darf nur manuell durch einen Servicetechniker vor Ort bei Eisfreiheit der Rotorblätter durchgeführt werden.

1.15. Während dem Abtauvorgang von vereisten Rotorblättern ist der gesamte Überwachungsbereich um die Windenergieanlage (Gesamthöhe der Anlage inkl. Rotor + 20%) zur Vermeidung einer Gefährdung von Personen und Sachgütern von einer je nach den örtlichen- und witterungsbedingten Gegebenheiten erforderlichen Anzahl von Mühlenwarten bzw. unterwiesenen Personen zu überwachen.

1.16. Die ÖVE-L 20 (Verlegung von Energie-, Steuer- und Messkabeln) ist bei der Errichtung einzuhalten.

1.17. Für die elektrischen Anlagen sind Schaltanlagenbücher aufzulegen, in die alle Schalthandlungen und sonstige mit der Anlage verbundenen Tätigkeiten aufzunehmen sind.

1.18. Die elektrischen Anlagen (inkl. Erdungsanlagen) sind wiederkehrend im Abstand von höchstens 3 Jahren überprüfen zu lassen. Hierüber sind Prüfprotokolle zur behördlichen Einsichtnahme bereit zu halten. Die 3 letzten Prüfprotokolle sind aufzubewahren.

1.19. Die Windenergieanlagen sind gem. Typenprüfung (Turm, Maschinenteile, Rotor, elektrische Anlagen, Blitzschutz, Sicherheitssystem etc.) zu errichten. Die Auflagen der Typenprüfungen sind bei Errichtung und bei Betrieb der Windkraftanlagen einzuhalten.

1.20. Die Sicherheitshinweise des Typenblattes sind beim Betrieb der Windkraftanlage einzuhalten.

Hinweise:

Die mit der Elektrotechnikverordnung 2002, BGBl. II. Nr. 222/2002 und der Änderungen hierzu (ETV 2002/A1, BGBl. II 33/2006, sowie ETV 2002/A2, BGBl. II. 223/2010) für verbindlich erklärten SNT-Vorschriften sind bei der Errichtung, der Instandhaltung und beim Betrieb der Anlage einzuhalten.

Insbesondere wird auf die Einhaltung der ÖVE/ÖNORM E 8383 (Starkstromanlagen mit Nennwechselspannung über 1kV) und der ÖVE EN 50110-1 (Betrieb von elektrischen Anlagen) hingewiesen.

2. Fachbereich Landschaftsschutz

2.1. An den Windkraftanlagen und sonstigen Teilen der Anlage dürfen keine Werbungen angebracht werden, ausgenommen ist das Anbringen an der Gondel von Bezeichnungen des Eigentümers und des Herstellers der Anlage, die Beschriftungsgröße darf 1,2 m nicht überschreiten.

2.2. Nachstehende von der Projektwerberin zu zahlende Ausgleichsmaßnahmen sind für die Dauer des Bestandes der jeweiligen WKA im Einvernehmen mit der Gemeinde unter Aufsicht der ökologischen Bauaufsicht umzusetzen:

- sie betragen pro Jahr einen Euro je Höhenmeter und je Windkraftanlage (inklusive Rotorblätter)
- sie werden erstmals fällig mit der Inbetriebnahme einer Windkraftanlage
- sie dienen ausschließlich dem Management von landschaftsökologischen Maßnahmen, die festgelegten Maßnahmen können nur mit Zustimmung der erkennenden Behörde abgeändert werden.

2.3. Zwecks Sicherstellung des Abbaus der WKA wird eine Sicherheitsleistung in Form einer Bankgarantie oder Gleichwertiges in der Höhe von 50.000 EURO wertgesichert pro Windkraftanlage zuzüglich des Recyclingwertes der abzubauenen Anlagen vorgeschrieben, die bei der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See zu hinterlegen ist.

3. Sachgüter- Kulturgüter

Der Humusabtrag der Standorte der WKA ist unter Aufsicht eines Vertreters des Bundesdenkmalamtes (Mag. Franz Sauer) zu überwachen. Das BDA ist rechtzeitig vor Baubeginn des Humusabtrags zu verständigen.

4. Wasserbau

4.1. Die Lagerung von Stoffen hat derart zu erfolgen, dass auch bei einem Anstieg des Grundwasserspiegels keine wassergefährdenden Stoffe in den Untergrund gelangen können.

- 4.2. Die mobilen Diesellaggregate dürfen nur mit einer Auffangvorrichtung betrieben werden, in der eventuell auslaufende wassergefährdende Stoffe aufgefangen werden. Bei der Betankung von dieselfbetriebenen Geräten bzw. Maschinen ist darauf zu achten, dass keine wassergefährdenden Stoffe in den Untergrund gelangen können.
- 4.3. Für das Binden ausgelaufener Mineralöle sind mindestens 50 l Ölbindemittel bereitzuhalten.
- 4.4. Eventuell auslaufende Mineralöle oder andere wassergefährdende Stoffe sind zu sammeln und einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.
- 4.5. Die Treibstofflagerung hat einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu entsprechen.
- 4.6. Überschüssiges Bodenaushubmaterial ist einer Wiederverwertung (Bundesabfallwirtschaftsplan 2011) oder Entsorgung (Deponieverordnung 2008) zuzuführen.
- 4.7. Anfallende Schmutzwässer sind in dichten Behältern zu sammeln und ordnungsgemäß zu entsorgen.
- 4.8. Tritt beim Wechsel der Getriebe- und Hydrauliköle sowie der Schmierstoffe oder bei Leitungsdefekten im Kühlsystem oder den Ölleitungen eine Verunreinigung des Untergrundes auf, so ist die Behörde unverzüglich zu verständigen. Die kontaminierten Bereiche sind unverzüglich auszuheben und ordnungsgemäß zu entsorgen. Die Aushubarbeiten und die Entsorgung des angefallenen Materials sind von einer befugten Fachperson oder einer entsprechenden Fachanstalt mit einschlägiger Kenntnis zu überwachen. Über die ordnungsgemäße Durchführung dieser Arbeiten ist der Behörde nach Abschluss der Arbeiten innerhalb von 2 Monaten vorzulegen.
- 4.9. Beim Abbau der Anlagen sind die wassergefährdenden Stoffe und die anfallenden Abfälle über befugte Unternehmen zu entsorgen.
- 4.10. Die Windenergieanlagen inkl. der Betonfertigteiltürme sind abzubauen oder abzubrechen und einer Verwertung über ein befugtes Unternehmen zuzuführen oder über ein befugtes Unternehmen zu entsorgen.
- 4.11. Werden die Betonfundamente abgebrochen, so ist der nicht kontaminierte Betonabbruch einer Verwertung, der kontaminierte Betonabbruch einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.
- 4.12. Die Auffüllung der Fundamentbereiche hat mit reinem, inertem Bodenaushub zu erfolgen.

5. Fachbereich Verkehrstechnik, Verkehrsplanung und Güterwege

- 5.1. Zusätzlich zu den Ausweichmöglichkeiten an vorhanden oder geplanten Einmündungen und Aufweitungen sind weitere Ausweichstellen für den ohne Sondergenehmigung zulässigen Baustellenverkehr so vorzusehen, dass der Abstand zwischen den Ausweichstellen 500m nicht überschreitet und eine Sichtbeziehung zwischen den benachbarten Ausweichmöglichkeiten gegeben ist.
- 5.2. Die Ausweichstellen sind bezüglich Abmessungen und Tragfähigkeit so zu dimensionieren, dass die Begegnung zweier Lastfahrzeuge möglich ist. Die Ausweichstellen bzw. Aufweitungen sind am Beginn der Bauphase zu errichten und über die Baudauer erforderlichenfalls freizuhalten.
- 5.3. Die Einmündung des Güterwegs Nickelsdorf – Neuteilung von der Autobahnabfahrt A4 kommend in den Weg 1822/2 zum Güterweg Nickelsdorf – Kleylehof ist für die Befahrbarkeit mit Sattelzugfahrzeugen im Kurvenbereich ausreichend zu verbreitern.

5.4. An den Einmündungen und Kreuzungen ist eine Beeinträchtigung der Sichtbeziehungen durch Bewuchs, Tafeln, Abstellen von Gegenständen oder Fahrzeugen etc. über die gesamte Dauer der Errichtungsphase zu vermeiden, soweit dies im Einflussbereich der Projektausführenden liegt. Wenn eine Beeinträchtigung der Sichtbeziehungen gegeben ist, welche nicht im Einflussbereich der Projektausführenden liegt, ist die zuständige Behörde in Kenntnis zu setzen. Die Beurteilung ausreichender Sichten hat je nach Lage entsprechend RVS 03.05.12 ‚Plangleiche Knoten - Kreuzungen, T-Kreuzungen‘ oder RVS 03.03.81 ‚Ländliche Straßen und Güterwege‘ zu erfolgen.

5.5. Eine allfällige Werbung oder Beleuchtung ist so auszuführen, dass keine Blendung oder Ablenkung eines auf der Autobahn A4 befindlichen Fahrers erfolgt. Die Beleuchtung ist entsprechend RVS 05.06.12 ‚Blend- und Lärmschutz – Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit – Visuelle Informationsträger für verkehrsfremde Zwecke‘ auszuführen. Vor Errichtung ist mit dem zuständigen Sachverständigen (Fachbereich Lichttechnik) der Abt. 8 des Amtes der Burgenländischen Landesregierung das Einvernehmen zu suchen.

5.6. Die Lichtsignalregelung während der Sondertransportfahrten ist in Absprache mit dem zuständigen Sachverständigen so auszuführen, dass es zu keiner unzumutbaren Behinderung kommt und im Güterwegbereich ausreichende Warteflächen und Räumzeiten nachgewiesen werden können und damit eine ausreichende Sicherheit gewährleistet ist.

5.7. Für die Dauer der Bauarbeiten ist am Güterweg Nickelsdorf – Kleylehof im Bereich der Einmündung zum Windparkgelände auf den Baustellenverkehr mittels Gefahrenzeichen "Andere Gefahren" mit dem Zusatz "Baustellenzufahrt" hinzuweisen.

Empfehlungen:

Als zusätzliche Maßnahme wird empfohlen für die Dauer der Bauarbeiten eine Geschwindigkeitsbegrenzung mit 50 km/h am Güterweg Nickelsdorf – Kleylehof im Bereich der Baustelle anzuordnen.

Fachbereich Güterwege

5.8. Rechtzeitig vor Baubeginn ist zur Feststellung des Wege-Istzustandes und etwaig erforderlicher baulicher Maßnahmen (Verbreiterung bzw. Verstärkung) mit den Wegeerhaltern (Gemeinde, Wegbaugemeinschaften, Jagdausschuss, etc.) Kontakt aufzunehmen.

5.9. Rechtzeitig vor Baubeginn ist mit der Landesstraßenverwaltung zur Koordinierung der Maßnahmen zwischen Güterwegen/Radwegen mit Landes- bzw. Gemeindestraßen Kontakt aufzunehmen.

5.10. Rechtzeitig vor Baubeginn ist mit den zuständigen Verkehrsbehörden (BH, Gemeinden) für die Erstellung von Verkehrskonzepten und den erforderlichen straßenpolizeilichen Bewilligungen Kontakt aufzunehmen.

6. Fachbereich Brandschutz und Hochbau

Fachbereich Brandschutz

6.1. In Zusammenarbeit mit der örtlich zuständigen Feuerwehr ist ein Sonderalarmplan für die Löschwasserversorgung zu erstellen, sodass durch die Feuerwehr mind. 10.000 Liter Löschwasser und mind. 100 l Schaummittel (AFFF) in einer Welle zum Einsatzort gebracht werden können (z.B. 3 Tanklöschfahrzeuge mit 2000 Liter und 1 Tanklöschfahrzeug mit 4000 Liter Tankinhalt).

- 6.2. Die örtlich zuständige Feuerwehr ist auf die besonderen Gefahren (Freischaltung, Betreten der Anlage, Gefährdungsbereich, keine definierte Feuerwiderstandsdauer, Gefahr von herabstürzenden Teilen aus der Gondel) bei der Brandbekämpfung durch Fachpersonal des Betreibers max. in 3-jährigem Abstand zu unterweisen.
- 6.3. Der Gefährdungsbereich (herabstürzende Bauteile oder das Versagen des Turms) um die Anlage im Brandfall ist festzulegen und in einem Plan darzustellen. Dieser Plan ist der örtlich zuständigen Feuerwehr zur Verfügung zu stellen.
- 6.4. Die tragbaren Feuerlöscher müssen der ÖNORM EN 3 entsprechen.
- 6.5. Die tragbaren Feuerlöscher sind alle zwei Jahre von einer sachkundigen Person gemäß dem Bestimmungen der ÖNORM F 1053 überprüfen zu lassen.
- 6.6. Die Rauchmelder sind jährlich zu warten.
- 6.7. Die Stelle, die für die Fernüberwachung zuständig ist und ein Vertreter des Betreibers (Wartungsdienst) müssen für die örtlich zuständige Feuerwehr direkt erreichbar sein (Telefonnummer). Diese sind in einen Alarmplan festzuhalten.
- 6.8. Der Abstand der landwirtschaftlichen Halle zur Windkraftanlage Nick 8 muss mindestens 205m betragen.

Fachbereich Hochbau

- 6.9. Von einem befugten Ziviltechniker bzw. von einer zugelassenen Prüfstelle sind die vorgefundenen Bodenverhältnisse der Fundierungen der Windkraftanlagen auf Übereinstimmung mit dem Bodengutachten zu prüfen und zu bestätigen. Ebenso sind Ausführungen der Bodenaustausche auf Übereinstimmung mit dem Bodengutachten zu prüfen und zu bestätigen.
- 6.10. Von einem befugten Ziviltechniker ist eine Bestätigung abzugeben, dass die Fundamente lt. statischer Berechnung ausgeführt wurden.
- 6.11. Über die Windenergieanlagen sind von einem befugten Ziviltechniker statische Berechnungen beim Windparkbetreiber zur Einsichtnahme aufzulegen.
- 6.12. Von einem befugten unabhängigen Ziviltechniker ist eine Prüfung der statischen Berechnung und Bemessung incl. Fundierung durchzuführen. Ebenso ist zu prüfen, ob die standortrelevante Parameter (Windlasten, Schneelasten, Erdbebenkräfte) für Nickelsdorf eingehalten werden.
- 6.13. Von einem befugten Ziviltechniker ist zu bestätigen, dass die Anlagen lt. Statik errichtet wurden.
- 6.14. Die Anlagen dürfen nur betriebsinterne Personen betreten.
- 6.15. Sämtliche Stufenanlagen dürfen eine max. Stufenhöhe von 21 cm besitzen, die Stufenauftrittstiefe muss mindestens 21 cm aufweisen.
- 6.16. Die Durchgangslichte der Stufenanlage muss eine Breite von 60 cm aufweisen.
- 6.17. Sämtliche Türen müssen eine Lichte von mind. 80 x 200 cm (Breite x Höhe) besitzen.

6.18. Die Ausgangstüre jeder Windenergieanlage muss nach außen aufschlagen und ist mit einem Beschlag lt. ÖNORM EN 179 auszustatten.

6.19. Sämtliche Stufenanlagen sind mit Absturzsicherungen zu versehen, die eine Höhe von 1,0m aufweisen. Diese Höhe ist von der Fußbodenoberkante bzw. Stufenvorderkante zu messen.

6.20. Ab einer Absturzhöhe von mehr als 12 m muss die Höhe der Absturzsicherung gemessen von der Standfläche 1,10 m betragen.

6.21. Sämtliche absturzgefährdeten Stellen sind mit einer Absturzsicherung zu versehen, wobei Durchstiegsluken allseitig zu umwehren sind. Bei den Absturzsicherungen der Durchstiegsluken kann eine flexible Zugangsöffnung eingebaut werden.

6.22. Sämtliche Absturzsicherungen müssen aus einer Brust- und Mittelwehr sowie einer Fußleiste bestehen.

6.23. Türen dürfen nicht in die Stiegenanlage direkt hineinschlagen, vor jeder Stiegenanlage ist ein Podest mit der Tiefe der lichten Durchgangsbreite der Türe vorzulagern.

6.24. Die lichte Durchgangshöhe bei Wartungsgängen im Turmbereich und Stiegenanlage muss mindestens 2,10 m betragen.

6.25. Wartungsgänge im Turmbereich müssen eine lichte Breite von 60 cm besitzen.

6.26. Beim Auftreten von Störungen, die ein Abstürzen von Teilen der Windkraftanlage nach sich ziehen könnte, ist der Gefährdungsbereich umgehend so abzuschränken, dass diesen nur befugte Personen betreten können.

7. Fachbereich Luftfahrt

Hinderniskennzeichnung:

1. Nachtkennzeichnung

7.1. Als Nachtkennzeichnung ist auf allen Windkraftanlagen das Gefahrenfeuer „Feuer W rot“ einzusetzen.

7.2. Diese Feuer sind am konstruktionsmäßig höchsten Punkt der Türme (Gondel) zu errichten. Bei der Verwendung von konventionellen Leuchtmittel (z.B. Glühbirnen) sind die Feuer als Zwillingsleuchten auszuführen. Beim Einsatz von LED reicht die einfache Ausführung.

7.3.1. Konventionelle Leuchtmittel:

Bei Ausfall eines Leuchtmittels muss die automatische Aktivierung des Leuchtenzwillings gewährleistet sein.

7.3.2. LED:

Bei Ausfall von mehr als 25% der Leuchtdioden (LED) ist das System auszutauschen. Der Umfang des Ausfalls kann durch Messung der Stromstärke ermittelt werden.

- 7.4. Die Feuer sind mit einer Ausfallsicherung bei Stromunterbrechungen zu versehen.
- 7.5. Die Feuer müssen eine Betriebslichtstärke von mindestens 100 cd und eine photometrische Lichtstärke von mindestens 170 cd aufweisen.
- 7.6. Die Feuer sind getaktet zu betreiben: 1s hell - 0,5s dunkel - 1s hell - 1,5s dunkel.
- 7.7. Die Feuer der projektierten Windkraftanlagen sind miteinander sowie mit den Feuern des Windparks „Mönchhof-Halbturn-Nickelsdorf“ auf GPS-Basis zu synchronisieren
- 7.8. Die Abstrahlungswinkel sind gem. ICAO-Annex 14, Volume II, Chapter 6 anzuwenden. Konstruktionsmäßig bedingte sowie typenimmanente Abweichungen sind zulässig.
- 7.9. Die Feuer sind bei einer Unterschreitung einer Tageshelligkeit von 100 Lux zu aktivieren.
- 7.10. Die tatsächlichen Lichtstärken sowie die fachgerechte Montage der Feuer und der Ausfallsicherung sind von einem dafür autorisierten Unternehmen oder vom Hersteller der Befeuerungsanlagen zu bestätigen.

2. Tagesmarkierung:

- 7.11. An allen Windkraftanlagen sind die äußeren Hälften jedes Rotorblattes rundum mit einer Tagesmarkierung zu versehen.
- 7.12. Die Höhe der Farbfelder an den Windkraftanlagen soll ca. 5,0 Meter betragen, wobei von der Rotorblattspitze beginnend das erste Farbfeld rot auszuführen ist. Der Toleranzbereich der Farbfeldhöhen beträgt +/- 50 cm. Die Anzahl der Farbfelder wird mit 5 Stück festgelegt.
- 7.13. Die Farbwerte für den Warnanstrich betragen:

WEISS:	RAL 9010
ROT:	RAL 3000 oder RAL 3020

- 7.14. Die Tagesmarkierungselemente (Farbfelder) sind vom Betreiber in einem Intervall von einem Jahr augenscheinlich auf ihre Farbdichte zu überprüfen. Bei einem deutlich erkennbaren Abweichen von den vorgeschriebenen Farbwerten, z.B. Ausbleichen durch UV-Bestrahlung, ist eine Messung der Farbdichte erforderlich. Liegen die Farbwerte außerhalb der definierten Farbwerte gem. Farbschema der CIE (Internationale Beleuchtungskommission), veröffentlicht im ICAO Annex 14, ist der konsensgemäße Zustand wieder herzustellen.

3. Sonstige Auflagen:

- 7.15. In der Errichtungsphase des Windparks ist ab Erreichen einer Bauhöhe von 100 Meter über Grund am höchsten Punkt der im Bau befindlichen Windkraftanlage ein provisorisches Hindernisfeuer anzubringen.
Das Hindernisfeuer muss als rotes, im Erhebungswinkel von 10° über der Horizontalen rundum sichtbares, Dauerlicht mit einer Lichtstärke von 70 cd ausgeführt werden und beim Unterschreiten der Tageshelligkeit von 100 Lux aktiviert werden. Ein 24-stündiger Dauerbetrieb ist zulässig.
- 7.16. Am Kran (Autokran) muss ab Erreichen einer Höhe von 100 Meter über Grund ein Hindernisfeuer am höchstmöglichen Punkt errichtet und betrieben werden.

7.17. Zwei bis vier Wochen vor Baubeginn ist dieser ebenso wie die Fertigstellung der Anlagen der Austro Control GmbH. zu melden.

7.18. Die Fertigstellung des Windparks „Nickelsdorf 1“ ist neben sonstiger Meldepflichtungen dem **Amt der burgenländischen Landesregierung**, Abteilung Verkehrsrecht (Luftfahrtbehörde) und der **Austro Control GmbH** (Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mbH) schriftlich mitzuteilen.

Die Fertigstellungsmeldung hat unter Anschluss eines Vermessungsprotokolls, erstellt von einem hierzu Befugten, zu erfolgen.

Auf die EU-Verordnung Nr. 73/2010 der Kommission vom 26. Januar 2010 zur Festlegung der qualitativen Anforderungen an Luftfahrtdaten und Luftfahrtinformationen für den einheitlichen Luftraum wird verwiesen.

8. Fachbereich Schalltechnik und Medizin

Zur Bestätigung der prognostizierten Emissionsannahmen für die Ausbreitungsrechnung (LW,A bei 95 % Nennleistung) sind normgerechte Schallleistungsmessungen für die Windenergieanlagen Enercon E-101 3,0 MW mit einer Nabenhöhe von 135 m nach ÖVE/ÖNORM EN 61400-11 durchführen zu lassen. Ein Messprotokoll einer befugten Prüfanstalt ist der Behörde vorzulegen.

9. Fachbereich Tourismus

9.1. Vor Errichtungsbeginn ist der Ist-Zustand des betroffenen Radweges (B 26) mit Vertretern der Gemeinde und Behörde zu erfassen. Nach Fertigstellung ist der Ist-Zustand vom Bauträger wiederherzustellen.

9.2. Während der Errichtungsphase ist der südliche Verbindungsradweg (B 26) zu verlegen, damit die Verkehrssicherheit für den Radfahrer gewährleistet ist.

9.3. Informationstafeln zum Bauvorhaben sind an touristisch relevanten Standorten (z.B. Rastplätzen) zur Minderung von Attraktivitätsverlusten während der Errichtungsphase zu errichten.

9.4. Warn- und Sicherheitstafeln sind an den angrenzenden Rad- und Wanderwegen (B 26, Weitwanderweg 07) als Hinweis während der Errichtungsphase aufzustellen.

10. Fachbereich Naturschutz

10.1. Der von der Austrian Wind Power GmbH im Juli 2010 erstellte „Aktionsplan Windparke Parndorfer Platte“ ist Bestandteil des Maßnahmenpaketes „Aktionsplan Kaiseradler“ in der UVE sowie wesentlicher Bestandteil des vorliegenden Gutachtens und als solcher umzusetzen. Der Anzahl der Windräder im Windpark Nickelsdorf 1 entsprechend (9 WEA) sind dabei gemäß der UVE **22,5 ha Ausgleichsflächen** auf Bestandsdauer des Windparks (25 Jahre) zu sichern.

10.2. Für die Flächensicherung und zur fachlichen Betreuung und Kontrolle aller erforderlichen Maßnahmen bei der Umsetzung dieses Aktionsplanes ist eine „Ökologische Bauaufsicht“ zu bestellen. Diese hat gegenüber der zuständigen Behörde ausreichende, einschlägige Erfahrungen und Gebietskenntnisse für die zielgerechte Umsetzung aller Maßnahmen nachzuweisen. Die Tätigkeit der „Ökologischen Bauaufsicht“ erstreckt sich über den gesamten Zeitraum der Vorbereitungs- und Bauphase bis zur vollständigen Umsetzung des Aktionsplanes mit Ausnahme des ornithologischen Monitorings. Nach Abschluss der Umsetzung ist für die Bestandsdauer der Anlagen (25 Jahre) durch die Einrichtung einer entsprechenden fachlichen Aufsicht weiterhin für die zielgerechte Pflege und das Management aller Ausgleichsflächen zu sorgen.

10.3. Die Auswahl der Ausgleichsflächen durch die „Ökologische Bauaufsicht“ hat in fachlicher Abstimmung mit BirdLife Österreich sowie der zuständigen Behörde zu erfolgen. Die Stilllegungsflächen sind dabei so zu wählen, dass sie sich

- (a) innerhalb oder im Randbereich der auf p. 7 des Aktionsplanes abgegrenzten Bereiche, und
- (b) nicht innerhalb der Teilgebiete zu liegen kommen, in denen sich bereits Ausgleichsflächen für die benachbarten Windparks Mönchhof/Halbturn/Nickelsdorf und Mönchhof Nord befinden.

10.4. Landwirtschaftliche Stilllegungsflächen, für die andere Förderungen ausbezahlt werden (z.B. über ÖPUL), sowie Ausgleichsflächen für andere Windkraftprojekte können für das Ausgleichskonzept nicht angerechnet werden.

10.5. Vor Baubeginn ist der zuständigen Behörde der vollständige Nachweis der Flächensicherung für alle Ausgleichsmaßnahmen vorzulegen. Wenn Teile des Ausgleichskonzeptes wegen der Verfügbarkeit der Flächen nicht realisiert werden können, dann sind in Absprache mit der Behörde entsprechende Ersatzmaßnahmen umzusetzen. Der Baubeginn kann jedenfalls erst dann erfolgen, wenn die Umsetzung des Ausgleichskonzeptes mit der Behörde verbindlich abgeklärt ist.

10.6. Die „Ökologische Bauaufsicht“ hat der zuständigen Behörde alle 3 Monate Zwischenberichte über ihre Tätigkeit vorzulegen. Die vollständige Umsetzung des Aktionsplanes ist in Form eines Endberichtes anzuzeigen. Die Funktionsperiode der „Ökologischen Bauaufsicht“ endet erst mit der Approbation dieses Berichtes durch die Behörde. Über die fachliche Betreuung der Ausgleichsflächen nach Umsetzung des Aktionsplanes ist alle 3 Jahre schriftlich zu berichten.

10.7. Mit dem ornithologischen Monitoring im Rahmen der Beweissicherung für den Aktionsplan ist eine Stelle zu beauftragen, die gegenüber der Behörde eine ausreichende fachliche Qualifikation sowie Gebietserfahrung nachweisen kann. Umfang und Fragestellung sind in Abstimmung mit den laufenden Monitoring-Programmen im Europaschutzgebiet Parndorfer Platte – Heideboden mit der Behörde festzulegen. 3 Monate nach dem Abschluss einer Erhebungsperiode ist ein Bericht vorzulegen.

11. Fachbereich Landwirtschaft

11.1. Während der Errichtungsphase sind die benützten Güterwege staubfrei zu halten.

11.2. Die flächenhaften Betonkörper bei den WKA sind bei der Auflassung der Anlagen vollständig zu entfernen. Dies trifft jedoch nicht auf die Tiefengründungen (in Form von Pfählen) zu.

IV. Kosten

Gemäß §§ 42 Abs. 1 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000, BGBl. Nr. 697/1993, i.d.F. BGBl. I Nr. 87/2009, i.V.m. 57 Abs.1 AVG sowie i.Z.m. Tarif 154 der Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 2002 – LVAV 2002, LGBl. Nr. 1/2002 i.d.F. LGBl. Nr. 63/2005, wird die Vieghofer Windmanagement GmbH, vertreten durch die Schwentenwein Baubetreuungs GmbH, verpflichtet, für die Verleihung der Genehmigung für das Vorhaben Windkraftanlagen Nickelsdorf 1 508,-- Euro zu entrichten.

Abgabenschuldner ist, wem die Berechtigung rechtskräftig verliehen oder für den die Amtshandlung vorgenommen wurde für die eine Verwaltungsabgabe vorgesehen ist. Eine solche ist in der Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 2002 festgelegt.

Hinweise

Des Weiteren werden Sie ersucht, die Einzahlung der Gebühren nach dem Gebührengesetz entsprechend nachstehender Auflistung vorzunehmen:

I. Genehmigungsantrag vom 15. Oktober 2010 für die Errichtung und den Betrieb der gegenständlichen Anlagen 14,30 Euro sowie Antragsergänzungen und Änderungen vom 7.12.2010, 30.12.2010, 30.09.2011 und 20.03.2012 je 14,30 Euro, sohin insgesamt 71,50 Euro.

II. Einreichoperat

I.	Ordner 1	21,80
II.	Ordner 2	21,80
III.	Ordner 3	21,80
IV.	Ordner 4	21,80
	Gesamt	87,20
	x 5 Ausfertigungen	436

Hinweis: Die Beträge sind ebenfalls binnen 2 Wochen ab Erhalt dieses Bescheides auf das Konto des Amtes der Burgenländischen Landesregierung, 7000 Eisenstadt, BLZ 51000, Kontonummer 91013001400, IBAN AT 19 51000 91013001400, BIC EHBBAT2E einzuzahlen; als Verwendungszweck ist die Aktenzahl des Bescheides anzugeben.

Begründung:

1. Gang des Genehmigungsverfahrens (§§ 5 – 17 UVP-G)

1.1. Antrag, Mängelbehebung

Bereits mit Schriftsatz vom 15. Oktober 2010 stellte die Vieghofer Windmanagement GmbH durch ihre ausgewiesenen Vertreter für das ggstl. Vorhaben (9 WKA) einen Antrag auf Durchführung eines UVP-Verfahrens.

Die Behörde informierte noch am selben Tag die in § 5 Abs. 3, 4 und 5 UVP-G angeführten Behörden und Parteien unter Anschluss der nach diesen Gesetzesstellen zu übermittelnden (Teile der) Projektunterlagen und räumte die Möglichkeit einer Stellungnahme ein. Gleichzeitig ersuchte die Behörde die Sachverständigen mit Schreiben vom 10. November 2010 um Prüfung der Vollständigkeit der Unterlagen.

Von den nach § 5 UVP-G Berechtigten sind größtenteils Stellungnahmen bzw. Nachforderungen eingelangt.

Diese Verbesserungsaufträge bezogen sich auf Teile der Technischen Einreichunterlagen und Fachbereiche der UVE. Nachreichungen wurden von der Antragstellerin am 07. Dezember 2010 vorgenommen, wobei sich herausstellte, dass weitere Nachbesserungen notwendig waren. Diese Verbesserungen erfolgten von der Projektwerberin erst am 19. Oktober 2011.

1.2. Edikt und Kundmachung

Mit Edikt vom 4. November 2011 im Amtsblatt zur Wiener Zeitung sowie in den regionalen Ausgaben der Tageszeitungen Kurier und Kronen Zeitung erfolgte die Kundmachung des Antrags/Vorhabens, wobei die Auflage der Unterlagen, insbesondere der Umweltverträglichkeitserklärung, zur öffentlichen Einsicht im Zeitraum 4. November 2011 bis 16. Dezember 2011 angekündigt wurde. Die Kundmachung umfasste den Hinweis auf die Einsichtnahmemöglichkeit beim Amt der Burgenländischen Landesregierung und bei der Standortgemeinde Nickelsdorf sowie auf die Möglichkeit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme und die Parteistellung. Auch im Internet erfolgten entsprechende Hinweise.

Die Standortgemeinde wurde ersucht, die Kundmachung an der Amtstafel anzuschlagen und die Projektsunterlagen bis zum selben Termin zur öffentlichen Einsicht aufzulegen. Die Einreichunterlagen lagen auch bei der erkennenden Behörde auf.

Innerhalb der Auflagefrist im Großverfahren langte eine Stellungnahme von der Nationalparkdirektion Fertő–Hanság ein, die grenzüberschreitende Auswirkungen auf die Raubvogel- und Großtrappenpopulation befürchtete. Sowohl Sakerfalke als auch Kaiser- und Seeadler würden sich nahe des Planungsgebietes des Windparks aufhalten, sodass Kollisionsgefahren gegeben wären. Auch der Lebensraum der geschützten Großtrappe würde weiter eingeschränkt werden.

1.3. Verfahren gemäß § 10 UVP-G mit der Republik Ungarn

Die Ungarische Republik wurde entsprechend der Bestimmung des § 10 Abs. 1 Z. 1 UVP-G 2000 informiert. Die Notifizierung der geplanten Windkraftanlage an die Ungarische Republik erfolgte im Wege des BMLFUW mit ho. Schreiben vom 07. 11.2011, Zl. 5-GUVP1049/32-2011, unter gleichzeitiger Vorlage der Übersetzung von Teilen der UVE.

Mit Schreiben vom 30.01.2012 hat das Lebensministerium die zuständige UVP-Behörde darüber informiert, dass Ungarn die Teilnahme am grenzüberschreitenden Verfahren wünscht.

Da die UVE die vogelkundlichen Auswirkungen auf Ungarn weder beschrieb noch darstellte, wurde die Projektwerberin aufgefordert, den Fachbeitrag in der UVE Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume diesbezüglich zu ergänzen.

Die Unterlagen wurden auch in Ungarn aufgelegt (u.a. auch im Internet) und es wurden innerhalb dieser Auflagefrist **keine Einwendungen** erhoben. Nach ungarischem Recht ist eine öffentliche Anhörung notwendig. Diese wurde am 6. März 2012 in Mosonszollnok unter Anwesenheit u.a. der erkennenden Behörde abgehalten. Es wurde dargelegt, dass im Rahmenkonzept für WKA die ungarische Seite in Bezug auf die Vogelwelt mituntersucht wurde. Durch die Umsetzung des „Aktionsplans Kaiseradler“ ist mit keinen erheblichen Auswirkung auf die Vogelwelt zu rechnen.

Nach Nachbesserung der UVE hinsichtlich Auswirkungen auf die Vogelwelt auf ungarisches Gebiet wurde am 19. April 2012 in Ungarn, Budapest, Konsultationen abgehalten.

Es wurde dargelegt, dass, fußend auf den Überlegungen der Rahmenbedingungen für den Ausbau von Windkraftanlagen im Bezirk Neusiedl am See sowie des Aktionsplanes Windpark Parndorfer Platte, keine wesentlichen Auswirkungen auf das ungarische Staatsgebiet gesehen werden.

Ungarn kritisiert, dass ihrer Meinung nach kumulative Effekte mit dem bereits bewilligten Windpark Mönchhof-Halbturn-Nickelsdorf nicht berücksichtigt worden seien. Auf die Frage wieso diesbezüglich kein ESPOO-Verfahren stattgefunden hat, wurde geantwortet, dass keine wesentlichen Auswirkungen auf Grund der Entfernung gesehen wurden. Da der gegenständliche Windpark östlich angrenzt und ein 1,5 km zur Grenze entfernt ist, wurde diesbezüglich die Notifikation nicht für notwendig erachtet. Insbesondere vom vogelkundlichen Sachverständigen wurden die fachliche Seite sowie die Überlegungen mit den Ausgleichsflächen erörtert. Ebenso wurde die UVE-Ergänzung von Dr. Traxler, welche Auswirkungen die Windkraftanlagen auf ungarisches Gebiet haben, diskutiert. Es wurde festgelegt, dass der Aktionsplan „Kaiseradler“ in ungarische Sprache übersetzt wird (dies ist zwischenzeitlich geschehen; die Übersetzung wurde nach Ungarn übermittelt).

In der UVE-Ergänzung von Dr. Traxler, unter Mitarbeit von Mag. Jaklitsch und Mag. Rainer Raab, wurden die überstaatlichen Effekte auf Naturschutzebene nachgebessert sowie kumulative Effekte mit genehmigten Windparks in Zusammenhang mit den Schutzgütern Großtrappe, Sakerfalke, Rotfußfalke, Seeadler und Kaiseradler untersucht. Dabei wurde ebenfalls auf die „Zonierungsstudie“ (Rahmenbedingungen für den Ausbau von Windkraftanlagen im Bezirk Neusiedl am See aus Sicht des Vogelschutzes) hingewiesen und auf den Umstand, dass sowohl die Vorkommen der Vogelarten in Ungarn (textlich wie planlich) mitberücksichtigt wurden als auch die Kumulierungseffekte. Zwecks Minimierung der erheblichen Auswirkungen u.a. des gegenständlichen Windparks wurde ein Aktionsplan entworfen, der eine ökologische Aufwertung von bestimmten Flächen beinhaltet. Insbesondere werden Maßnahmen für den Kaiseradler gesetzt. Aufgrund der Lage und Qualität der geplanten Maßnahmen (Brachen, Aufwertung von Landschaftsstrukturen und Sicherung von Baumbeständen) werden auch die Vogelarten auf dem ungarischen Grenzgebiet positiv beeinflusst. Erhebliche Auswirkungen auf österreichische und ungarische Vogelschutzgebiete werden ausgeschlossen. Auch bei Berücksichtigung des neu aufgetretenen Sakerfalkenhorstes nördlich der geplanten Anlagen bleibt eine verträgliche Rechtsbelastung im österreichischen UVP-Verfahren.

Diese ergänzenden Aussagen in der UVE werden vom naturschutzfachlichen Amtssachverständigen im Wesentlichen geteilt. Schwerpunkt der fachlichen Aussage ist die Aufwertung von Lebensräumen abseits des geplanten Windparks mit Fokus auf die Vogelwelt.

In der finalen Stellungnahme von Ungarn vom 28. Juni 2012 wurden im Wesentlichen die bisherigen Argumente bezüglich der kumulativen Effekte der bestehenden Windkraftanlagen mit den geplanten Anlagen und den damit verbundenen Auswirkungen auch auf die Vogelwelt in Ungarn, insbesondere auf das ungarische Vogelschutzgebiet, ausgeführt.

Auch bei dem in der Stellungnahme angesprochenen Windparkvorhaben Andau – Halbturn fanden Konsultationen mit Ungarn statt. Eine andere Betreiberin hat zum Schutz des auf ungarischem Staatsgebiet im Nahbereich des Vorhabens Windpark Andau/Halbturn situierten Vogelschutzgebietes Mosoni-sík Erhaltungs- und Verbesserungsmaßnahmen in das Projekt aufgenommen und dies der Behörde bekannt gegeben. Diese Maßnahmen bestehen in der Erdverkabelung von (bis zu) 10,5 km bestehender 20 kV-Mittelspannungsanlagen in Ungarn, ersatzweise in der Schaffung von (bis zu) 52,5 ha Trappenbrachen im Vogelschutzgebiet Mosoni-sík und weiters in der Schaffung von 7,5 ha Sakerfalkenbrachen.

1.4. Erstellung der Einzelgutachten sowie der Zusammenfassenden Bewertung

Gemäß § 12 a UVP-G hat die Behörde für Vorhaben, die in Spalte 2 oder 3 des Anhanges 1 angeführt sind, aufbauend auf den im Rahmen der Umweltverträglichkeitserklärung oder im Verfahren erstellten oder vorgelegten oder sonstigen der Behörde zum selben Vorhaben oder zum Standort vorliegenden Gutachten und Unterlagen sowie den eingelangten Stellungnahmen und unter Berücksichtigung der Genehmigungskriterien des § 17 eine zusammenfassende Bewertung der Umweltauswirkungen vorzunehmen. § 12 Abs. 2 und 7 leg. cit. ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass an Stelle eines Umweltverträglichkeitsgutachtens eine zusammenfassende Bewertung erstellt wird.

Nach § 1 Abs. 1 UVP-G 2000 ist es die Aufgabe der Umweltverträglichkeitsprüfung, unter Beteiligung der Öffentlichkeit auf fachlicher Grundlage

1. die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen festzustellen, zu beschreiben und zu bewerten, die ein Vorhaben
 - a) auf Menschen, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume,
 - b) auf Boden, Wasser, Luft und Klima,
 - c) auf die Landschaft und
 - d) auf Sach- und Kulturgüter

hat oder haben kann, wobei Wechselwirkungen mehrerer Auswirkungen untereinander miteinzubeziehen sind,

2. Maßnahmen zu prüfen, durch die schädliche, belästigende oder belastende Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt verhindert oder verringert oder günstige Auswirkungen des Vorhabens vergrößert werden,
3. die Vor- und Nachteile der vom Projektwerber/von der Projektwerberin geprüften Alternativen sowie die umweltrelevanten Vor- und Nachteile des Unterbleibens des Vorhabens darzulegen und
4. bei Vorhaben, für die gesetzlich die Möglichkeit einer Enteignung oder eines Eingriffs in private Rechte vorgesehen ist, die umweltrelevanten Vor- und Nachteile der vom Projektwerber/von der Projektwerberin geprüften Standort- oder Trassenvarianten darzulegen.

Nach § 17 Abs. 1 UVP-G 2000 hat die Behörde bei der Entscheidung über den Antrag die in den betreffenden Verwaltungsvorschriften vorgesehenen und darüber hinaus weitere in § 17 Abs. 2 bis 6 UVP-G 2000 statuierte Genehmigungsvoraussetzungen anzuwenden.

Die Grundlage für diese zusammenfassende Bewertung liefern die zu erstellenden Einzelgutachten. Diesbezüglich darf auf Folgendes hingewiesen werden.

Relevanzmatrix für diesen Fragenbereich:

Im Untersuchungsrahmen wurde eine Relevanzmatrix erstellt, die im Hinblick auf die Errichtung, den Betrieb und die Auflassung der Windparks auf der Parndorfer Platte (Standort Kittsee) die möglichen, relevanten, mittelbaren und unmittelbaren Beeinflussungen der Schutzgüter darstellt. Die Relevanzmatrix ermöglicht eine Analyse der Ursache-Wirkungsbeziehungen zwischen Umweltauswirkungen und Schutzgütern.

Aufgrund der Relevanzmatrix ergaben sich Themenbereiche und Fragestellungen, die in der Beeinflussungstabelle aufgelistet wurden. Jeder Risikofaktor wurde einem oder mehreren Gutachtern zur Bearbeitung im Teilgutachten vorgelegt.

Beeinflussungstabelle				
RF.Nr.	Art der Beeinflussung	Schutzgut	Phase	Gutachten
1	Beeinflussung des Bodens durch	Boden	B	Landwirtschaft

	Schattenwurf			Forst
2	Beeinflussung des Bodens durch Flächeninanspruchnahme	Boden	E/B/A	Landwirtschaft Forst
3	Beeinflussung der Luft durch Lärm (Ausbreitungsmedium)	Luft	E/B	Lärm
4	Beeinträchtigung der Gesundheit/ des Wohlbefindens durch Lärmeinwirkungen auf bestehende Siedlungsgebiete	Wohlbefinden/ Gesundheit	E/B	Medizin
5	Beeinträchtigung der Gesundheit/des Wohlbefindens durch Schattenwurf auf bestehende Siedlungsgebiete	Wohlbefinden	B	Medizin
6	Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch Flächeninanspruchnahme	Landschaftsbild	E/B	Landschaft
7	Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch Zerschneidung der Landschaft	Landschaftsbild	E/B	Landschaft
8	Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch optische Störung	Landschaftsbild	E/B	Landschaft
9	Beeinträchtigung von gewidmeten Siedlungsgebieten durch Lärmeinwirkung, Landnutzung	Wohn- und Baulandnutzung	B	Raumplanung
10	Beeinträchtigung von gewidmeten Siedlungsgebieten durch Schattenwurf, Landnutzung	Wohn- und Baulandnutzung	B	Raumplanung
11	Verlust von gewidmeten Siedlungsgebieten durch Flächeninanspruchnahme, Landnutzung	Wohn- und Baulandnutzung	E/B	Raumplanung
12	Beeinträchtigung von gewidmeten Siedlungsgebieten durch Zerschneidung der Landschaft, Landnutzung	Wohn- und Baulandnutzung	E/B	Raumplanung
13	Beeinträchtigung von gewidmeten Siedlungsgebieten durch optische Störung, Landnutzung	Wohn- und Baulandnutzung	E/B	Raumplanung
14	Beeinträchtigung der Nutzung von Freizeit- oder Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs durch Lärm	Tourismus	B	Tourismus
15	Beeinträchtigung der Nutzung von Freizeit- oder Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs durch Schattenwurf	Tourismus	B	Tourismus
16	Beeinträchtigung der Nutzung von Freizeit- oder Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs durch Flächeninanspruchnahme	Tourismus	E/B	Tourismus

17	Beeinträchtigung der Nutzung von Freizeit- oder Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs durch Zerschneidung der Landschaft	Tourismus	E/B	Tourismus
18	Beeinträchtigung der Nutzung von Freizeit- oder Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs durch optische Beeinträchtigung	Tourismus	E/B	Tourismus
19	Beeinträchtigung der Verkehrseinrichtungen (Straßenverkehr und Luftfahrt)	Verkehr	E/B	Raumplanung Luftfahrt Verkehr Güterwege
20	Beeinträchtigung der Landwirtschaft durch Schattenwurf	Landwirtschaft	B	Landwirtschaft
21	Verlust von landwirtschaftlich genutzten Flächen durch Flächeninanspruchnahme	Landwirtschaft	E/B/A	Landwirtschaft
22	Beeinträchtigung der Landwirtschaft durch Zerschneidung der Landschaft	Landwirtschaft	E/B	Landwirtschaft
23	Beeinträchtigung der Forstwirtschaft durch Schattenwurf	Forstwirtschaft	B	Forst
24	Verlust von Forstflächen durch Flächeninanspruchnahme	Forstwirtschaft	E/B	Forst
25	Beeinträchtigung der Forstwirtschaft durch Zerschneidung der Landschaft	Forstwirtschaft	E/B	Forst
26	Beeinträchtigung der Jagdwirtschaft durch Lärmeinwirkung	Jagd	E/B	Forst
27	Beeinträchtigung der Jagdwirtschaft durch Schattenwurf	Jagd	B	Forst
28	Beeinträchtigung der Jagdwirtschaft durch Flächeninanspruchnahme	Jagd	E/B	Forst
29	Beeinträchtigungen der Jagdwirtschaft durch Zerschneidung der Landschaft	Jagd	E/B	Forst
30	Beeinträchtigung von Naturschutzbelangen (Flora/Fauna) durch Lärm	Naturschutz	E/B	Naturschutz
31	Beeinträchtigung von Naturschutzbelangen (Flora/Fauna) durch Schattenwurf	Naturschutz	B	Naturschutz
32	Verlust von aus der Sicht des Naturschutzes wertvollen Flächen und Standorten	Naturschutz	E/B	Naturschutz
33	Beeinträchtigung von Naturschutzbelangen (Flora/Fauna) durch	Naturschutz	E/B	Naturschutz

	Zerschneidung der Landschaft			
34	Beeinträchtigung der Oberflächen- und Grundwässer durch das Vorhaben	Wasser	E/B/A	Wasser
35	Beeinträchtigung durch entstehenden Abfall bzw. anfallenden Schadstoffen	Abfall	E/B/A	Wasser
36	Beeinträchtigung der geologischen Zusammensetzung des Bodens	Geologie	E/B	Geologie
37	Risikoabschätzung der Gefährdung durch Eisabfall	Gesundheit/ Wohlbefinden	B	Elektro
38	Beeinträchtigung von Sach- und Kulturgütern	Boden	E	BDA

Anmerkung:

E: Errichtungsphase

B: Betriebsphase

A: Auflassung

Teilgutachten sind für folgende Fachgebiete erstellt:

Fachgebiet	Code
Hochbau	Hochbau
Elektrotechnik/Maschinenbau	Elektro
Lärmschutz	Lärm
Umwelthygiene/Medizin	Medizin
Forst- und Jagdwirtschaft	Forst
Verkehr	Verkehr
Güterwege	Güterwege
Landwirtschaft	Landwirtschaft
Luftfahrt	Luftfahrt
Naturschutz/Ornithologie	Naturschutz
Landschaftsschutz	Landschaft
Raumplanung	Raumplanung
Tourismus	Tourismus
Geologie	Geologie
Wasser-/Abfallwirtschaft	Wasser
Bundesdenkmalamt	BDA

Im Folgenden sind die Fragestellungen, die sich aus § 17 UVP-G 2000 ableiten, dargestellt:

- gemäß § 17 Abs. 2 Z 1: Sind die zu erwartenden Emissionen von Schadstoffen nach dem Stand der Technik begrenzt?
- gemäß § 17 Abs. 2 Z 2: Sind die Immissionsbelastungen der zu schützenden Güter möglichst gering gehalten, d.h. werden jedenfalls Immissionen vermieden, die
 - 1) Leben oder Gesundheit von Menschen oder das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbarn gefährden, oder
 - 2) erhebliche Belastungen der Umwelt die nachhaltige Einwirkungen verursachen, jedenfalls solche, die geeignet sind, den Boden, den Pflanzen- oder Tierbestand oder den Zustand der Gewässer bleibend zu schädigen, oder
 - 3) zu einer unzumutbaren Belästigung der Nachbarn im Sinne d. § 77 Abs. 2 der Gewerbeordnung 1994 führen?
- gemäß § 17 Abs. 2 Z 3: Werden Abfälle nach dem Stand der Technik vermieden oder verwertet oder, soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, ordnungsgemäß entsorgt?

- gemäß § 17 Abs. 5: Sind insgesamt aufgrund der Gesamtbewertung unter Bedachtnahme auf die öffentlichen Interessen insbesondere des Umweltschutzes durch das Vorhaben und seine Auswirkungen, insbesondere durch Wechselwirkungen, Kumulierungen oder Verlagerungen, schwer wiegende Umweltbelastungen zu erwarten, die durch Auflagen, Bedingungen oder Befristungen, sonstige Vorschriften, Ausgleichsmaßnahmen oder Projektmodifikationen nicht verhindert oder auf ein erträgliches Maß vermindert werden können?

Auf Basis dieser gesetzlichen Vorgaben wurde von der Behörde ein Untersuchungsrahmen erarbeitet, welcher den Sachverständigen vorgelegt wurde.

H o c h b a u:

Materiengesetz BauG – Fragen:

1. Entspricht das Vorhaben den Bestimmungen dieses Gesetzes und den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen?
2. Entspricht das Vorhaben nach Maßgabe des Verwendungszweckes dem Stand der Technik, insbesondere bezüglich
 - a) Festigkeit und Standsicherheit
 - b) Benützungssicherheit und Barrierefreiheit
 - c) Wärmeschutz und Energieeinsparung
 - d) Schall- und Brandschutz
 - e) Feuchtigkeitsschutz, Gesundheit und Hygiene?
3. Sind die betroffenen Grundstücke verkehrsmäßig erschlossen und ist ihre Ver- und Entsorgung gewährleistet?

M a s c h i n e n b a u / E l e k t r o t e c h n i k:

Materiengesetz BauG – Fragen:

Ist durch die bestimmungsgemäße Benützung der Anlagen eine Gefährdung oder das ortsübliche Ausmaß übersteigende Beeinträchtigungen der Nachbarn zu erwarten?

Materiengesetz ElWG – Fragen:

1. Wird das Leben oder die Gesundheit durch die Errichtung, den Betrieb und die Auflassung der Anlage, durch Emissionen oder durch die Lagerung von Betriebsmitteln oder Rückständen und dergleichen gefährdet bzw. werden
 - a) die Betreiberin der Erzeugungsanlage und die in ihrem Auftrag tätigen Personen
 - b) die nicht den Bestimmungen des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes unterliegenden mittätigen Familienangehörigen gefährdet?
2. Werden das Leben oder die Gesundheit der Nachbarinnen und Nachbarn oder das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbarinnen und Nachbarn gefährdet?
3. Werden Nachbarinnen und Nachbarn durch Geruch, Wärme, Blendung, Schattenwurf oder in anderer Weise unzumutbar belästigt?
4. Wird die zum Einsatz gelangende Energie effizient eingesetzt?
5. Ist der Standort unter Bedachtnahme auf die Z 1 bis 4 geeignet?

Materiengesetz Forst – Fragen:

1. Liegt für den Rodungszweck ein in der Energiewirtschaft begründetes öffentliches Interesse im Sinne des § 17 Abs. 4 FG vor?
2. Entspricht die Verwirklichung einem energiewirtschaftlichen Bedarf, der anderenfalls nicht oder nur mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen gedeckt werden könnte?

Risikofaktor 37:

Gutachter: Elektro

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Sicherheit durch Eisabwurf

Fragestellungen:

1. Wird Eisansatz an den Rotorblättern durch die im Projekt vorgesehenen Maßnahmen ausreichend rasch und sicher erkannt?
2. Wird durch die gesetzten Maßnahmen sichergestellt, dass die Gefährdung bzw. Beeinträchtigung durch Eisabwurf so gering wie möglich gehalten wird?
3. Wie hoch ist bei Einhaltung der im Projekt vorgesehenen Schutzvorkehrungen das Gefahrenpotential für Nachbarn durch Eisabfall von den Rotorblättern gefährdet zu werden im Vergleich mit den Risiken des täglichen Lebens?

Lärmschutz:

Materiengesetz BauG – Fragen:

Ist durch die bestimmungsgemäße Benützung der Anlagen eine Gefährdung oder das ortsübliche Ausmaß übersteigende Beeinträchtigungen der Nachbarn zu erwarten?

Materiengesetz ElWG – Fragen:

1. Wird das Leben oder die Gesundheit durch die Errichtung, den Betrieb und die Auflassung der Anlage, durch Emissionen oder durch die Lagerung von Betriebsmitteln oder Rückständen und dergleichen gefährdet bzw. werden
 - a) die Betreiberin der Erzeugungsanlage und die in ihrem Auftrag tätigen Personen
 - b) die nicht den Bestimmungen des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes unterliegenden mittätigen Familienangehörigen gefährdet?
2. Werden das Leben oder die Gesundheit der Nachbarinnen und Nachbarn oder das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbarinnen und Nachbarn gefährdet?
3. Werden Nachbarinnen und Nachbarn durch Lärm, Erschütterung, Schwingungen oder in anderer Weise unzumutbar belästigt?
4. Ist der Standort unter Bedachtnahme auf die Z 1 bis 4 geeignet?

Risikofaktor 3:

Gutachter: Lärm

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinflussung der Luft durch Lärm (Ausbreitungsmedium)

Fragestellungen:

1. Zu welchen Lärmemissionen kommt es durch die Verwirklichung des Vorhabens?
2. Werden durch besondere klimatische Bedingungen im Untersuchungsraum (nächste Wohnnachbarschaft) die Ausbreitungsbedingungen von Lärm beeinflusst?
3. Wie werden die Lärmimmissionen im Untersuchungsraum (nächste Wohnnachbarschaft) bewertet?
4. Welche Konsequenzen ergeben sich dadurch im Hinblick auf die nächste Wohnnachbarschaft?

Umwelthygiene/Medizin:

Materiengesetz ElWG – Fragen:

1. Wird das Leben oder die Gesundheit durch die Errichtung und den Betrieb und Auflassung der Anlage, durch Emissionen oder durch die Lagerung von Betriebsmitteln oder Rückständen und dergleichen gefährdet bzw. werden
 - a) die Betreiberin der Erzeugungsanlage und die in ihrem Auftrag tätigen Personen
 - b) die nicht den Bestimmungen des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes unterliegenden mittätigen Familienangehörigen gefährdet?

2. Werden das Leben oder die Gesundheit der Nachbarinnen und Nachbarn oder das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbarinnen und Nachbarn gefährdet?
3. Werden Nachbarinnen und Nachbarn durch Lärm, Geruch, Erschütterung, Wärme, Schwingungen, Blendung, Schattenwurf oder in anderer Weise unzumutbar belästigt?
4. Ist der Standort unter Bedachtnahme auf die Z 1 bis 3 geeignet?

Risikofaktor 4

Gutachter: Medizin

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Gesundheit/des Wohlbefindens durch Lärmeinwirkungen auf bestehende Siedlungsgebiete

Fragestellungen:

1. Werden das Leben und die Gesundheit der Nachbarn in bestehenden Siedlungsgebieten durch Lärmimmissionen aus dem Vorhaben beeinträchtigt?
2. Wie werden diese Beeinträchtigungen unter Berücksichtigung der gegebenen Ausbreitungsverhältnisse aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden die vom Vorhaben ausgehenden Lärmimmissionsbelastungen möglichst gering gehalten bzw. Immissionen vermieden, die das Leben oder die Gesundheit der Nachbarn gefährden bzw. zu unzumutbaren Belästigungen der Nachbarn führen?
4. Werden verbindliche Grenz- bzw. anerkannte Richtwerte überschritten und wie werden solche Überschreitungen bewertet?
5. Ist durch die Errichtung/Betrieb der Anlagen eine wesentliche Störung des Wohlbefindens zu erwarten.
6. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?
7. Wie wird die erwartete Restbelastung im Hinblick auf die Schutzziele aus fachlicher Sicht bewertet?
8. Welche Kontroll- und Beweissicherungsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 5

Gutachter: Medizin

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Gesundheit/des Wohlbefindens durch Schattenwurf auf bestehende Siedlungsgebiete

Fragestellungen:

1. Werden das Leben und die Gesundheit der Nachbarn in bestehenden Siedlungsgebieten durch den Schattenwurf beeinträchtigt?
2. Wie werden diese Beeinträchtigungen unter Berücksichtigung der gegebenen Schattenwurfdauer aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden durch die Errichtung und den Betrieb der im Betreff genannten Windkraftanlagen für die Wohnbevölkerung in den angrenzenden Gebieten negative Auswirkungen auf die Gesundheit bzw. Belästigungen, die eine wesentliche Störung des Wohlbefindens bedeuten können, zu erwarten sein?

V e r k e h r:

Risikofaktor 19:

Gutachter: Raumplanung/Luftfahrt/Verkehr/Güterwege

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Verkehrseinrichtungen (Straßenverkehr, Güterwege bzw. Luftfahrt) durch Flächeninanspruchnahme bzw. den Transport oder den Betrieb der Anlage

Fragestellungen:

1. Werden Verkehrseinrichtungen (Straßenverkehr) durch Flächeninanspruchnahme beeinflusst?
2. Ist durch die Verwirklichung des Vorhabens (Errichtung und Betrieb) eine Beeinträchtigung der Sicherheit, der Flüssigkeit des Straßenverkehrs und allenfalls eine Beeinträchtigung der Sicherheit des Straßenverkehrs für die Straßenbenutzer durch die geplanten Windkraftanlagen zu erwarten - durch Blendung dieser, durch Behinderung der freien Sicht über den Verlauf der Straße oder auf Einrichtungen zur Regelung oder Sicherung des Verkehrs oder durch Verwechslung mit solchen Einrichtungen, insbesondere mit Straßenverkehrszeichen oder mit Lichtzeichen bzw. Herabminderung der Wirkung solcher Einrichtungen?
3. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen der Verkehrseinrichtungen aus fachlicher Sicht bewertet?
4. Wie wird die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen und Vorkehrungen bewertet?
5. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?

Güterwege:

Risikofaktor 19:

Gutachter: Raumplanung/Luftfahrt/Verkehr/Güterwege

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Verkehrseinrichtungen (Straßenverkehr, Güterwege bzw. Luftfahrt) durch Flächeninanspruchnahme bzw. den Transport oder den Betrieb der Anlage

Fragestellungen:

1. Werden Verkehrseinrichtungen (Güterwege/Radwege) durch Flächeninanspruchnahme beeinflusst?
2. Ist durch die Verwirklichung des Vorhabens (Errichtung und Betrieb) eine Beeinträchtigung der Sicherheit, der Flüssigkeit der Verkehrswege und allenfalls eine Beeinträchtigung der Sicherheit des Verkehrs für die Straßenbenutzer durch die geplanten Windkraftanlagen zu erwarten - durch Blendung dieser, durch Behinderung der freien Sicht über den Verlauf der Straße oder auf Einrichtungen zur Regelung oder Sicherung des Verkehrs oder durch Verwechslung mit solchen Einrichtungen, insbesondere mit Straßenverkehrszeichen oder mit Lichtzeichen bzw. Herabminderung der Wirkung solcher Einrichtungen?
3. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen der Verkehrseinrichtungen aus fachlicher Sicht bewertet?
4. Wie wird die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen und Vorkehrungen bewertet?
5. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?

Luftfahrt:

Materiengesetz LuftfahrtG-Fragen :

1. Stellt die Windkraftanlage ein Luftfahrthindernis gem. § 85 Abs. 2 Luftfahrtgesetz 1957 i.d.g.F. oder gem. § 35 der Zivilflugplatz-Verordnung 1972 dar?
2. Für den Fall, dass ein Luftfahrthindernis vorliegt, mögen jene Bedingungen und Auflagen im Interesse der Sicherheit der Luftfahrt oder zum Schutze der Allgemeinheit bekannt gegeben werden, unter denen die Ausnahmegewilligung erteilt werden kann.
3. Bilden die geplanten WKA durch optische oder elektrische Störwirkungen eine Gefährdung der Sicherheit der zivilen oder/und militärischen Luftfahrt bzw. für ortsfeste Einrichtungen der Luftraumüberwachung?

Risikofaktor 19:

Gutachter: Raumplanung/Luftfahrt/Verkehr/Güterwege

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Verkehrseinrichtungen (Straßen-, Güter- und Personenverkehr und Luftfahrt) durch Flächeninanspruchnahme

Fragestellungen:

1. Werden Verkehrseinrichtungen (Luftfahrt) durch die Windkraftanlagen beeinflusst?
2. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen der Luftfahrt aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Wie wird die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen und Vorkehrungen bewertet?
4. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?

R a u m p l a n u n g:

Materiengesetz BauG – Fragen:

1. Entspricht das Vorhaben dem Flächenwidmungsplan, dem Bebauungsplan/Teilbepauungsplan oder den Bebauungsrichtlinien?

Risikofaktor 9:

Gutachter: Raumplanung

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung von gewidmeten Siedlungsgebieten durch Lärmeinwirkung

Fragestellungen:

1. Wird durch das Vorhaben die gegebene Lärmimmissionssituation in gewidmeten Siedlungsgebieten beeinflusst?
2. Wie werden diese Beeinflussungen aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden verbindliche Grenz- bzw. anerkannte Richtwerte überschritten, und wie werden diese Überschreitungen bewertet?
4. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 10:

Gutachter: Raumplanung

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung von gewidmeten Siedlungsgebieten durch Schattenwurf

Fragestellungen:

1. Werden durch den Schattenwurf gewidmete Siedlungsgebiete beeinflusst?
2. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen unter Berücksichtigung der gegebenen Schattenwurfdauer aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 11:

Gutachter: Raumplanung

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Verlust von gewidmeten Siedlungsgebieten durch Flächeninanspruchnahme

Fragestellungen:

1. Werden durch Flächeninanspruchnahme für das Vorhaben gewidmete Siedlungsgebiete beeinträchtigt?
2. Wie wird diese Beeinflussung aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Wie wird die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen und Vorkehrungen bewertet?
4. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 12:

Gutachter: Raumplanung

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung von gewidmeten Siedlungsgebieten durch Zerschneidung der Landschaft

Fragestellungen:

1. Werden gewidmete Siedlungsgebiete durch Zerschneidung der Landschaft beeinträchtigt?
2. Wie wird diese Beeinträchtigung aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Sind in den Unterlagen ausreichende Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Beeinträchtigung vorgesehen oder werden weitere Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 13:

Gutachter: Raumplanung

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung von gewidmeten Siedlungsgebieten durch optische Störung

Fragestellungen:

1. Werden gewidmete Siedlungsgebiete durch optische Störung beeinflusst?
2. Wie wird diese Beeinträchtigung aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Welche Ausgleichsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 19:

Gutachter: Raumplanung/Luftfahrt/Verkehr/Güterwege

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Verkehrseinrichtungen (Straßenverkehr bzw. Luftfahrt) durch Flächeninanspruchnahme

Fragestellungen:

1. Werden Verkehrseinrichtungen (Straßenverkehr) durch Flächeninanspruchnahme beeinflusst?
2. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen der Verkehrseinrichtungen aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Wie wird die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen und Vorkehrungen bewertet?
4. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?

Tourismus:**Risikofaktor 14:**

Gutachter: Tourismus

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Nutzung von Freizeit- oder Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs durch Lärm

Fragestellungen:

1. Wird durch eine Veränderung der Lärmimmissionssituation die Nutzung von Freizeit- oder Erholungseinrichtungen sowie der Fremdenverkehr beeinflusst?
2. Wie werden diese Beeinflussungen aus fachlicher Sicht, auch im Hinblick auf die Entwicklung des Fremdenverkehrs, bewertet?
3. Werden verbindliche Grenz- bzw. anerkannte Richtwerte überschritten, und wie werden solche Überschreitungen bewertet?

4. Werden die vom Vorhaben ausgehenden Lärmimmissionsbelastungen möglichst gering gehalten bzw. Immissionen vermieden, um die Nutzung von Freizeit- oder Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs nicht zu gefährden?
5. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?
6. Wie wird die erwartete Restbelastung im Hinblick auf die Schutzziele aus fachlicher Sicht bewertet?
7. Welche Kontroll- und Beweissicherungsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 15:

Gutachter: Tourismus

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Nutzung von Freizeit- oder Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs durch Schattenwurf

Fragestellungen:

1. Wird durch den Schattenwurf die Nutzung von Freizeit- oder Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs beeinflusst?
2. Wie werden diese Beeinträchtigungen unter Berücksichtigung der gegebenen Schattenwurfdauer aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 16:

Gutachter: Tourismus

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Nutzung von Freizeit- oder Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs durch Flächeninanspruchnahme

Fragestellungen:

1. Werden durch die Flächeninanspruchnahme für das Vorhaben Freizeiteinrichtungen und Erholungseinrichtungen sowie der Fremdenverkehr beeinflusst?
2. Wie werden diese Beeinflussungen aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Wie wird die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Verminderungsmaßnahmen bewertet?
4. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen (Ausgleichsmaßnahmen) werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 17:

Gutachter: Tourismus

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Nutzung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs durch Zerschneidung der Landschaft

Fragestellungen:

1. Wird durch Zerschneidung der Landschaft die Nutzung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie der Fremdenverkehr beeinträchtigt?
2. Wie wird diese Beeinträchtigung aus fachlicher Sicht beurteilt?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 18:

Gutachter: Tourismus

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Nutzung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs durch optische Beeinträchtigung

Fragestellungen:

1. Wird durch optische Störung die Nutzung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie der Fremdenverkehr beeinträchtigt?
2. Wie wird diese Beeinträchtigung aus fachlicher Sicht beurteilt?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Naturschutz:

Materiengesetz NG 1990 – Fragen:

1. Wird durch das Vorhaben das Vorhaben das Gefüge des Haushaltes der Natur im betroffenen Lebensraum nachteilig beeinträchtigt oder ist dies zu erwarten.

Risikofaktor 30:

Gutachter: Naturschutz

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung von Naturschutzbelangen (Flora/Fauna) durch Lärm

Fragestellungen:

1. Werden Ökosysteme/Biotop durch Lärmimmissionen beeinflusst?
2. Wie wird diese Beeinflussung aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Wie wird die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen und Vorkehrungen bewertet?
4. Werden verbindliche Grenz- bzw. anerkannte Richtwerte überschritten und wie werden diese Überschreitungen bewertet?
5. Werden Lärmimmissionen möglichst gering gehalten, die erhebliche Belastungen für die Umwelt auslösen und Lärmimmissionen vermieden, die geeignet sind, Ökosysteme/Biotop bleibend zu schädigen?
6. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?
7. Welche Kontroll- und Beweissicherungsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 31:

Gutachter: Naturschutz

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung von Naturschutzbelangen (Flora/Fauna) durch Schattenwurf

Fragestellungen:

1. Werden die Ökosysteme/Biotop durch den Schattenwurf beeinflusst?
2. Wie wird diese Beeinträchtigung unter Berücksichtigung der gegebenen Schattenwurfdauer aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 32:

Gutachter: Naturschutz

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Verlust von aus Sicht des Naturschutzes wertvollen Flächen bzw. Standorten

Fragestellungen:

1. Sind aus der Sicht des Naturschutzes wertvolle Flächen bzw. Standorte durch die Errichtung der Anlage betroffen?
2. Wie wird der Verlust dieser Flächen und Standorte aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?
4. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?
5. Welche Kontroll- und Beweissicherungsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 33:

Gutachter: Naturschutz

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung von Naturschutzbelangen (Flora/Fauna) durch Zerschneidung der Landschaft

Fragestellungen:

1. Werden durch Zerschneidung der Landschaft die Ökosysteme/Biotop e beeinträchtigt?
2. Werden durch die Errichtung der Anlagen die Vogelflugbewegungen beeinträchtigt?
3. Wie wird das „Vogelschlagrisiko“ durch den Betrieb der Anlagen beurteilt?
4. Wie werden diese Beeinträchtigungen aus fachlicher Sicht beurteilt?
5. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen bzw. Auflagen vorgeschlagen?

Landschaftsschutz:

Materiengesetz NG 1990 – Fragen:

1. Wird durch das Vorhaben das Landschaftsbild nachteilig beeinflusst.
2. Wird durch das Vorhaben der Charakter des betroffenen Landschaftsraumes nachteilig beeinträchtigt.

Risikofaktor 6:

Gutachter: Landschaft

Untersuchungsphase: E/B

Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch Flächeninanspruchnahme

Fragestellungen:

1. Werden das Landschaftsbild und der Landschaftscharakter durch das Vorhaben wesentlich beeinträchtigt?
2. Sind die im Projekt vorgeschlagenen Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung dieser Beeinträchtigung ausreichend?
3. Werden zusätzliche Maßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 7:

Gutachter: Landschaft

Untersuchungsphase: E/B

Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch Zerschneidung der Landschaft

Fragestellungen:

1. Werden das Landschaftsbild und der Landschaftscharakter durch das Vorhaben wesentlich beeinträchtigt?
2. Sind die im Projekt vorgeschlagenen Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung dieser Beeinträchtigung ausreichend?
3. Werden zusätzliche Maßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 8:

Gutachter: Landschaft

Untersuchungsphase: E/B

Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch optische Störungen der Landschaft

Fragestellungen:

1. Werden das Landschaftsbild und der Landschaftscharakter durch das Vorhaben wesentlich beeinträchtigt?
2. Sind die im Projekt vorgeschlagenen Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung dieser Beeinträchtigung ausreichend?
3. Werden zusätzliche Maßnahmen vorgeschlagen?

Forst- und Jagdwirtschaft:

Materiengesetz Forst – Fragen: _

1. Handelt es sich bei der zur Rodung angesuchten Fläche um Wald im Sinne des Forstgesetzes?
2. Wie stellt sich die Waldfläche im Waldentwicklungsplan (Nutz- Schutz- Wohlfahrts- und Erholungswirkung) dar?
3. Welche Waldausstattung ist vorhanden?
4. Wie wird die Wirkung der zur Rodung beantragten Waldfläche aus qualitativer und quantitativer Sicht beurteilt?
5. Liegt eine Beeinträchtigung umgebender Waldflächen durch die Rodung vor?
6. Ist ein besonderes öffentliches Interesse an der Walderhaltung der zur Rodung beantragten Fläche gegeben?
7. Welche maßgeblich forstfachlichen Einwände bestehen gegen die beantragte Rodung?
8. Ist zum Ausgleich des Verlustes der Wirkung des Waldes die Notwendigkeit einer Ersatzaufforstung gegeben?
9. Liegt eine dauernde oder befristete Rodung vor?
10. Kann bei Abwägung aller Vor- und Nachteile aus fachlicher Sicht einer Rodung zugestimmt werden?

Risikofaktor 1:

Gutachter: Landwirtschaft/Forst

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinflussung des Bodens durch Schattenwurf

Fragestellungen:

1. Wird durch den Schattenwurf der Boden beeinflusst?
2. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen des Bodens unter Berücksichtigung der gegebenen Schattenwurfdauer aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 2:

Gutachter: Landwirtschaft/Forst

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinflussung des Bodens durch Flächeninanspruchnahme

Fragestellungen:

1. Wird durch Flächeninanspruchnahme der Boden beeinflusst?
2. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen des Bodens aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Wie wird die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen und Vorkehrungen bewertet?
4. Werden die Beeinträchtigungen möglichst gering gehalten, um das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbarn möglichst wenig zu gefährden?
5. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 23:

Gutachter: Forst

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Forstwirtschaft durch Schattenwurf

Fragestellungen:

1. Wird durch den Schattenwurf die Forstwirtschaft beeinflusst?
2. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen der Forstwirtschaft unter Berücksichtigung der gegebenen Schattenwurfdauer aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 24:

Gutachter: Forst

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Verlust von Forstflächen durch Flächeninanspruchnahme

Fragestellungen:

1. Gehen durch das Vorhaben forstwirtschaftlich genutzte Flächen verloren?
2. Wie wird dieser Verlust aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden die Verluste möglichst gering gehalten und solche vermieden, die geeignet sind, die Forstwirtschaft im Untersuchungsgebiet bleibend zu schädigen?
4. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?
5. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?
6. Wie wird die erwartete Restbelastung im Hinblick auf die Schutzziele aus fachlicher Sicht bewertet?
7. Welche Kontroll- und Beweissicherungsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 25:

Gutachter: Forst

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Forstwirtschaft durch Zerschneidung der Landschaft

Fragestellungen:

1. Wird durch Zerschneidung der Landschaft die Forstwirtschaft beeinträchtigt?
2. Wie wird diese Beeinträchtigung aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?
4. Welche Kontroll- und Beweissicherungsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 26:

Gutachter: Forst

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Jagdwirtschaft durch Lärmeinwirkung

Fragestellungen:

1. Wird die Jagdwirtschaft durch Lärmimmissionen vom Betrieb der Anlagen beeinflusst?
2. Wie wird diese Beeinträchtigung aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden Lärmimmissionsbelastungen möglichst gering gehalten bzw. Immissionen vermieden, die geeignet sind, die Jagdwirtschaft nachhaltig zu beeinträchtigen?
4. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?
5. Wie wird die erwartete Restbelastung im Hinblick auf die Schutzziele aus fachlicher Sicht bewertet?
6. Welche Kontroll- und Beweissicherungsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

Risikofaktor 27:

Gutachter: Forst

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Jagdwirtschaft durch Schattenwurf

Fragestellungen:

1. Wird durch den Schattenwurf die Jagdwirtschaft beeinflusst?
2. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen der Jagdwirtschaft unter Berücksichtigung der gegebenen Schattenwurfdauer aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 28:

Gutachter: Forst

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Jagdwirtschaft durch Flächeninanspruchnahme

Fragestellungen:

1. Wird durch die Flächeninanspruchnahme für das Vorhaben die Jagdwirtschaft beeinträchtigt?
2. Wie wird diese Beeinträchtigung aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 29:

Gutachter: Forst

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Jagdwirtschaft durch Zerschneidung der Landschaft

Fragestellungen:

1. Wird durch die Zerschneidung der Landschaft die Jagd beeinträchtigt?
2. Wie wird diese Beeinträchtigung aus fachlicher Sicht beurteilt?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Landwirtschaft:**Risikofaktor 1:**

Gutachter: Landwirtschaft/Forst

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinflussung des Bodens durch Schattenwurf

Fragestellungen:

1. Wird durch den Schattenwurf der Boden beeinflusst?
2. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen des Bodens unter Berücksichtigung der gegebenen Schattenwurfdauer aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 2:

Gutachter: Landwirtschaft/Forst

Untersuchungsphase: E/B/A

Art der Beeinflussung: Beeinflussung des Bodens durch Flächeninanspruchnahme

Fragestellungen:

1. Wird durch Flächeninanspruchnahme der Boden beeinflusst?

2. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen des Bodens aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Wie wird die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen und Vorkehrungen bewertet?
4. Werden die Beeinträchtigungen möglichst gering gehalten, um das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbarn möglichst wenig zu gefährden?
5. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden unter besonderer Berücksichtigung der Auflassung vorgeschlagen?

Risikofaktor 20:

Gutachter: Landwirtschaft

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Landwirtschaft durch den Schattenwurf

Fragestellungen:

1. Wird durch den Schattenwurf die Landwirtschaft beeinflusst?
2. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen der Landwirtschaft unter Berücksichtigung der gegebenen Schattenwurfdauer aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 21:

Gutachter: Landwirtschaft

Untersuchungsphase: E/B/A

Art der Beeinflussung: Verlust von landwirtschaftlich genutzten Flächen durch Flächeninanspruchnahme

Fragestellungen:

1. Werden durch den Transport zum Standort und durch die Errichtung der Anlagen landwirtschaftliche Flächen beeinträchtigt?
2. Wird durch die Flächeninanspruchnahme für das Vorhaben die Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen beeinträchtigt?
3. Besteht nach Entfernung der Anlagen eine Beeinträchtigung von landwirtschaftlichen Grundstücken?
4. Wie wird diese Beeinträchtigung aus fachlicher Sicht bewertet?
5. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 22:

Gutachter: Landwirtschaft

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung der Landwirtschaft durch Zerschneidung der Landschaft

Fragestellungen:

1. Wird die Landwirtschaft durch die Zerschneidung der Landschaft beeinträchtigt?
2. Wie wird diese Beeinträchtigung aus fachlicher Sicht beurteilt?
3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Wasser – und Abfallwirtschaft:

Risikofaktor 34:

Gutachter: Wasser

Untersuchungsphase: E/B/A

Beeinträchtigung der Oberflächen und Grundwässer durch das Vorhaben

Fragestellungen:

1. Werden durch das Vorhaben Oberflächen- oder Grundwässer beeinträchtigt?

2. Werden zusätzliche Maßnahmen oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Risikofaktor 35:

Gutachter: Wasser

Untersuchungsphase: E/B/A

Beeinträchtigung durch Abfall bzw. Reststoffen

Fragestellung:

1. Entstehen durch das Vorhaben Beeinträchtigungen durch anfallenden Abfall bzw. gefährliche Stoffe?
2. Sind in den Unterlagen ausreichende Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Beeinträchtigung durch Abfall bzw. anfallende gefährlichen Stoffen vorgesehen?
3. Werden zusätzliche Maßnahmen vorgeschlagen?
4. Ist nach Betriebsende die ordnungsgemäße Entsorgung der Anlagen gesichert oder werden zusätzliche Maßnahmen vorgeschlagen?

Geologie:

Risikofaktor 36:

Gutachter: Geologie

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinflussung der geologischen Zusammensetzung des Bodens durch das Vorhaben

Fragestellungen:

1. Wird durch das Vorhaben die geologische Zusammensetzung des Bodens beeinflusst?
2. Wie werden die erwarteten Beeinträchtigungen aus fachlicher Sicht bewertet?
3. Wie wird die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen und Vorkehrungen bewertet?
4. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?
5. Ist der Boden aus geologischer Sicht für eine tragsichere Fundamentierung geeignet?

Bundesdenkmalamt:

Risikofaktor 38:

Gutachter: BDA

Untersuchungsphase: E

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung von Sach- und Kulturgütern

Fragestellungen:

- Entstehen durch die vorhabensbedingte Inanspruchnahme von Flächen in der Errichtungsphase Auswirkungen auf Sach- und Kulturgüter im Untersuchungsraum, insbesondere solche die unter Denkmalschutz stehen, Bejahendenfalls welche Vorkehrungen sind über die im Projekt vorgesehenen Maßnahmen aus fachlicher Sicht zu treffen, um diese möglichst gering zu halten bzw. diese nicht nachteilig zu beeinflussen?

Fragestellungen:

Arbeitsinspektorat:

Materiengesetz, ArbeitnehmerInnenenschutzgesetz, BGBl. Nr. 450/1994 i.d.F. BGBl. I Nr. 147/2006 – Fragen:

1. Werden die ArbeitnehmerInnen in der Errichtungs-, Betriebs- oder Auflassungsphase nach den Umständen des Einzelfalles durch voraussehbare Gefahren für die Sicherheit und Gesundheit beeinträchtigt oder entspricht die Arbeitsstätte ohnehin den Arbeitnehmerschutzvorschriften?
2. Verneinendenfalls welche Auflagen und Bedingungen sind vorzuschreiben, wenn
 - nach den konkreten Verhältnissen des Einzelfalles zur Gewährleistung der Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer Maßnahmen erforderlich sind, die über die in diesem Bundesgesetz oder den dazu erlassenen Verordnungen enthaltenen Anforderungen hinausgehen, oder
 - die Vorschreibung von Auflagen zur Konkretisierung oder Anpassung der in diesem Bundesgesetz oder den dazu erlassenen Verordnungen vorgesehenen Anforderungen an die konkreten Verhältnisse des Einzelfalles erforderlich ist?

1. Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Allgemeiner Befund

Die Vieghofer Windmanagement GmbH beabsichtigt in der Katastralgemeinde Nickelsdorf 9 Windenergieanlagen der Type Enercon E-101 (Nennleistung je 3,0 MW) zu errichten.

Die Windenergieanlagen werden auf den nachstehenden Grundstücken der KG. Nickelsdorf errichtet bzw. überstreichen diese:

NICK 1	Gst.Nr. 1943/2, 1944/2, 1945/18
NICK 2	Gst.Nr. 1955/3, 1953, 1954/1, 1954/3, 1955/1, 1955/2, 1955/4, 1956/1
NICK 3	Gst.Nr. 1955/3, 1953, 1954/1, 1954/3, 1955/1, 1955/2,
NICK 4	Gst.Nr. 1934, 1935, 1933
NICK 5	Gst.Nr. 2004, 1999, 2000/2, 2003
NICK 6	Gst.Nr. 2005, 1998, 2001, 2002
NICK 7	Gst.Nr. 1937/3, 1937/4
NICK 8	Gst.Nr. 1937/3, 1937/4
NICK 9	Gst.Nr. 2062/3, 2062/4.

Eckdaten:

Windenergieanlagen der Type Enercon E-101 mit integrierter Trafostation (Turmfuß)

- Nennleistung von 3,0 MW
- Rotordurchmesser von 101 m
- einer Nabenhöhe von 135 m
- Gesamthöhe von 186 m

Bodengutachten:

Das Büro Baugrund Wien, Ingenieurgesellschaft mbH, 1190 Wien, hat ein Bodengutachten vom 11.08.2011 samt Ergänzungen vom 17.10.2011 für die Windenergieanlagen erstellt.

Es wurde für folgende Standorte die Ausführung nachstehender Gründung vorgeschlagen:

WEA2, WEA5, WEA6, WEA7 und WEA8 – Flachgründung

WEA1, WEA3, WEA4 und WEA9 – Flachgründung mit Bodenaustausch in verschiedener Mächtigkeit

Statik:

Eine Typenprüfung der Windenergieanlage Enercon E-101, 133,14 m Fertigteilturm, Nabenhöhe 135,40 m, ausgestellt vom TÜV-Nord-Essen, liegt vor. Grundlage der Prüfung bilden die Berechnungen und Zeichnungen von ENERCON GmbH. sowie ein Gutachten des Büros Schindler und Partner ZT GmbH, Korneuburg, bezogen auf österreichische Verhältnisse.

Anlagenbauliche Beschreibung

Die Windenergieanlage Enercon E-101 besteht aus einem Turm mit einer Betonfertigteilstation und einer Stahlstation, einer Gondel und drei Rotoren.

Am Turmfuß wird im Inneren eine Trafostation errichtet, die mit einer Brandschutzdecke Richtung Turmbereich-Aufstieg abgeschirmt wird.

Für den Aufstieg zur Gondel wird innerhalb jedes Mastes eine Aufstiegsleiter mit einem Sicherungssystem installiert.

Ergänzend wird in jedem Turm eine mechanische Aufstiegshilfe eingebaut.

Die Turmanlage ist mit Gitterrosten ausgestattet, daneben sind kleine Ruhepodeste bei der Aufstiegsleiter angeordnet.

Flächenwidmung

Die jeweiligen Standorte der Windenergieanlagen sind als Grünfläche – Windkraftanlagen gewidmet. Die Sicherheitszonen der Windenergieanlagen, 1,2-fache Umsturzlängen sind lt. gültigen Flächenwidmungsplan als Grünfläche - landwirtschaftlich genutzt (Gl), als Grünland – forstwirtschaftlich genutzt (Gf), als Grünfläche G-LNg und als Verkehrsfläche der Gemeinde (V) gewidmet.

Auf dem Turm wird jeweils die drehbare Gondel angeordnet, in welcher die Windnachführeinrichtung und der Generator untergebracht werden. Als Rotorblätter kommen 3-flügelige Rotoren aus GFK mit einem Durchmesser von 101 m zum Einsatz. Die Flügel werden mit aktiver Blattverstellung und mit drei unabhängigen Pitch - Mechanismen (als aerodynamische Haupt-Bremsen) ausgeführt.

Die Leistungssteuerung der Anlage E -101 erfolgt durch aktive Blattverstellung. Die Einschaltwindgeschwindigkeit wird mit ca. 2,5 m/s und die Abschaltwindgeschwindigkeit mit 28 – 34 m/s angegeben.

Die von der Anlage erzeugte elektrische Energie wird in der Gondel der Windenergieanlage gleichgerichtet und anschließend im Turmfuß wieder in Wechselspannung umgewandelt. Ausgehend von den Schaltschränken der Windenergieanlage wird die erzeugte Energie über Niederspannungskabel in die im Turmfuß der Windenergieanlage situierten Transformatorstation transportiert und dort von 400 V auf die 30 kV Mittelspannungsebene hochtransformiert. Im Inneren der Windenergieanlagen werden die im Turmfuß befindlichen Hochspannungsanlagen durch eine Brandschutzdecke vom restlichen Turm getrennt.

Die Anlage verfügt über einen Synchron - Drehstrom- Ringgenerator und nachgeschaltete Wechselrichter (Energiefluss: Synchrongenerator - Gleichrichter-Zwischenkreis -Wechselrichter-Trafostation).

Weiters verfügt die Anlage über eine Anfahrschaltung mit einem einstellbaren Leistungsgradienten sowie konfigurierbarem Leistungsfaktor: regelbar von 0,94 induktiv bis 0,94 kapazitiv. Eine Netzentkopplungseinrichtung mit Frequenz und Spannungsüberwachung wird installiert. Sie wirkt auf die Leistungsschütze der Wechselrichterausgänge.

Neben den aerodynamischen Bremsen werden die Anlagen auch mit einer mechanischen Scheibenbremse ausgestattet. Das Bremssystem wird bei Notbremsung und bei Stromausfall gleichzeitig aktiviert, wobei die Bremsenergie durch Energiespeicher (Akkus) aufgebracht wird. Zusätzlich wird die Gondel mit einer Gierbremse in Form einer elektromechanischen Haltebremse ausgestattet. Als zusätzliche Sicherheitseinrichtung wird die Anlage mit einem Rüttelsensor ausgestattet, welcher bei Unwucht am Rotor eine automatische Anlagenabschaltung einleitet. Für Wartungsarbeiten ist eine Arretierungseinrichtung zur Fixierung des Rotors vorgesehen.

Ergänzend zur Aufstiegsleiter wird in jedem Turm eine mechanische Aufstiegshilfe (Fabrikat Greifzug) installiert. Die Aufstiegshilfe wird nur für Wartungszwecke benützt und ist daher als Arbeitsmittel zu sehen.

Die Windenergieanlagen werden mit einer Rotorblattheizung ausgeführt, die bei der Bildung von Eisansatz an den Rotorblättern, eine gesteuerte und kontrollierte Abtauphase ermöglicht. Die Enteisung der Rotorblätter erfolgt mittels eines Heißluftgebläses im Rotorblattinnenraum.

Die Anlage wird fernüberwacht. Zu diesem Zweck wird eine eigene Telefonverbindung über Modem hergestellt. Über diese Verbindung werden die Störungsmeldungen an die Herstellfirma sowie den Windparkbetreiber bzw. dessen Beauftragten übermittelt. Über eine Selbstwähleinrichtung wird dann der zuständige Mühlenwart benachrichtigt.

Windparkinterne Verkabelung und Netzanbindung

Die Energie wird zunächst windparkintern über ein Mittelspannungs-Erdkabel zusammengefasst und von dort über ein Mittelspannungs-Erdkabel mit einer Länge von 1,0 bis 8,0 km zum Einspeisepunkt ins Umspannwerk Zurndorf neu transportiert.

Der Einspeisepunkt ist im neu zu errichtenden Umspannwerk Zurndorf des Netzbetreibers BEWAG. Die Windparkverkabelung sowie der Anschluss ans Umspannwerk erfolgen auf 30 kV - Ebene.

Die Messung der gesamten eingelieferten Arbeit erfolgt auf Mittelspannungsebene beim Übergabepunkt im UW Zurndorf.

Errichtung und Wartung der Windenergieanlagen

Die Errichtung der Windenergieanlage erfolgt entsprechend den Prüfberichten zur Typenprüfung.

Vorhabensabgrenzung

Die Vieghofer Windmanagement GmbH beabsichtigt die Errichtung von 9 Windkraftanlagen der Type Enercon E - 101 mit im Turm untergebrachten Trafostationen, einer Nennleistung von 3000 kW, einem Rotordurchmesser von 101 m, einer Nabenhöhe von 135 m sowie einer Gesamthöhe von 186 m in der Katastralgemeinde Nickelsdorf, sowie die Errichtung der internen Windparkverkabelung und die Verkabelung zum Umspannwerk Zurndorf in der Katastralgemeinde Zurndorf.

Grenze des Vorhabens bilden die Kabelendverschlüsse der Verkabelung ins Umspannwerk Zurndorf.

Es wird davon ausgegangen, dass das im Überwachungsbereich der Windenergieanlage Nick 8 befindliche Gebäude entfernt wird. Allfällige Auswirkungen auf die Veranstaltungsstätte „Nova Rock“ werden im gegenständlichen Verfahren nicht beurteilt, da derzeit keine Genehmigung dafür besteht.

Gutachten

Die Standorte der 9 Windkraftanlagen im Windpark Nickelsdorf 1 sind im rechtswirksamen Flächenwidmungsplan der Gemeinde Nickelsdorf als „Grünfläche – Windkraftanlage“ gewidmet. Die geplanten Windkraftanlagen stehen daher nicht im Widerspruch zum rechtswirksamen Flächenwidmungsplan der Gemeinde. Im „Regionalen Rahmenkonzept für Windenergieanlagen im Nordburgenland“ ist in diesem Bereich eine Eignungszone mit Vorbehalt für Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 186 m festgelegt. Die Standorte und die Höhen der geplanten Windkraftanlagen entsprechen daher dem Regionalen Rahmenkonzept für Windenergieanlagen im Nordburgenland und somit den überörtlichen Festlegungen.

Aus touristischer Sicht werden durch die Errichtung und den Betrieb von Windkraftanlagen positive Auswirkungen auf die Versorgung der Tourismusbetriebe mit sauberer Energie erwartet bzw. werden Gäste auf diese Art der Energiegewinnung aufmerksam gemacht. Das vorliegende Windkraftprojekt wird aus touristischer Sicht befürwortet.

Das Bauvorhaben entspricht den Bestimmungen des Bgld. Baugesetzes.

Die Festigkeit und Standsicherheit ist durch den Verweis auf die Typenprüfung der Type Enercon E-101 und durch die zugehörigen statischen Berechnungen weitgehend gegeben bzw. wird durch Auflagepunkte abgedeckt. Die Benützungssicherheit und Feuchtigkeitsschutz sind durch die vorgelegten Unterlagen weitgehend gegeben bzw. werden durch Vorschriften abgedeckt. Barrierefreiheit, Wärmeschutz und Energieeinsparung sind nicht von Belang. Gesundheit und Hygiene im Sinne der Bgld. Bauordnung sind erfüllt bzw. nicht relevant.

Eine Brandbekämpfung ist nur eingeschränkt möglich. Wenn keine Brandbekämpfung möglich ist, wird es eine Hauptaufgabe der Feuerwehr sein den Gefahrenbereich (mindestens Umsturzlänge mit Sicherheitsfaktor) abzusperren.

Aus maschinenbau- und elektrotechnischer Sicht wird der derzeitige Stand der Technik eingehalten. Die Gefährdung – auch hinsichtlich Eisabwurf und Eisabfalls werden so gering wie möglich gehalten. Die resultierende Gesamtwahrscheinlichkeit, dass ein bestimmter Punkt (eine Person) außerhalb des von den Rotorblättern überstrichenen Bereiches während des Eisabfallereignisses von einem von einer stillstehenden WEA herabfallenden risikorelevanten Eisstück getroffen wird, liegt unter der vermuteten konservativen Annahme von 100 bis 1000 Stück abfallender Stücke im Bereich einiger 10^{-6} bis 10^{-5} pro Eisfall. Dadurch ist die Wahrscheinlichkeit, durch ein Eisstück getroffen und damit zu Schaden bzw. zu Tode zu kommen, deutlich geringer ist als dies für zahlreiche gesellschaftlich akzeptierten Risiken des täglichen Lebens der Fall ist. Außerhalb des Überwachungsbereiches liegt das Risiko in der Kategorie des Risikoausschlusses „nach menschlichem Ermessen“. Die Energieeffizienz ist gegeben.

Aus verkehrstechnischer Sicht kommt es vor allem in der Errichtungsphase zur Beanspruchung bestehender Verkehrseinrichtungen. Während des Betriebs ist diese vernachlässigbar. Durch die Vorschreibung von Auflagen kann die Sicherheit des Verkehrs gewährleistet werden und die Beeinträchtigung des Verkehrsflusses gering gehalten werden. Güter- bzw. Radwege sind nach Fertigstellung der Baumaßnahmen wieder herzustellen.

Die bisherigen geotechnischen Untersuchungsergebnisse (aus Schürfungen, Bohrungen, Rammsondierungen, geotechnischen Berechnungen etc.) lassen darauf schließen, dass nach dem Stand der Technik der Boden für eine jeweils tragsichere Fundamentierung der Windkraftanlagen geeignet ist.

Aus geologischer Sicht ist mit keiner Beeinträchtigung des Bodens zu rechnen.

Aus Sicht des Bundesdenkmalamtes besteht kein Einwand, wenn ein kontrollierter Humusabtrag der Standorte noch vor Baubeginn unter Beisein eines Vertreters des Bundesdenkmalamtes gewährleistet ist.

Die Errichtung des Windparks in der KG. Nickelsdorf ist östlich des Grundwasserschutz- bzw. Schongebietes Kleylehof vorgesehen. Die Errichtung der Windenergieanlagen und der Betrieb selbst stehen mit keiner Schutz- oder Schongebietsbestimmung in Widerspruch. Für diesen Bereich liegen auch keine wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung und kein anerkannter wasserwirtschaftlicher Rahmenplan vor. Ebenso besteht keine Ausweisung als Grundwassersanierungsgebiet und das Vorhaben steht daher auch mit keinem Sanierungsprogramm oder sonstigen wichtigen wasserwirtschaftlichen Planungen in Widerspruch.

Durch die Art der Fundamentierung, den Grundwasserverhältnissen am Standort sowie dem großen Abstand zum nächstgelegenen Oberflächengewässer sind keine unmittelbaren Beeinträchtigungen der Gewässer zu erwarten.

Wasserhaltungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

Aus Sicht des Landschaftsschutzes ist durch die bereits vorhandenen Windkraftanlagen in naher und weiten Umgebung sowie der 320 und 220 kV-Leitung parallel zur vorhandenen Ostautobahn A 4 die Landschaft im Projektgebiet durch diese teilweise geprägt. Eine zusätzliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und des Landschaftscharakters ist jedoch gegeben. Als zusätzliche Maßnahme wurden Zahlungen vorgeschrieben, um Ausgleichsmaßnahmen finanzieren zu können. Vom Gutachter für Luftfahrt wurden die Auflagen so formuliert, dass die Gefährdung der Sicherheit der Luftfahrt auf ein vertretbares Maß reduziert werden kann. Sowohl die Nachtkennzeichnung als auch die Tagesmarkierung sind für den Personenschutz im Luftverkehr unbedingt erforderlich und daher gegenüber dem Landschaftsschutz prioritär zu betrachten.

Der naturschutzfachliche Sachverständige hat ausgeführt, dass Lärmimmissionen und Schattenwurf nur unerhebliche Störwirkungen ergeben.

Die Auswirkungen auf das Schutzgut Vögel sind durch die Umsetzung des Maßnahmenpakets „Aktionsplan Kaiseradler“ auf ein noch vertretbares Ausmaß reduziert.

Die Auswirkungen auf den Boden und die Landwirtschaft durch Schattenwurf, Flächeninanspruchnahme und Zerschneidung der Landschaft werden vom landwirtschaftlichen Sachverständigen als umweltverträglich angesehen.

Die Auswirkungen auf die Schutzgüter Forstwirtschaft und Jagd können ebenfalls als umweltverträglich angesehen werden. Es werden keine Waldgrundstücke berührt.

Das schalltechnische Projekt ist schlüssig und nachvollziehbar.

Durch die großen Entfernungen wurde festgestellt, dass beim Lärmexponiertesten Nachbarschaftspunkt (Kleylehof) kein wesentlicher Einfluss zu erwarten ist.

Bei allen anderen Nachbarschaftsbereichen kann eine Hörbarkeit der Betriebsgeräusche praktisch ausgeschlossen werden.

Die vom Vorhaben ausgehenden Lärmimmissionsbelastungen werden daher möglichst gering gehalten bzw. es werden Immissionen vermieden, die das Leben oder die Gesundheit der Nachbarn gefährden bzw. zu unzumutbaren Belästigungen der Nachbarn führen.

Durch den Schattenwurf kommt es ebenfalls zu keiner Beeinträchtigung des Lebens oder der Gesundheit von Nachbarn.

Abschließend ist festzuhalten, dass es zur Deckung des stetig steigenden Bedarfs an Energie und zur Substitution anderer Energieträger notwendig ist neue Anlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie zu errichten.

Das öffentliche Interesse liegt im verstärkten Einsatz von erneuerbarer Energie und emissionsarmer Technologien.

Windkraftanlagen erzeugen elektrische Energie ohne Einsatz fossiler oder atomarer Brennstoffe. Nach Errichtung erfolgt bei der Energieerzeugung kein Ausstoß von CO₂. Dadurch wird die Klimabilanz positiv beeinflusst.

Nach Bestimmungen des EIWG sind Energieversorger verpflichtet, einen gewissen Anteil der verkauften Energie ökologisch zu produzieren. Der Standort Parndorfer Platte/Seewinkel ist für die Windkraft der effektivste Standort Österreichs. Daher ist es sinnvoll, diesen Standort auszunutzen. Ziel sollte es sein die benötigte Energie vermehrt durch erneuerbare Energiequellen aufzubringen. Jede Form der Energieerzeugung hat gewisse Auswirkungen auf die Umwelt. Bei der Windkraft liegen diese Auswirkungen eher im Bereich des Landschaftsschutzes und der Gefährdung von Vögeln. Eine Belastung der Luft (CO₂, Schadstoffe) liegt im Unterschied zu anderen Energieerzeugungsanlagen (Kohle, Öl, Gas, Müll) in der Betriebsphase nicht vor. Die vorhandenen Auswirkungen konnten durch die Wahl günstiger Standorte und durch Ausgleichsmaßnahmen gering gehalten werden.

Bei Einhaltung der von den Sachverständigen für notwendig erachteten Auflagen und Ausgleichsmaßnahmen sowie bei plan- und befundgemäßer Ausführung der Errichtung des Windparks Nickelsdorf 1 wird sowohl die Errichtung als auch der Betrieb und die Schließung als umweltverträglich und sicher bewertet.

2. Erwägungen zu den Genehmigungsvoraussetzungen

2.1. Parteistellung:

2.1.1. Nachbarn/Nachbarinnen (§ 19 Abs. 1 Z 1 UVP-G)

Das Gesetz sieht vor, dass als Nachbarn/Nachbarinnen Personen gelten, die durch die Errichtung, den Betrieb oder den Bestand des Vorhabens gefährdet oder belästigt oder deren dinglichen Rechte im In- oder Ausland gefährdet werden könnten, sofern sie sich nicht bloß vorübergehend in der Nähe des Vorhabens aufhalten oder sie nicht dinglich berechtigt sind. Da im Zuge der Auflage der Unterlagen im Wege des Edikts und Anschlag auf der Amtstafel der Gemeinden Parndorf und Neudorf unter gleichzeitigem Hinweis auf die Präklusionsfolgen keine Einwände von diesen Personen gegen das Vorhaben vorgebracht worden sind, haben auch keine Nachbarn/Nachbarinnen Parteistellung erlangt.

2.1.2. Parteien nach den anzuwendenden Verwaltungsvorschriften, soweit sie nicht bereits nach Z 1 erfasst sind (§ 19 Abs. 1 Z 2 UVP-G)

Unter Hinweis auf die Ausführungen unter 2.1.1, letzter Satz, erübrigt sich eine nähere Prüfung, ob allenfalls Inhaber von Rechten eine über die Bestimmung des § 19 Abs. 1 Z 1 UVP-G hinausgehende Parteistellung zukommt.

2.1.3. Umweltanwalt (§ 19 Abs. 1 Z 3 UVP-G):

Da es nach der Judikatur dem einfachen Gesetzgeber obliegt, Parteistellung einzuräumen (VwGH, 30.6.2004, 2004/04/0076, 14.12.2004, 2004/05/0256) und im § 19 Abs. 1 Z 3 UVP-G der Umweltanwalt explizit verankert wurde, ist es unstrittig, dass dieser Parteistellung im gegenständlichen Verfahren genießt.

2.1.4. Wasserwirtschaftliches Planungsorgan (§ 19 Abs. 1 Z 4 UVP-G) und Gemeinden (§ 19 Abs. 1 Z 5 leg. cit.):

Die Ausführungen zur Parteistellung des Umweltanwalts treffen auch auf das Wasserwirtschaftliche Planungsorgan (hinkünftig kurz als WWPO bezeichnet) zu.

2.1.5. Bürgerinitiativen (§§ 19 Abs. 1 Z 6 i.V.m. Abs. 2 UVP-G)

Im vereinfachten Verfahren können Bürgerinitiativen als Beteiligte mit dem Recht auf Akteneinsicht am Verfahren teilnehmen. Eine solche hat sich im gegenständlichen Verfahren nicht gebildet.

Da weder während der Auflagefrist noch bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben wurden, nehmen am Verfahren als Partei ausschließlich die zuvor genannten Legalparteien und die Antragstellerin teil.

2.1.6. Umweltorganisationen (§§ 19 Abs. 1 Z 7 i.V.m. Abs. 10 UVP-G)

Eine gemäß Abs. 7 anerkannte Umweltorganisation hat Parteistellung und ist berechtigt die Einhaltung von Umweltschutzvorschriften im Verfahren geltend zu machen, soweit sie während der Auflagefrist gemäß § 9 Abs. 1 schriftlich Einwendungen erhoben hat. Sie ist auch berechtigt, Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben.

2.1.7. Vorbringen des ungarischen Nationalparks Fertő-Hansag

Dieser hat innerhalb der im Edikt genannten Frist rechtzeitig schriftliche Einwendungen die Vogelkunde betreffend, wie bereits zuvor ausgeführt, erhoben. Zwar kommt auch **ausländischen Nachbarn**, die durch Immissionen des inländischen Vorhabens beeinträchtigt werden können, ebenso Parteistellung wie österreichischen Nachbarn zu, jedoch bedarf es in diesem Zusammenhang einer persönlichen Betroffenheit der geschützten Rechtssphäre. Auf Nationalparks ist diese Regelung nicht zutreffend.

Juristische Personen fallen nicht unter den Nachbarbegriff, weil sie niemals persönlich gefährdet oder belästigt werden können. Allenfalls Inhaber von Einrichtungen (Eigentümer oder sonst dinglich Berechtigte zum Schutz dieses Eigentums oder sonstiger dinglicher Rechte), in denen sich regelmäßig Personen vorübergehend aufhalten, fallen darunter.

„Nationalparks“ finden sich somit nicht in der Aufzählung des § 19 Abs. 1 leg. cit.

Bleibt iSv § 19 Abs. 1 Z 2 zu prüfen, ob ihm nach den anzuwendenden Verwaltungsvorschriften vorgesehenen Parteien Parteistellung zukommt. Einschlägig ist nach den im Spruch zitierten und angewendeten Materiengesetzen das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz. Zuvor § 52 leg. cit. kommt nur den Gemeinden, in deren Gebiet das Vorhaben vorgesehen ist, zum Schutz der öffentlichen Interessen iSd § 1 die Stellung als Parteien zu.

Darüber hinaus ist dem Vorbringen des Nationalparks aus fachlicher Sicht das nachstehende zur Gänze wiedergegebene naturschutzfachliche Gutachten entgegen zuhalten.

„Materiengesetz NG 1990 – Fragen:

1. Wird durch das Vorhaben das Gefüge des Haushaltes der Natur im betroffenen Lebensraum nachteilig beeinträchtigt oder ist dies zu erwarten.

In den Ausführungen zu den Risikofaktoren 30-33 wird begründet, dass die negativen ökologischen Auswirkungen des Projektes für den Risikofaktor 33 (Trennungseffekte) eine *hohe* Eingriffserheblichkeit erreichen. Die Beeinträchtigung beruht in erster Linie auf der erheblichen Entwertung eines hochwertigen Brutraumes für den Kaiseradler (burgenländischer Gesamtbestand 4 Brutpaare), sowie wertvoller Nahrungsflächen für den Seeadler durch eine wesentliche Zunahme des Kollisionsrisikos für Jung- und Altvögel. Durch Ausgleichsmaßnahmen wird die Eingriffserheblichkeit auf eine *mittlere* Restbelastung gesenkt.

Risikofaktor 30:

Gutachter: Naturschutz

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung von Naturschutzbelangen (Flora/Fauna) durch Lärm

Fragestellungen:

1. Werden Ökosysteme/Biotop durch Lärmimmissionen beeinflusst?

E: In der Errichtungsphase entstehen Lärmimmissionen, die mit der Belastung an wenig befahrenen Straßen bzw. bei der Errichtung anderer Hochbauten vergleichbar sind (periodischer Zulieferverkehr, Baufahrzeuge und -maschinen, Krangeräusche). Eine Beeinflussung von Ökosystemen, die das derzeitige Ausmaß wesentlich übersteigt, ist daher nicht zu erwarten.

B: Drehende Rotoren produzieren ein Geräusch, das von vielen Tieren wahrgenommen wird (z.B. Kikuchi 2008). Negative Effekte sind nach den bisher vorliegenden Befunden am ehesten für Vögel und Fledermäuse zu erwarten (z.B. Hötter et al. 2004, Kusenbach 2005), wobei die Bedeutung von Lärmimmissionen in Relation zu optischen Störreizen kaum untersucht wurde.

Zumindest für den Großteil der Vogelarten ist jedoch die Lärmbelastung wahrscheinlich nicht der Hauptfaktor (Winkelman 1995). Aus der UVE geht hervor, dass naturschutzrelevante Zielarten, für die eine besondere Empfindlichkeit gegenüber Rotorgeräuschen möglich ist (z.B. Wachtelkönig) nicht betroffen sind. Die für den Projektstandort relevanten Greifvögel (v.a. Kaiseradler) und Brutvögel der Agrarlandschaft sind in dieser Hinsicht weitgehend unempfindlich (z.B. Hötter et al. 2006, Möckel & Wiesener 2007, Devereux et al. 2008).

2. Wie wird diese Beeinflussung aus fachlicher Sicht bewertet?

E/B: Aus den Ausführungen zu Frage 1 ist abzuleiten, dass die Beeinflussung durch Lärm für den Großteil des erfassten Artenspektrums nicht erheblich ist. Obwohl im Projektgebiet eine im Vergleich zu anderen Teilgebieten der Parndorfer Platte (z.B. AVL 2010) überdurchschnittliche Aktivitätsdichte der Fledermäuse ermittelt wurde (bei einer Schottergrube maximal 29 Kontakte pro 15 min / Ultraschall-Detektor), ist auch für diese gegenüber Lärm am ehesten empfindliche Gruppe keine populationsrelevante Beeinträchtigung zu erwarten (z.B. durch Verlust eines Quartiers mit größerer Bestandskonzentration). Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass sich vor allem die Standorte der westlichen Anlagen im Nahbereich der Autobahn A4 befinden, so dass die windkraftbedingten, ökologisch wirksamen Lärmemissionen in Relation zur gesamten Lärmbelastung des Planungsgebietes etwas an Bedeutung verlieren.

3. Wie wird die Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen und Vorkehrungen bewertet?

E/B: Im Projekt und in der UVE sind keine Maßnahmen vorgesehen. Da keine erheblichen Beeinträchtigungen nachgewiesen wurden (vergl. Frage 2), sind zusätzliche Maßnahmen zur Verminderung der Lärmimmissionen nach Einschätzung des Gutachters nicht erforderlich.

4. Werden verbindliche Grenz- bzw. anerkannte Richtwerte überschritten und wie werden diese Überschreitungen bewertet?

E/B: Für lärmbedingte Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Flora und Fauna liegen keine verbindlichen Grenz- oder Richtwerte vor. Da keine erheblichen Lärmbelastungen nachweisbar sind, ist die Festlegung von Grenz- oder Richtwerten im Rahmen des UVP-Verfahrens nicht erforderlich.

5. Werden Lärmimmissionen möglichst gering gehalten, die erhebliche Belastungen für die Umwelt auslösen, und Lärmimmissionen vermieden, die geeignet sind, Ökosysteme/Biotop zu bleibend zu schädigen?

Das Projekt sieht keine Maßnahmen zur Verminderung von Lärmimmissionen vor. Da für die betroffenen Ökosysteme keine erhebliche Lärmbelastung durch das Projekt gegeben ist, sind keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich.

6. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?

Da keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind (vergl. Frage 1-5), werden vom Gutachter keine zusätzlichen Maßnahmen vorgeschlagen.

7. Welche Kontroll- und Beweissicherungsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

Da weder erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten sind, noch zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind, werden vom Gutachter keine Kontroll- und Beweissicherungsmaßnahmen vorgeschlagen.

Risikofaktor 31:

Gutachter: Naturschutz

Untersuchungsphase: B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung von Naturschutzbelangen (Flora/Fauna) durch Schattenwurf

Fragestellungen:

1. Werden die Ökosysteme/Biotop durch den Schattenwurf beeinflusst?

Die konstante Beschattung durch die Türme der Anlagen betrifft eine Schottergrube (WEA 7), einige kleine Gehölzflächen, sowie Ackerstandorte und Ackerbrachen. Alle angeführten Biotoptypen sind gegenüber zusätzlichen Lichtverlusten aus naturschutzfachlicher Sicht unempfindlich. Für die Fauna ist der Faktor Beschattung auf Grund der geringen Wertigkeit betroffener Lebensräume ebenfalls naturschutzfachlich nicht relevant. Eine Beeinflussung durch den rotorbedingten, bewegten Schattenwurf ist am ehesten bei störungsempfindlichen Großvogelarten zu erwarten (z.B. Großtrappe, Gänse; z.B. Kruckenberg & Jaene 1999), für die jedoch das Planungsgebiet schon auf Grund seiner Lage zwischen der Autobahn A4 und dem südlich angrenzenden, bereits genehmigten Windpark nur von sehr untergeordneter Bedeutung ist (Fachbeitrag UVE; vergl. auch Kruckenberg et al. 1998, Ballasus 2002, Laber & Pellingner 2008). Die im Planungsgebiet vorkommenden Greifvogelarten (v.a. Kaiseradler) sind gegenüber Schattenwurf wenig empfindlich. Auch für die im Gebiet vorkommenden Säugetiere liegen keine Befunde vor, aus denen auf eine erhebliche Beeinträchtigung geschlossen werden kann (zur Auswertung vorhandener Literatur siehe z.B. Hötter et al. 2004).

2. Wie wird diese Beeinträchtigung unter Berücksichtigung der gegebenen Schattenwurfdauer aus fachlicher Sicht bewertet?

Aus der Beantwortung der Frage 1 geht hervor, dass der Faktor Schattenwurf nach den aktuell vorliegenden Daten keine wesentliche Rolle spielt.

3. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

Da für den Schattenwurf als Einzelfaktor keine erheblichen Störwirkungen nachweisbar sind (vergl. Frage 1-2), werden aus der Sicht des Gutachters keine zusätzlichen Maßnahmen vorgeschlagen.

Risikofaktor 32:

Gutachter: Naturschutz

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Verlust von aus Sicht des Naturschutzes wertvollen Flächen bzw. Standorten

Fragestellungen:

1. Sind aus der Sicht des Naturschutzes wertvolle Flächen bzw. Standorte durch die Errichtung der Anlage betroffen?

E: Nach den fachlichen Unterlagen in der UVE sind in der Errichtungsphase (z.B. durch die Anlage von Zufahrtswegen) keine wertvollen Habitatflächen betroffen. Ansonsten sind die kurzfristigen räumlichen Einschränkungen und Flächenbeanspruchungen im Zuge des Baugeschehens in Relation zu den Flächenverlusten in der Betriebsphase aus naturschutzfachlicher Sicht bedeutungslos.

B: Alle Standorte der Fundamente betreffen Flächen, die aus vegetationskundlicher Sicht als nicht wertvoll einzustufen sind (vergl. UVE). Für Fledermäuse treten nach den Unterlagen in der UVE keine direkten Flächenverluste nutzbarer Habitats auf, Habitatentwertungen durch ein erhöhtes Kollisionsrisiko werden unter Risikofaktor 33 behandelt. Die ornithologischen Erhebungen windkraftrelevanter Vogelarten von April bis Juni 2010 sowie im Winter 2005/06 ergaben in erster Linie für Greifvögel eine besondere Bedeutung als Nahrungsraum (v.a. Kaiseradler, Seeadler, Rohrweihe, Kornweihe, Mäusebussard, Turmfalke). Zusätzlich hervorzuheben ist das regelmäßige Auftreten des Adlerbussards (*Buteo rufinus*), eines seltenen Sommergastes aus Südosteuropa, im September 2011 im östlich an das Planungsgebiet anschließende Nova Rock - Gelände (H.-M. Berg, Archivdaten BirdLife Österreich). Die ausgedehnten und kurzrasigen Brachen dieses Festgeländes dürften die Attraktivität für Greifvögel in diesem Gebiet noch zusätzlich erhöhen. Da bei dieser Artengruppe das Meideverhalten gegenüber Windkraftanlagen relativ gering ausgeprägt ist, überwiegt als Faktor für die Verluste nutzbarer Habitats das Kollisionsrisiko (Hunt 2002, Hunt & Hunt 2006, Dürr & Langgemach 2006, Lekuona & Ursúa 2007, Smallwood et al. 2008, Dürr 2009, Langgemach & Dürr 2011). Die Flächenverluste für diese Artengruppe werden daher ebenfalls unter Risikofaktor 33 behandelt. Ein weiteres wichtiges Schutzgut im Europaschutzgebiet ist die Großtrappe. Im Gegensatz zu den Greifvögeln ist dieser große Steppenvogel gegenüber vertikalen Landschaftsstrukturen und stärker befahrenen Straßen hoch empfindlich, sodass die bereits von einem Windpark und der Autobahn eingeschlossene Fläche mit Sicherheit keine wesentliche Bedeutung mehr hat (vergl. auch Fachbeitrag der UVE). Auf mögliche Habitatverluste für überwinternde Gänse durch Störwirkungen der Anlagen wurde bereits unter Risikofaktor 31 (Schattenwurf) eingegangen.

2. Wie wird der Verlust dieser Flächen und Standorte aus fachlicher Sicht bewertet?

E: Eine erhebliche Bestandsbeeinträchtigung (bzw. *hohe* Eingriffserheblichkeit) durch das Baugeschehen kann auf Grund der geringen ökologischen Wertigkeit der betroffenen Flächen mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

B: Durch den Bestand der Fundamente in der Betriebsphase treten nach den Unterlagen in der UVE keine Beeinträchtigungen der Vegetation auf. Die Bewertung der Flächenverluste für die Fledermäuse und Greifvögel erfolgt unter Risikofaktor 33 (vergl. Frage 1). Bei allen anderen windkraftrelevanten Vogelarten wird in der UVE auf Grund der Habitatqualitäten, Bestandsgrößen und ermittelten Nutzungsdichten eine *geringe* Eingriffserheblichkeit angenommen. Diese Einstufung ist auf der Grundlage der im Fachbeitrag dargestellten Befunde fachlich nachvollziehbar.

3. Werden Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen?

E: Da in der Errichtungsphase keine erheblichen Beeinträchtigungen durch Flächenverluste zu erwarten sind (vergl. Frage 1-2), werden keine Maßnahmen vorgeschlagen.

B: Für die betriebsbedingten Habitatverluste für Greifvögel wird in der UVE ein Ausgleichskonzept angeführt, das unter Risikofaktor 33 behandelt wird, da die Flächenverluste in erster Linie auf ein hohes Kollisionsrisiko zurückzuführen sind.

4. Welche zusätzlichen/anderen Maßnahmen werden vorgeschlagen?

E/B: Da die bau- und betriebsbedingten Flächenverluste mit Ausnahme der Greifvögel in keinem Fall ein ökologisch erhebliches Ausmaß erreichen, werden vom Gutachter keine zusätzlichen Maßnahmen vorgeschlagen. Die Frage zusätzlicher Maßnahmen zum Ausgleich der Habitatbeeinträchtigungen für Greifvögel wird unter Risikofaktor 33 behandelt.

5. Welche Kontroll- und Beweissicherungsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

In der UVE sind keine Maßnahmen zur Beweissicherung vorgesehen. Auf die Beweissicherung im Bereich des Vogelschutzes (ornithologisches Monitoring) wird unter Risikofaktor 33 eingegangen.

Risikofaktor 33:

Gutachter: Naturschutz

Untersuchungsphase: E/B

Art der Beeinflussung: Beeinträchtigung von Naturschutzbelangen (Flora/Fauna) durch Zerschneidung der Landschaft

Fragestellungen:

1. Werden durch Zerschneidung der Landschaft die Ökosysteme/Biotope beeinträchtigt?

E: Die Errichtung der Anlagen hat keine nachhaltigen Zerschneidungseffekte zur Folge, die über das Ausmaß in der Betriebsphase hinausgehen. Die vorübergehenden Trennwirkungen während des Baugeschehens (v.a. durch verstärktes Verkehrsaufkommen, Einrichtung von Baustellen) sind in Relation zu den Barrierenwirkungen in der Betriebsphase aus naturschutzfachlicher Sicht bedeutungslos. Die Behandlung der Fragen 2-5 kann sich daher auf die Betriebsphase beschränken.

B: Naturschutzrelevante Durchschneidungseffekte durch die Fundamente der Türme können auf der Datengrundlage der UVE ausgeschlossen werden. Es bleiben daher für eine naturschutzfachliche Beurteilung Trennwirkungen auf Tierpopulationen, die sich aus optischen Störreizen der Türme und drehenden Rotoren, und/oder dem Risiko von Kollisionen mit den Rotoren ergeben. Für am Boden lebende Säugetiere liegen bisher nur wenige Hinweise auf nachhaltige Störeffekte durch Windkraftanlagen vor (z.B. Kikuchi 2008), die aber für das Projektgebiet auf Grund der Artenzusammensetzung keine erheblichen Trennwirkungen erwarten lassen (z.B. Hötter et al. 2004). Auch Fledermäuse zeigen nach den bisher vorliegenden Untersuchungsergebnissen an Windkraftanlagen kaum Ausweichreaktionen, sind aber dafür besonders massiv vom Kollisionsrisiko betroffen (Kusenbach 2005, Brinkmann & Mayer 2006, Naturschutzbund Deutschland e.V. 2007, Rodrigues et al. 2008, Cryan & Barclay 2009). Sehr hohe Kollisionsraten können bei dieser Artengruppe über den Ausfall vieler Individuen indirekt zu Trennwirkungen zwischen benachbarten Teilpopulationen bzw. zwischen unterschiedlichen Teillebensräumen führen (v.a. Quartier und Nahrungsraum, Winter- und Sommerquartier). Überproportional hohe Verluste sind im Planungsraum am ehesten beim Abendsegler zu erwarten (z.B. Rodrigues et al. 2008, Traxler 2010, Wegleitner & Jaklitsch 2010), der im Gebiet jedoch hauptsächlich während des herbstlichen Massenzuges auftritt. Da für diesen Zeitabschnitt (September bis Mitte November) aus dem Planungsraum keine Daten vorliegen, ist die Frage für diese Artengruppe nicht mit Sicherheit abzuklären (vergl. Punkt 6.3 Fachbeitrag). Auf die Barrierenwirkungen für Vogelflugbewegungen wird gesondert unter Frage 2 eingegangen.

2. Werden durch die Errichtung der Anlagen die Vogelflugbewegungen beeinträchtigt?

Aus dem Planungsgebiet liegen für Groß- und Greifvögel aus der Untersuchungsperiode April bis Juni 2010 mit 1,1 durchziehende Individuen/Stunde etwas höhere Werte als aus anderen Untersuchungsflächen der Region vor (vergl. Fachbeitrag UVE). Auf der Basis dieser wenigen Frühjahrsdaten kann jedoch trotzdem kein konzentriert genutzter Zugkorridor abgesichert werden. Auch für die Nutzung des Gebietes als Nahrungsraum (zu 77% durch Mäusebussard, Rohrweihe und Turmfalke) liegen keine Hinweise auf gerichtete Flugbewegungen bzw. Korridorwirkungen vor. Eine populationsrelevante Beeinträchtigung von Flugbewegungen der Großtrappe, oder der Nahrungsflüge überwinternder Saat- und Bläßgänse konnte auf der Basis der derzeitigen Datenlage und wegen der bestehenden technischen Strukturen im Planungsgebiet bereits unter den Risikofaktoren 31-32 ausgeschlossen werden. Weiters liegt der geplante Windpark zum größten Teil im „Schatten“ des südwestlich anschließenden Windparks um den Karlwald, der in der Hauptzugrichtung bereits eine wirksame Barriere darstellt. Eine erhebliche Verstärkung der Barrierenwirkungen ist daher nicht zu erwarten.

3. Wie wird das „Vogelschlagrisiko“ durch den Betrieb der Anlagen beurteilt?

Neueste Untersuchungen zeigen, dass die großräumige Ermittlung von Überflughäufigkeiten windkraftrelevanter Vogelarten in Planungsgebieten von Windparks nur sehr bedingt Prognosen für die Kollisionsraten nach dem Bau der Anlagen zulassen (Ferrer et al. 2011). Da derzeit keine anderen Daten und ausgereiften Methoden zur Abschätzung des späteren Kollisionsrisikos zur Verfügung stehen, muss trotzdem auf die Unterlagen zu den erhobenen Aktivitätsfrequenzen in der UVE zurückgegriffen werden. Da keine ausgeprägte Zugverdichtung oder andere Konzentrationen von Flugbewegungen nachgewiesen sind, ist für überfliegende Großvögel demnach nur ein durchschnittliches Kollisionsrisiko zu erwarten.

Bei den standardisierten Punkttaxierungen der im Planungsgebiet aktiven, windkraftrelevanten Großvogelarten konnten Aktivitätsdichten erhoben werden, die mit 8,4 Individuen/Stunde etwas über dem Wert für den südwestlich angrenzenden Windpark um den Karlwald liegen (6,9/h). Entsprechendes gilt für die 2005/06 durchgeführten Wintererhebungen mit überdurchschnittlichen Dichtewerten für die Kornweihe.

Diese Befunde belegen in erster Linie eine erhöhte Attraktivität des Planungsgebietes als Jagdraum für Greifvögel, die hauptsächlich auf den hohen Anteil an landwirtschaftlichen Brachen zurückzuführen sein dürfte. Trotzdem kann für die häufigeren Arten (v.a. Mäusebussard, Rohrweihe, Kornweihe, Turmfalke) ein Kollisionsrisiko angenommen werden, das die populationsrelevante Erheblichkeitsschwelle nicht überschreitet (vergl. auch Traxler 2010 für andere Windparks im Gebiet Parndorfer Platte).

Wesentlich kritischer ist die Situation für die ebenfalls im Gebiet überdurchschnittlich häufig auftretenden Adlerarten zu beurteilen, die (1) auf Grund ihrer Flugweise und nur schwach ausgeprägter Ausweichreaktionen einem hohen Vogelschlagrisiko ausgesetzt sind (Hunt 2002, Hunt & Hunt 2006, Dürr & Langgemach 2006, Lekuona & Ursúa 2007, Smallwood et al. 2008, Dürr 2009), und (2) wegen ihrer sehr kleinen Gesamtbestände auch durch Verluste von Einzelvögeln in ihrer Populationsentwicklung viel stärker beeinträchtigt werden können. In der UVE belegt sind das regelmäßige Auftreten des Kaiseradlers mit einem sehr hohen Wert von 0,7 Individuen/Stunde, sowie die ganzjährige Nutzung des Gebietes durch den Seeadler. Da sich die Flughöhen größerer Greifvögel überwiegend mit den Rotorhöhen überschneiden (Traxler 2010), hat das Projekt für diese Arten auf jeden Fall eine erhebliche Kollisionsgefahr zur Folge. Für den Seeadler ist das Planungsgebiet Teil des national wichtigen Überwinterungsgebietes Parndorfer Platte – Heideboden mit einem Gesamtbestand von mittlerweile ca. 30 Exemplaren (Berg & Dvorak 2007, Berg et al. 2008, Dvorak et al. 2009). Für den Kaiseradler wurde im UVP-Verfahren für den südwestlich angrenzenden Windpark Mönchhof/Halbturn/Nickelsdorf 2010 die Ansiedlung eines jungen Paares im Karlwald dokumentiert. Das Zentrum dieses Reviers lag nur 3 km vom Mittelpunkt des Windparks Nickelsdorf 1 entfernt. Die Ansiedlung dieses Paares belegt eine sehr hohe Eignung des Planungsraumes als zukünftiger Brutplatz des Kaiseradlers (vergl. auch Bierbaumer et al. 2011). Für die Habitatqualität in unmittelbarer Nähe zum Projektgebiet ausschlaggebend ist in erster Linie das geringe Störungspotential durch die Größe des Karlwaldes in Kombination mit einem geeigneten Horstplatzangebot (in diesem Fall ältere Schirmföhren). Für eine Neuansiedlung günstig wirkt sich weiters neben dem zunehmenden Populationsdruck die Lage des Gebietes im Anschluss an die bereits bestehenden Brutvorkommen in der burgenländischen und ungarischen Leithaniederung aus (Berg & Dvorak 2007, Berg et al. 2008, Berg & Dvorak 2010, Bierbaumer et al. 2011; H.-M. Berg & M. Dvorak, pers. Mitt.). Bei den Erhebungen für die UVE im Frühjahr 2010 konnte dokumentiert werden, dass der Aktionsraum dieses Paares auch das gesamte Planungsgebiet für den Windpark Nickelsdorf 1 überlagert (vergl. Fachbeitrag). Da Kaiseradler gegenüber Windkraftanlagen wie andere Großgreife ein wenig ausgeprägtes Meideverhalten zeigen (Bierbaumer et al. 2011, sowie unpubl. Daten), bedeutet dies für die Beurteilung des Eingriffs, dass es auf der gesamten Projektfläche zu einem erheblichen Kollisionsrisiko und somit zu einer nachhaltigen Entwertung des Gebietes in seiner Funktion als Reproduktions- und Nahrungsraum kommt.

4. Wie werden diese Beeinträchtigungen aus fachlicher Sicht beurteilt?

Für den Frühjahrsaspekt der Fledermausvorkommen mit einer im regionalen Vergleich überdurchschnittlicher Aktivitätsdichte ist dennoch keine erhebliche Populationsgefährdung durch Kollisionen anzunehmen, da (1) die hohen Werte hauptsächlich auf einen Standort bei einem Schottergrubenteich zurückzuführen sind, und (2) dieser Standort mit 300 m Abstand von der nächsten Windkraftanlage ausreichend weit entfernt ist.

Für den Herbst ist die Situation nicht mit ausreichender Sicherheit zu beurteilen, da der Zug des Abendseglers und der Rauhauffledermaus als wichtigste Arten nicht repräsentativ erfasst wurde (vergl. Frage 1). Auf der Grundlage aller bisher vorliegenden Untersuchungen im Nordburgenland ist jedoch das Eintreten einer *hohen* Eingriffserheblichkeit, die durch gehäufte Verluste zu nachhaltigen Populationsrückgängen führen könnten, auch in diesem Fall unwahrscheinlich. Der Einstufung mit *gering* bis *mittel* im Fachbeitrag der UVE kann daher aus der Sicht des Gutachters gefolgt werden. Für alle häufigeren, windkraftrelevanten Vogelarten lässt sich eine *hohe* Eingriffserheblichkeit ebenfalls fachlich nicht begründen (vergl. Frage 3, sowie Fachbeitrag der UVE). Weiter abgeschwächt wird die zusätzliche Barrierenwirkung für diese Arten durch den genehmigten Windpark, der südwestlich in der Hauptzugrichtung der Greifvögel an den geplanten Windpark anschließt, und so innerhalb des betroffenen Korridors eine bereits wirksame Barriere darstellt. Dieses Argument trifft auch auf andere Großvogelarten zu, die sich entlang der von Südwest nach Nordost verlaufenden Flugachse bewegen. Für den bedeutenden Bestand des Seeadlers, sowie für den Kaiseradler mit einem Verbreitungsschwerpunkt im Karlwald bewirkt das Projekt hingegen ein großflächiges und erhebliches Vogelschlagrisiko, da diese extrem seltenen Arten das Planungsgebiet unmittelbar als Jagdraum nutzen. Greifvögel sind in der BRD mit einem Anteil von 36% die Vogelgruppe mit den meisten Windkraftopfern (Dürr & Langgemach 2006; zur Gefährdung der Greifvögel durch Vogelschlag s. weiters Hunt 2002, Hunt & Hunt 2006, Lekuona & Ursúa 2007, Smallwood et al. 2008, Dürr 2009, Langgemach & Dürr 2011). Beide Arten zählen zu den höchststrängigen Schutzgütern im angrenzenden Europaschutzgebiet Parndorfer Platte – Heideboden sowie zu den Arten des Anhangs I der EU-Vogelschutzrichtlinie, und werden in der nationalen Roten Liste in der höchsten Gefährdungsstufe CR (vom Aussterben bedroht) geführt.

Beim Seeadler mit hohem Vogelschlagrisiko (Dürr 2009), einer sehr hohen Eingriffssensibilität und der Entwertung einer wesentlichen Habitatfläche ist die Einstufung der Eingriffserheblichkeit in der UVE mit ***hoch*** daher ausreichend begründet. Auch für den Kaiseradler resultiert die Entwertung dieses potentiellen Brutreviers in erster Linie aus dem Kollisionsrisiko für Jung- und Altvögel. Da der Karlwald als Brutplatz von Windkraftanlagen vollständig umstellt sein wird, sind gefahrlose Ein- und Ausflüge im Revier nicht mehr möglich. Befunde aus Ungarn zeigen, dass unerfahrene Jungvögel durch Kollisionen mit technischen Strukturen noch viel stärker gefährdet sind als Adulte (z.B. Bierbaumer et al. 2011). Abgesehen von der erhöhten Altvogelmortalität ist daher mit einer erheblichen Reduktion des Bruterfolges durch Jungvogelverluste nach dem Ausfliegen zu rechnen, sodass es in jedem Fall zum Ausfall einer funktionsfähigen Reproduktionseinheit kommt. Bei aktuell nur 4 Brutpaaren im Nordburgenland (Berg & Dvorak 2010) liegt dieser Verlust wesentlich höher als 10% des lokalen Bestandes. Die Eingriffserheblichkeit ist daher in Übereinstimmung mit der UVE eindeutig als ***hoch*** zu bewerten. Nach den Empfehlungen für tierökologische Abstandskriterien bei der Errichtung von Windenergieanlagen in Brandenburg sind für große Greifvögel (z.B. See- und Schreiadler) in einem Radius von 3-6 km um den Horstplatz Schutzzonen einzuhalten, in denen bruterfolgsrelevante Störungen und Gefährdungen durch Kollision auszuschließen sind (Piela 2010). Die Errichtung des Windparks ist daher ohne entsprechenden Ausgleich aus der Sicht des Vogelschutzes mit Sicherheit nicht umweltverträglich. **Für die hohe Eingriffserheblichkeit bei See- und Kaiseradler ist daher ein Ausgleichskonzept umzusetzen, das die Eingriffserheblichkeit auf eine zumindest *mittlere* Resterheblichkeit absenkt.**

5. Werden Verminderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen bzw. Auflagen vorgeschlagen?

Im Fachbeitrag (Punkt 5.6) sowie in der Zusammenfassung der UVE wird zum Ausgleich der erheblichen, kollisionsbedingten Beeinträchtigung bei See- und Kaiseradler die Beteiligung am Maßnahmenpaket „Aktionsplan Kaiseradler“ festgelegt. Zur Beurteilung dieses Maßnahmenpaketes in Hinblick auf seine ökologische Wirksamkeit liegt als zusätzliche fachliche Unterlage für das UVP-Gutachten in der UVE für den angrenzenden Windpark Mönchhof/Halbtorn/Nickelsdorf eine detaillierte Ausarbeitung der Austrian Wind Power GmbH vor, in der die Maßnahmen im Fachbeitrag der UVE räumlich definiert werden („Aktionsplan Windparke Parndorfer Platte“).

In dem Aktionsplan ist bei der Flächendimensionierung für die Ausgleichsmaßnahmen auf p. 8 auch der Windpark Nickelsdorf 1 berücksichtigt, sodass diese fachliche Unterlage auch als Berechnungsbasis für die Ausgleichsmaßnahmen im Windpark Nickelsdorf 1 herangezogen wird. Die Erstellung dieses Konzeptes erfolgte unter Einbindung mehrerer Experten von BirdLife Österreich. Es zeigt eine hohe Übereinstimmung mit den Aktionsräumen des Kaiseradlers im Europaschutzgebiet Parndorfer Platte – Heideboden (Berg & Dvorak 2007), sowie mit grundsätzlichen Anforderungen an den Schutz dieser großen Steppenart in Mitteleuropa (v.a. Förderung des Beuteangebotes durch landwirtschaftliche Extensivierungsmaßnahmen, Sicherung eines ungestörten Horstplatzangebotes; z.B. Bierbaumer et al. 2011). Nach fachlicher Prüfung dieses Aktionsplanes wird in Übereinstimmung mit der UVE bestätigt, dass bei Umsetzung aller dort angeführten Maßnahmen die *hohe* Eingriffserheblichkeit beim Kaiseradler zumindest auf eine *mittlere* Resterheblichkeit gesenkt werden kann. Die erwartete Ausgleichswirkung beruht dabei in erster Linie auf einer entsprechenden Aufwertung von Agrarflächen adäquater Größe sowie der Sicherung eines Horstplatzangebotes, sodass der Verlust eines geeigneten Brutreviers bestmöglich ersetzt wird. Sowohl die Aufwertung von Nahrungsflächen (v.a. mit einem hohen Anteil an Feuchtbrachen und –wiesen), als auch die Sicherung von störungsarmen Gehölzgruppen mit hohen Altbäumen als Sitzwarten haben auch wesentliche positive Auswirkungen auf den Bestand des Seeadlers. Vor allem entlang der Leitha fördern diese Maßnahmen im Aktionsplan auch eine zukünftige Brutansiedlung dieser zweiten Adlerart im Europaschutzgebiet (vergl. Berg & Dvorak 2007). Die Annahme einer nur *mittleren* Restbelastung für den Seeadler nach Umsetzung der Maßnahmen ist daher fachlich ebenfalls ausreichend begründet. Die Ableitung und Begründung dieser Maßnahmen sind im Aktionsplan der UVE für den benachbarten Windpark Mönchhof/Halbturn/Nickelsdorf ausführlich und nachvollziehbar dargestellt, und können daher an dieser Stelle entfallen. Zur Absicherung der zeit- und zielgerechten Umsetzung dieses Aktionsplanes sind für den Windpark Nickelsdorf 1 die folgenden – nunmehr im Spruch zitierten – zusätzlichen Auflagen (vgl. Auflagen 10.1. bis 10.7.) zu erteilen:

Literatur

- AVL ARGE Vegetationsökologie und Landschaftsplanung GmbH (2010): Bearbeitung Vegetation und Zoologie. In: Austrian WindPower: Umweltverträglichkeitserklärung Windpark Mönchhof / Halbturn / Nickelsdorf. Wien, 84 pp.
- Ballasus, H. (2002): Habitatwertminderung für überwinternde Blässgänse *Anser albifrons* durch Mittelspannungs-Freileitungen (25 kV). Vogelwelt 123, 327-336.
- Berg, H.-M. & Dvorak, M. (2007): Monitoring ausgewählter Vogelarten des Anhangs I der Vogelschutzrichtlinie im SPA „Parndorfer Platte – Heideboden“. Endbericht im Rahmen des Interreg IIIA Projektes (Zl. 5-G-NEU117/1-2002), 120 pp.
- Berg, H.-M. & Dvorak, M. (2010): Monitoring der Brutbestände ausgewählter Vogelarten des Anhangs I der Vogelschutzrichtlinie im SPA „Parndorfer Platte – Heideboden“ in den Jahren 2008-2010. Unpubl. Bericht BirdLife Österreich, Wien, 27 pp.
- Berg, H.-M., Dvorak, M. & Wichmann, G. (2008): Monitoring ausgewählter Vogelarten des Anhangs I der Vogelschutzrichtlinie im SPA „Parndorfer Platte – Heideboden“ im Jahr 2007 unter besonderer Berücksichtigung des Kaiseradlers (*Aquila heliaca*). Unpubl. Bericht BirdLife Österreich, Wien, 47 pp.
- Bierbaumer, M., Horal, D. & Wichmann, G. (2011): Steppenvogel im Aufwind. Der Kaiseradler in den March-Thaya-Auen. Wiss. Mitt. Niederösterreich. Landesmuseum 22, St. Pölten, 129-152.
- Brinkmann, R. & Mayer, K. (2006): Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Fledermäuse. Staatliche Naturschutzverwaltung Baden-Württemberg, Freiburg, 19 pp.
- Cryan, P.M. & Barclay, R.M.R. (2009): Causes of bat fatalities at wind turbines: hypothesis and predictions. J. Mammology 90, 1330-1340.
- Devereux, C.L., Denny, M.J.H. & Whittingham, M.J. (2008): Minimal effects of wind turbines on the distribution of wintering farmland birds. J. Appl. Ecol. 45, 1689-1694.
- Dürr, T. (2009): Vogelverluste an Windenergieanlagen in Deutschland (Stand 27. Juli 2009). Daten aus der Staatlichen Vogelschutzwarte im Landesumweltamt Brandenburg. <http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/bb2.c.451792.de>.
- Dürr, T. & Langgemach, T. (2006): Greifvögel als Opfer von Windkraftanlagen. Populationsökologie Greifvögel- und Eulenarten 5, 483-490.
- Dvorak, M., Wichmann, G., Berg, H.-M., Traxler, A., Wegleitner, S. & Raab, R. (2009): Rahmenbedingungen für den Ausbau von Windkraftanlagen im Bezirk Neusiedl am See aus der Sicht des Vogelschutzes. Studie im Auftrag des Amtes der Burgenländischen Landesregierung Abt. 5/III Natur- und Umweltschutz, 58 pp.

- Ferrer, M., de Lucas, M., Janss, G.F.E. & Casado, E. (2011): Weak relationship between risk assessment studies and recorded mortality in wind farms. *J. Appl. Ecol.* 2011, 1-9.
- Hötter, H., Jeromin, H. & Thomsen, K.-M. (2006): Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Vögel und Fledermäuse – eine Literaturstudie. *Inform.dienst Naturschutz Niedersachsen* 26, 38-46
- Hötter, H., Thomsen, K.-M. & Köster, H. (2004): Auswirkungen regenerativer Energiegewinnung auf die biologische Vielfalt am Beispiel der Vögel und der Fledermäuse – Fakten, Wissenslücken, Anforderungen an die Forschung, ornithologische Kriterien zum Ausbau von regenerativen Energiegewinnungsformen. Michael-Otto-Institut im NABU, Projekt gefördert vom Bundesamt für Naturschutz, Endbericht, Bergenhusen, 80 pp.
- Hunt, G. & Hunt, T. (2006): The trend of Golden Eagle territory occupancy in the vicinity of the Altamont Pass Wind Resource Area: 2005 survey. California Energy Commission, PIER Energy-Related Environmental Research. CEC-500-2006-056.
- Hunt, W.G. (2002): Golden Eagles in a perilous landscape: predicting the effects of mitigation for wind turbine blade-strike mortality. California Energy Commission, PIER - Environmental Area. P500-02-043F.
- Kikuchi, R. (2008): Adverse impacts of wind power generation on collision behaviour of birds and anti-predator behaviour of squirrels. *J. Nat. Conservation* 16, 44-55.
- Kruckenberger, H. & Jaene, J. (1999): Zum Einfluss eines Windparks auf die Verteilung weidender Bläßgänse im Rheiderland (Landkreis Leer, Niedersachsen). *Natur und Landschaft* 74, 420-427.
- Kruckenberger, H., Jaene, J. & Bergmann, H.H. (1998): Mut oder Verzweiflung am Straßenrand? Der Einfluss von Straßen auf die Raumnutzung und das Verhalten von äsenden Bläss- und Nonnengänsen am Dollart, NW-Niedersachsen. *Natur und Landschaft* 74, 420-427.
- Kusenbach, J. (2005): Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Fledermäuse. *Landschaftspflege Naturschutz Thüringen* 42, 56-61.
- Laber, J. & Pelling, A. (2008): Die durchziehenden und überwinternden Gänsebestände der Gattung *Anser* und *Branta* im Nationalpark Neusiedler See – Seewinkel. *Egretta* 49, 35-51.
- Langgemach, T. & Dürr, T. (2011): Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten LAG-VSW: 2010 annual report of the German Inter-State Working Group of Federal State Institutions for Bird Conservation (Lag-VSW). *Natur und Landschaft* 86 (Sonderausgabe), 32-33.
- Lekuona, J.M. & Ursúa, C. (2007): Avian mortality in wind power plants of Navarra (Northern Spain). In: Lucas, M. de, Janss, G.F.E. & Ferrer, M. (Ed.): *Birds and wind farms. Risk assessment and mitigation.* Quercus, Madrid, 177-192.
- Möckel, R. & Wiesner, T. (2007): Zur Wirkung von Windkraftanlagen auf Brut- und Gastvögel in der Niederlausitz (Land Brandenburg). *Otis* 15, 1-133.
- Naturschutzbund Deutschland e.V. (2007): Themenheft Fledermäuse und Nutzung der Windenergie. *Nyctalus* 12, 107-296.
- Piela, A. (2010): Tierökologische Abstandskriterien bei der Errichtung von Windenergieanlagen in Brandenburg (TAK). Ein Beitrag zur Konfliktbewältigung im Spannungsfeld Vogel- und Fledermausschutz – Windenergie. *Natur und Landschaft* 85/2, 51-60.
- Rodrigues, L., Bach, L., Duborg-Savage, M-J., Goodwin, J. & Harbusch, C. (2008): Guidelines for consideration of bats in wind farm projects. – EUROBATS Conservation Series 3, UNEP/EUROBATS Secretariat, Bonn.
- Smallwood, K.S., Neher, L.A., Bell, D.A., DiDonato, J.E., Karas, B.R., Snyder, S.A. & Lopez, S.R. (2008): Range management practices to reduce wind turbine impacts on Burrowing Owls and other raptors in the Altamont Pass Wind Recourse Area, California. California Energy Commission, PIER Energy-Related Environmental Research Program. CEC-500-2008-080.
- Traxler, A. (2010): Vorbericht zum Monitoring von windkraftrelevanten Effekten auf die Vogelwelt. Parndorfer Platte 2007-2009. Unpubl. Bericht, 48 pp.
- Wegleitner, S. & Jaklitsch, H. (2010): Abendseglergedränge am Himmel – Herbstbeobachtungen des Abendseglers (*Nyctalus noctula*) in Ostösterreich. *Kopffüber* 11/1, 1-3.
- Winkelman, J.E. (1995): Bird/wind turbine investigations in Europe. In: LGL Ltd., environmental research associates: Proceedings of national avian-wind power planning meeting, Denver, Colorado, 1994. King City, Ontario, 43-47.

2.2. Allgemeines

Die erkennende Behörde hat bei ihrer Entscheidung die Genehmigungsvoraussetzungen der im vorliegenden Fall mitanzuwendenden Verwaltungsvorschriften und weiters die in § 17 Abs. 2, 4 und 5 UVP-G angeführten weiteren Genehmigungsvoraussetzungen anzuwenden.

In einem ersten Schritt ist daher zu prüfen, ob das Vorhaben die Genehmigungsvoraussetzungen der in § 17 Abs. 1 UVP-G verwiesenen Materiengesetze einhält. In einem zweiten Schritt ist, sofern diese Anforderungen nicht bereits durch die Materiengesetze selbst abgedeckt sind, zu prüfen, ob die Anforderungen des § 17 Abs. 2 UVP-G erfüllt sind.

Ergänzend hat die Behörde § 17 Abs. 4 UVP-G anzuwenden, wonach die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung (insbesondere Umweltverträglichkeitserklärung, zusammenfassende Bewertung einschließlich der Stellungnahmen und den Ergebnissen der Konsultationen nach § 10) in der Entscheidung zu berücksichtigen sind. Durch geeignete Auflagen, Bedingungen, Befristungen, Projektmodifikationen, Ausgleichsmaßnahmen oder sonstige Vorschriften (insbesondere auch für Überwachungs-, Mess- und Berichtspflichten und Maßnahmen zur Sicherstellung der Nachsorge) ist zu einem hohen Schutzniveau für die Umwelt in ihrer Gesamtheit beizutragen.

Schließlich hat die Behörde auch § 17 Abs. 5 UVP-G zu beachten und die nach dieser Bestimmung gebotene Gesamtbewertung vorzunehmen.

Nachstehende Ausführungen folgen dieser Gliederung des UVP-G.

2.3. Zu den gemäß § 17 Abs. 1 UVP-G mitanzuwendenden Genehmigungsvoraussetzungen

2.3.1. §§ 5, 11 und 12 Burgenländisches Elektrizitätswesengesetz 2006, Bgld. ElWG 2006, LGBl. 59/2006, i.d.F. LGBl. Nr. 52/2009

Zufolge § 5 Abs. 1 leg cit bedarf, unbeschadet der nach anderen Vorschriften erforderlichen Genehmigungen oder Bewilligungen, die Errichtung, wesentliche Änderung und der Betrieb einer Erzeugungsanlage mit einer Engpassleistung von mehr als 20 Kilowatt (kW), soweit sich aus den Abs. 2, 3 oder 4 nichts anderes ergibt, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen einer elektrizitätsrechtlichen Genehmigung (Anlagengenehmigung).

§ 11 leg cit normiert die Voraussetzungen der Genehmigung:

„(1) Erzeugungsanlagen sind entsprechend dem Stand der Technik so zu errichten, zu ändern und zu betreiben, dass durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage oder durch die Lagerung von Betriebsmitteln oder Rückständen und dergleichen

- a) das Leben oder die Gesundheit der Betreiberin oder des Betreibers der Erzeugungsanlage,
- b) das Leben oder die Gesundheit der Nachbarinnen und Nachbarn oder das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbarinnen oder Nachbarn nicht gefährdet werden,
- c) Nachbarinnen oder Nachbarn durch Lärm, Geruch, Erschütterung, Wärme, Schwingungen, Blendung oder in anderer Weise nicht unzumutbar belästigt werden,
- d) die zum Einsatz gelangende Energie unter Bedachtnahme auf die Wirtschaftlichkeit effizient eingesetzt wird und
- e) der Standort geeignet ist.

(2) Unter einer Gefährdung des Eigentums im Sinne des Abs. 1 Z 2 ist die Möglichkeit einer bloßen Minderung des Verkehrswertes des Eigentums nicht zu verstehen.

(3) Ob Belästigungen im Sinne des Abs. 1 Z 3 zumutbar sind, ist danach zu beurteilen, wie sich die durch die Erzeugungsanlage verursachten Änderungen der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse auf ein gesundes, normal empfindendes Kind und auf einen gesunden, normal empfindenden Erwachsenen auswirken.

(4) Der Standort ist jedenfalls dann nicht geeignet, wenn das Errichten oder Betreiben der Erzeugungsanlage zum Zeitpunkt der Entscheidung durch raumordnungsrechtliche Vorschriften verboten ist.“

Zufolge § 12 Abs. 1 leg cit ist die Erzeugungsanlage mit schriftlichem Bescheid zu genehmigen, wenn die Voraussetzungen gemäß § 11 Abs. 1 erfüllt sind; insbesondere, wenn nach dem Stande der Technik und dem Stande der medizinischen und der sonst in Betracht kommenden Wissenschaften zu erwarten ist, dass überhaupt oder bei Einhaltung der erforderlichenfalls vorzuschreibenden bestimmten geeigneten Auflagen, die nach den Umständen des Einzelfalls voraussehbaren Gefährdungen vermieden und Belästigungen auf ein zumutbares Maß beschränkt werden. Können die Voraussetzungen auch durch solche Auflagen nicht erfüllt werden, ist die elektrizitätsrechtliche Genehmigung zu versagen.

Die verfahrensgegenständlichen Erzeugungsanlagen von elektrischer Energie entsprechen bei Einhaltung der im Spruch zitierten Nebenbestimmungen nicht nur den in § 11 Abs. 1 leg. cit aufgestellten Kriterien, sie sind auch nach dem Stand der Technik geplant bzw. wird dieser bei projektgemäßer Ausführung eingehalten.

Im Sinne dieser Immissionsschutzbestimmung (§ 11 leg cit) verstehen sich u.a. auch die einschlägigen Vorschreibungen der Fachbereiche Maschinenbau - Elektrotechnik – Lärmschutz, insbesondere im Zusammenhang mit den Eisabfallereignissen, um eine Gefährdung und unzumutbare Belästigung der Nachbarn hintanzuhalten.

Die vorgesehenen Rotorblattheizungen bei den ENERCON-Anlagen ermöglichen einen gezielten Abtauvorgang und minimiert diesen entsprechend. Die Enteisung der Rotorblätter erfolgt mittels eines Heißluftgebläses im Rotorblattinnenraum.

Durch die Erklärung der Projektwerberin und nunmehrige vorgeschriebene Bedingung, dass vor Inbetriebnahme der WKA 8 die landwirtschaftliche Halle („Meixner Halle“), die innerhalb des Überwachungsbereiches liegt, entfernt werden muss, ist eine Gefährdung des Eigentums im Sinne des § 11 Bgld. ElWG hintangehalten.

Der Umstand, dass im Bereich des WKA 7, 8 und 9 Parkflächen und Teilbereiche des Hauptgeländes für das jährlich stattfindende Musikfestival Novarock liegen, kann bei der jährlich nach veranstaltungsrechtlichen Vorschriften zu genehmigenden Veranstaltungsstätten-genehmigung nicht berücksichtigt werden. Im Falle des Baues dieser Anlagen hat die Veranstaltungsbehörde hinkünftig darauf Bedacht zu nehmen.

Aus schalltechnischer und medizinischer Sicht bestand bei projektgemäßer Umsetzung und Einhaltung bzw. Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen und Auflagen (bezüglich Schall und Schattenwurf) bzw. Hinweisen ebenso keine Bedenken gegen das gegenständliche Vorhaben, da insbesondere in der UVE eine plausible und nachvollziehbare Darstellung der Ist-Situation sowie der zu erwartenden Auswirkungen des Vorhabens erfolgte.

2.3.2. §§ 5 und 6 Burgenländisches Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz – NG 1990, LGBl. Nr. 27/1991 i.d.F. LGBl. Nr. 7/2010

Zufolge § 5 lit. a leg. cit. bedürfen hochbauliche Anlagen auf Flächen, die im rechtswirksamen Flächenwidmungsplan der Gemeinde nicht als Wohn-, Dorf-, Geschäfts-, Industrie- und Betriebsgebiet, gemischte Baugebiete oder Verkehrsflächen (§§ 14 Abs. 3 lit. a – f, 15 Bgld. Raumplanungsgesetz, LGBl.Nr. 18/1969) ausgewiesen sind einer Bewilligung.

Bewilligungen im Sinne des § 5 sind zufolge § 6 Abs. 1 dieser Gesetzesmaterie zu erteilen, wenn durch das Vorhaben oder die Maßnahme einschließlich des Verwendungszweckes nicht

- a) das Landschaftsbild nachteilig beeinflusst wird,
- b) das Gefüge des Haushaltes der Natur im betroffenen Lebensraum nachteilig beeinträchtigt wird oder dies zu erwarten ist oder
- c) der Charakter des betroffenen Landschaftsraumes nachteilig beeinträchtigt wird.

Zufolge Abs. 2 der obzit. Bestimmung liegt eine nachteilige Beeinträchtigung des Gefüges des Haushaltes der Natur vor, wenn durch eine Maßnahme oder ein Vorhaben

- a) ein wesentlicher Bestand seltener, gefährdeter oder geschützter Tier- oder Pflanzenarten vernichtet wird oder
- b) der Lebensraum seltener, gefährdeter oder geschützter Tier- oder Pflanzenarten wesentlich beeinträchtigt oder vernichtet wird oder
- c) sonst eine wesentliche Störung für das Beziehungs- und Wirkungsgefüge der heimischen Tier- und Pflanzenwelt untereinander und zu ihrer Umwelt in der Biosphäre oder in Teilen davon zu erwarten ist.

Gemäß § 6 Abs. 5 leg. cit. kann eine Bewilligung im Sinne des § 5 entgegen den Bestimmungen der Abs. 1 bis 4 erteilt werden, wenn das öffentliche Interesse an den beantragten Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohles höher zu bewerten ist als das öffentliche Interesse an der Bewahrung der Natur und Landschaft vor störenden Eingriffen. Als öffentliche Interessen gelten insbesondere solche der Landesverteidigung, des Umweltschutzes, der Volkswirtschaft und des Fremdenverkehrs, der Bodenreform und der Landwirtschaft, des Schulwesens, der überörtlichen Raumplanung, des Verkehrswesens, der öffentlichen Sicherheit, der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln oder Energie, der Gesundheit, der Wissenschaft und Forschung, des Denkmalschutzes, der wasserwirtschaftlichen Gesamtplanung und des Bergbaues.

Zufolge Abs. 6 der obzit. Bestimmung ist in jenen Fällen, in denen eine Bewilligung unter Heranziehung des Abs. 5 erteilt wird, bei Vorliegen der Voraussetzungen durch Auflagen zu bewirken, dass die nachteiligen Wirkungen eines Vorhabens möglichst gering gehalten werden.

Aus Sicht des Landschaftsschutzes resultieren die Auswirkungen des Windparks aus der starken technischen Überformung der Landschaft, was dauerhaft zu einer nachhaltigen Änderung des Landschaftsbildes führt. Die zu erwartenden negativen landschaftsästhetischen Auswirkungen von Windenergieanlagen sind im Wesentlichen auf deren Höhe sowie farbliche Gestaltung, insbesondere der sich bewegenden Rotoren, zurückzuführen. Deshalb wurden vom Fachbereich Landschaftsschutz andere, zusätzliche Ausgleichsmaßnahmen gefordert, die ganz allgemein den ästhetischen Wert der Landschaft in der jeweiligen Projektgemeinde oder innerhalb des überörtlichen Landschaftsraumes anheben.

Sohin kann auch aus der Sicht des Landschaftsschutzes die Genehmigungsfähigkeit des Projekts bescheinigt werden.

Um zu gewährleisten, dass nach dem Betrieb der WKA diese auch tatsächlich wieder abgebaut werden und dieser Abbau finanziell sichergestellt ist, wurde eine Bankgarantie (oder Gleichwertiges) als Maßnahme zur Sicherstellung der Nachsorge gefordert.

Was die Gefahren für die natürlichen Lebensbedingungen von Tieren oder Pflanzen betrifft, wird auf das Fachgutachten Naturschutz verwiesen und auf die sich aus diesen ergebenden Auflagen, die nunmehr im Spruch vorgeschrieben wurden (vgl. ebenso vorzit. naturschutzfachliches Gutachten). Die bescheinigte hohe Eingriffserheblichkeit - in Übereinstimmung mit der UVE - kann im Falle der Errichtung des Windparks nur mit entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen für den Vogelschutz erfolgen, weshalb auch das Ausgleichskonzept umzusetzen ist, das die Eingriffserheblichkeit auf eine *mittlere* Resterheblichkeit absenkt.

2.3.3. Bgld. Baugesetz 1997 LGBI. Nr. 10/1998, i.d.F. LGBI. Nr. 7/2010 und Bgld Raumplanungsgesetz LGBI. Nr. 18/1969 i.d.F. LGBI. Nr. 1/2010

Zufolge § 3 leg. cit. sind Bauvorhaben nur auf für die Bebauung geeigneten Grundstücken zulässig, wenn sie

1. dem Flächenwidmungsplan, dem Bebauungsplan/Teilbebauungsplan oder den Bebauungsrichtlinien nicht widersprechen,
2. den Bestimmungen dieses Gesetzes und den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen entsprechen,
3. nach Maßgabe des Verwendungszwecks dem Stand der Technik, insbesondere bezüglich
 - a) Mechanische Festigkeit und Standsicherheit,
 - b) Brandschutz,
 - c) Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz,
 - d) Nutzungssicherheit und Barrierefreiheit,
 - e) Schallschutz,
 - f) Energieeinsparung und Wärmeschutzentsprechen,
4. das Orts- oder Landschaftsbild nicht wesentlich beeinträchtigen,
5. durch ihre bestimmungsgemäße Benützung eine Gefährdung oder das ortsübliche Ausmaß übersteigende Beeinträchtigungen der Nachbarn nicht erwarten lassen sowie
6. verkehrsmäßig erschlossen sind und ihre Ver- und Entsorgung gewährleistet ist.

Bezüglich der Einhaltung der bautechnischen Vorschriften ist auf die Gutachten der Sachverständigen für Hochbautechnik und Brandschutz und die von diesen geforderten Auflagen zu verweisen.

Auf die baurechtlich relevanten Vorhaben ist § 18 Abs. 10 Bgld Baugesetz anzuwenden, wonach die Baubewilligung - erforderlichenfalls unter Auflagen, Bedingungen oder Befristungen - zu erteilen ist, wenn die Prüfung des Bauvorhabens ergibt, dass die gemäß § 3 dieses Gesetzes maßgeblichen baupolizeilichen Interessen nicht verletzt werden.

Aufgrund des Katalogs öffentlicher Interessen in § 3 Bgld Baugesetz ist - über die zitierte Z 3 hinaus - zunächst zu prüfen, ob das Bauvorhaben dem Flächenwidmungsplan, dem Bebauungsplan/Teilbebauungsplan oder den Bebauungsrichtlinien entspricht (Z 1).

Dies ist im vorliegenden Fall - insbesondere im Hinblick auf die Widmung als „Grünfläche-Windkraftanlage“ zu bejahen.

Auch bezüglich der übrigen wahrzunehmenden öffentlichen Interessen, die nicht bautechnischer Natur sind (Unterbleiben einer wesentlichen Beeinträchtigung des Orts- oder Landschaftsbilds, Unterbleiben von Gefährdungen oder das ortsübliche Ausmaß übersteigenden Beeinträchtigungen der Nachbarn, verkehrsmäßige Erschließung und Gewährleistung der Ver- und Entsorgung) ergeben sich, ausgehend von den einschlägigen Gutachten Geologie, Bautechnik, Brandschutz und Landschaftsschutz sowie der zusammenfassenden Bewertung, keine Bedenken. Auf die vorzit. Ausführungen der SV bezüglich Schall, Infraschall und Eisabwurf wird auch an dieser Stelle verwiesen.

Die Bewilligung nach dem Burgenländischen Baugesetz kann daher miterteilt werden.

Zufolge § 20 Abs. 1 Bgld. Raumplanungsgesetz LGBL. Nr. 18/1969, i.d.F. LGBL. Nr. 1/2010, hat der genehmigte Flächenwidmungsplan neben der Wirkung auf den Bebauungsplan (Teilbebauungsplan) auch die Folge, dass Baubewilligungen nach dem Burgenländischen Baugesetz 1997, LGBL. Nr. 10/1998, in der jeweils geltenden Fassung, sowie Bewilligungen von sonstigen sich auf das Gemeindegebiet auswirkenden Maßnahmen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften nur zulässig sind, wenn sie dem Flächenwidmungsplan nicht widersprechen. Auch diese Forderung ist erfüllt, da die Baugrundstücke bzw. jene Teilflächen, auf welchen die WKA errichtet werden, die entsprechende Flächenwidmung (Grünfläche – Windkraftanlage) aufweisen.

Die Windkraftanlagen liegen auch in einer im Regionalen Rahmenkonzept für Windenergieanlagen im Nordburgenland festgelegten Eignungszone für Windkraftanlagen. Eine Übereinstimmung mit den überörtlichen Vorgaben ist daher gegeben.

Eine Beeinträchtigung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie des Fremdenverkehrs ist, dem Fachgutachten folgend, bei Einhaltung der Vorschreibung, nicht zu erwarten.

2.3.4. Wasserrechtsgesetz - WRG 1959 i.d.F. BGBl. I 14/2011

Zufolge § 32 Abs. 1 WRG 1959 sind Einwirkungen auf Gewässer, die unmittelbar oder mittelbar deren Beschaffenheit (§ 30 Abs. 3) beeinträchtigen, nur nach wasserrechtlicher Bewilligung zulässig. Bloß geringfügige Einwirkungen, insbesondere der Gemeingebrauch (§ 8) sowie die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung (Abs. 8), gelten bis zum Beweis des Gegenteils nicht als Beeinträchtigung. Denkbar wäre es, dass durch Eindringen (Versickern) von Stoffen in den Boden das Grundwasser verunreinigt wird, sodass die Behörde vom Tatbestand (insbesondere) des § 32 Abs. 2 lit c WRG 1959 ausgeht. Diesbezüglich genügt die abstrakte Eignung des Vorhabens.

Eine qualitative Beeinträchtigung auf die Gewässer ist lt. Aussagen des wasserbautechnischen Sachverständigen sowie des wasserwirtschaftlichen Planungsorgans aus fachlicher Sicht bei Einhaltung der im Spruch vorgeschriebenen Auflagen ebenfalls nicht zu erwarten.

Dagegen liegt keine Genehmigungspflicht nach § 10 Abs. 2 WRG 1959 vor, da es an der Absicht zur Erschließung oder Benutzung des Grundwassers fehlt.

2.3.5. ArbeitnehmerInnenschutzgesetz BGBl. Nr. 450/1994 idF BGBl. II Nr. 51/2011

Gemäß § 93 Abs. 1 Z 1 ArbeitnehmerInnenschutzG sind genehmigungspflichtige Betriebsanlagen im Sinne der GewO von der gemäß § 92 leg. cit. grundsätzlich bestehenden Bewilligungspflicht für Arbeitsstätten, die infolge der Art der Betriebseinrichtungen, der Arbeitsmittel, der verwendeten Arbeitsstoffe oder Arbeitsverfahren im besonderen Maße eine Gefährdung der Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer bewirken können, ausgenommen.

Die Arbeitsstättenbewilligung ist auf Antrag des Arbeitgebers zufolge § 92 Abs. 2 Satz 1 leg. cit. zu erteilen, wenn die Arbeitsstätte den Arbeitnehmerschutzvorschriften entspricht und zu erwarten ist, dass überhaupt oder bei Einhaltung der erforderlichenfalls vorzuschreibenden Bedingungen und Auflagen die nach den Umständen des Einzelfalles voraussehbaren Gefahren für die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vermieden werden.

Im gegenständlichen Fall wurde eine Stellungnahme des Vertreters des Arbeitsinspektorats eingeholt. Dieser hat bei plangemäßer Ausführung der Anlagen die Sicherheit aus arbeitssicherheitstechnischer Sicht attestiert. Auflagen zum Schutz der Arbeitnehmer wurden nicht für erforderlich erachtet.

2.3.6. Luftfahrt

§ 85 Abs. 1 bis 3 Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957 i.d.F. BGBl. I Nr. 111/2010, lauten wie folgt:

„(1) Innerhalb von Sicherheitszonen (§ 86) sind Luftfahrthindernisse:

- a) Bauten oberhalb der Erdoberfläche, Anpflanzungen, gespannte Seile und Drähte sowie aus der umgebenden Landschaft herausragende Bodenerhebungen,
- b) Verkehrswege sowie Gruben, Kanäle und ähnliche Bodenvertiefungen.

(2) Außerhalb von Sicherheitszonen sind Luftfahrthindernisse die in Abs. 1 lit. a bezeichneten Anlagen, wenn ihre Höhe über der Erdoberfläche

- a) 100 m übersteigt oder
- b) 30 m übersteigt und sich die Anlage auf einer natürlichen oder künstlichen Bodenerhebung befindet, die mehr als 100 m aus der umgebenden Landschaft herausragt; in einem Umkreis von 10 km um den Flugplatzbezugspunkt (§ 88 Abs. 2) gilt dabei als Höhe der umgebenden Landschaft die Höhe des Flugplatzbezugspunktes.

(3) Seil- oder Drahtverspannungen sind weiters außerhalb von Sicherheitszonen Luftfahrthindernisse, wenn die Höhe dieser Anlagen die Erdoberfläche und die sie umgebenden natürlichen oder künstlichen Hindernisse um mindestens 10 m überragt und es sich um Anlagen handelt, die

1. eine Autobahn überqueren oder
2. sich in Schlechtwetterflugwegen befinden oder
3. sich in jenen Gebieten befinden, deren besondere Geländebeschaffenheit für Such- und Rettungsflüge eine Gefährdung darstellen kann.“

Die §§ 91 bis 93 leg. cit lauten wie folgt:

„Luftfahrthindernisse außerhalb von Sicherheitszonen

§ 91. Ein Luftfahrthindernis außerhalb von Sicherheitszonen (§ 85 Abs. 2 und 3) darf, unbeschadet der Bestimmung des § 91a, nur mit Bewilligung der gemäß § 93 zuständigen Behörde errichtet, abgeändert oder erweitert werden (Ausnahmebewilligung). Die nach sonstigen Rechtsvorschriften erforderlichen Bewilligungen bleiben unberührt.

Anzeigepflichten

§ 91a. (1) Die Errichtung oder Erweiterung eines Luftfahrthindernisses im Sinne des § 85 Abs. 3 ist der zuständigen Luftfahrtbehörde (§ 93 Abs. 2) anzuzeigen.

(2) Diese Anzeige ist mindestens zwei Monate vor der geplanten Errichtung des Luftfahrthindernisses schriftlich unter Vorlage einer Beschreibung von Art und Beschaffenheit des Projektes einzubringen.

(3) Der Einschreiter ist verpflichtet, über schriftliche Aufforderung binnen vier Wochen weitere Unterlagen vorzulegen, die zur Beurteilung des Vorhabens erforderlich sind. Wird der Aufforderung nicht fristgerecht entsprochen, ist die Durchführung des Vorhabens zu untersagen.

(4) Gelangt die Luftfahrtbehörde zur Auffassung, dass das Vorhaben einer Ausnahmegewilligung gemäß § 91 bedarf, muss sie dem Einschreiter mitteilen,

1. dass die Errichtungsanzeige als Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegewilligung gemäß § 91 behandelt wird,
2. dass vor Eintritt der Rechtskraft der Ausnahmegewilligung nicht mit der Ausführung des Vorhabens begonnen werden darf und
3. welche Unterlagen der Einschreiter noch nachzureichen hat.

Diese Mitteilung muss innerhalb von vier Wochen nach Einlangen der Errichtungsanzeige, im Falle einer Aufforderung gemäß Abs. 3 innerhalb von vier Wochen ab Vorlage aller Unterlagen erfolgen.

(5) Wird die Luftfahrtbehörde innerhalb der in Abs. 4 genannten Frist nicht tätig, dann darf der Einschreiter das Vorhaben ausführen.

(6) Die Errichtung bzw. Erweiterung einer gemäß Abs. 1 angezeigten Anlage sowie deren Beseitigung ist unverzüglich der zuständigen Behörde mitzuteilen.

(7) Für die befristete Errichtung von Seil- und Drahtverspannungen für land- und forstwirtschaftliche Bringungsanlagen zur raschen Aufarbeitung von Schadholz im Katastrophenfall sind die Abs. 2 bis 5 nicht anzuwenden.

§ 91b.

(1) Im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bestehende Luftfahrthindernisse im Sinne des § 85 Abs. 2 und 3, für die keine Bewilligung vorliegt, sind vom Verfügungsberechtigten binnen neun Monaten nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes bzw. binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten einer Verordnung gemäß § 85 Abs. 4 oder 5 der zuständigen Behörde zu melden.

(2) Bezüglich der gemäß Abs. 1 gemeldeten Hindernisse im Sinne des § 85 Abs. 3 ist das Verfahren nach § 91a einzuleiten. Die im § 91a Abs. 4 genannten Fristen sind dabei nicht anzuwenden.

§ 91c.

(1) Der örtlich zuständige Landeshauptmann hat ein Verzeichnis der Luftfahrthindernisse im Sinne des § 85 Abs. 2 und 3 in geeigneter Form evident zu halten, der Austro Control GmbH und dem Bundesminister für Landesverteidigung zugänglich zu machen und gegen Kostenbeitrag den Teilnehmern am Luftverkehr auf Anforderung zur Verfügung zu stellen.

(2) Der Eigentümer eines nicht nur befristet errichteten Luftfahrthindernisses gemäß § 85 Abs. 2 und 3 ist verpflichtet, die von ihm veranlasste Beseitigung des Luftfahrthindernisses dem örtlich zuständigen Landeshauptmann unverzüglich zu melden.

(3) Der Eigentümer eines Luftfahrthindernisses hat, unbeschadet anderer gesetzlicher Bestimmungen, Ausfälle oder Störungen der Kennzeichnung des Luftfahrthindernisses (§ 92 Abs. 2) sowie die erfolgte Behebung der Ausfälle oder Störungen unverzüglich der Austro Control GmbH sowie der für die Erteilung der Ausnahmegewilligung zuständigen Behörde (§ 93) anzuzeigen. Die Austro Control GmbH hat diese Informationen in luftfahrtüblicher Weise zu verlautbaren.

Ausnahmebewilligungen

§ 92 (1) Unbeschadet der Bestimmungen des § 91a sind im Antrag auf Erteilung einer Ausnahmebewilligung (§ 86 und § 91) die Lage, die Art und Beschaffenheit sowie der Zweck des Luftfahrthindernisses anzugeben.

(2) Eine Ausnahmebewilligung ist mit Bescheid zu erteilen, wenn durch die Errichtung, Abänderung oder Erweiterung des Luftfahrthindernisses die Sicherheit der Luftfahrt nicht beeinträchtigt wird. Sie ist insoweit bedingt, befristet oder mit Auflagen zu erteilen, als dies im Interesse der Sicherheit der Luftfahrt oder zum Schutze der Allgemeinheit erforderlich ist, wobei insbesondere die Art und Weise der allenfalls erforderlichen Kennzeichnung des Luftfahrthindernisses (§ 95) festzulegen ist.

(3) Die Ausnahmebewilligung erlischt, wenn mit der Errichtung, der Abänderung oder der Erweiterung des Luftfahrthindernisses nicht binnen zwei Jahren ab Eintritt der Rechtskraft der Ausnahmebewilligung begonnen wird. Wird der Betrieb des Luftfahrthindernisses nicht binnen einem Jahr nach der Errichtung, der Abänderung oder Erweiterung aufgenommen oder ruht er länger als zwei Jahre, dann kann die zuständige Behörde aus Gründen der Sicherheit der Luftfahrt die Ausnahmebewilligung widerrufen und dem Eigentümer die Entfernung des Luftfahrthindernisses auf seine Kosten anordnen. Der Betreiber des Luftfahrthindernisses hat der zuständigen Behörde die Nichtaufnahme oder das Ruhen des Betriebes anzuzeigen.

Zuständigkeit

§ 93 (1) Zur Erteilung einer Ausnahmebewilligung gemäß § 86 ist zuständig:

1. im Bereich der Sicherheitszone eines Militärflugplatzes der Bundesminister für Landesverteidigung,
2. im Bereich der Sicherheitszone eines Zivilflugplatzes die zu Erteilung der Zivilflugplatzbewilligung zuständige Behörde.

(2) Zur Erteilung einer Ausnahmebewilligung gemäß § 91 und zur Entgegennahme einer Errichtungsanzeige gemäß § 91a ist der Landeshauptmann zuständig."

§ 94 leg cit lautet:

Anlagen mit optischer oder elektrischer Störwirkung

(1) Anlagen mit optischer oder elektrischer Störwirkung, durch die eine Gefährdung der Sicherheit der Luftfahrt, insbesondere eine Verwechslung mit einer Luftfahrtbefeuerung oder eine Beeinträchtigung von Flugsicherungseinrichtungen sowie eine Beeinträchtigung von ortsfesten Einrichtungen der Luftraumüberwachung oder ortsfesten Anlagen für die Sicherheit der Militärluftfahrt verursacht werden könnten, dürfen nur mit einer Bewilligung der gemäß Abs. 2 zuständigen Behörde errichtet, abgeändert, erweitert und betrieben werden. Die nach sonstigen Rechtsvorschriften erforderlichen Bewilligungen bleiben unberührt. Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn die Sicherheit der Luftfahrt dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die Bewilligung ist insoweit bedingt, befristet oder mit Auflagen zu erteilen, als dies im Interesse der Sicherheit der Luftfahrt erforderlich ist.

(2) Zur Erteilung der in Abs. 1 genannten Bewilligung ist für den Fall, dass sich die Anlage außerhalb der Sicherheitszone eines Militär- oder Zivilflugplatzes befindet, die Austro Control GmbH und für den Fall, dass sich die Anlage innerhalb der Sicherheitszone eines Zivilflugplatzes befindet, der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, jeweils im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Landesverteidigung zuständig. Bei Anlagen, die sich außerhalb von Sicherheitszonen befinden, hat die Austro Control GmbH in jenen Fällen, in denen ausschließlich eine Beeinträchtigung von ortsfesten Einrichtungen der Luftraumüberwachung oder ortsfester Anlagen für die Sicherheit der Militärluftfahrt verursacht werden könnte, den Antrag auf Bewilligung gemäß Abs. 1 unverzüglich dem Bundesminister für Landesverteidigung weiterzuleiten. Mit Einlangen des Antrages beim Bundesminister für Landesverteidigung geht die Zuständigkeit zur Entscheidung auf diesen über. Für den Fall, dass sich die Anlage innerhalb der Sicherheitszone eines Militärflugplatzes befindet, ist zur Erteilung der in Abs. 1 bezeichneten Bewilligungen der Bundesminister für Landesverteidigung zuständig.

(3) Die Bewilligung gemäß Abs. 1 erlischt, wenn mit der Errichtung, der Abänderung oder der Erweiterung der Anlage nicht binnen zwei Jahren ab Eintritt der Rechtskraft der Bewilligung begonnen wird. Wird der Betrieb der Anlage nicht binnen einem Jahr nach der Errichtung, der Abänderung oder Erweiterung aufgenommen oder ruht er länger als zwei Jahre, dann kann die zuständige Behörde aus Gründen der Sicherheit der Luftfahrt die Bewilligung widerrufen und dem Eigentümer die Entfernung der Anlage auf seine Kosten anordnen. Der Betreiber der Anlage hat der zuständigen Behörde die Nichtaufnahme oder das Ruhen des Betriebes anzuzeigen.

Vom Gutachter für Luftfahrt wurden die Auflagen derart vorgeschlagen und nunmehr in die bescheidmäßige Erledigung übernommen, dass die Gefährdungen der Sicherheit der Luftfahrt auf ein vertretbares Maß reduziert werden können. Sowohl die Nachtkennzeichnung als auch die Tagesmarkierung sind für den Personenschutz unbedingt erforderlich und daher gegenüber dem Landschaftsschutz prioritär zu betrachten.

Des Weiteren wurde eine Vereinbarung, abgeschlossen zwischen der Projektwerberin sowie der Republik Österreich, BMLVS, über Ausgleichsmaßnahmen für die vom Betrieb der WKA hervorgerufenen Störwirkungen auf die militärische Radarstellung Zeilerberg vorgelegt. § 94 leg cit wurde sohin ebenfalls entsprochen.

2.3.7. Forderung der APG

Den Forderungen der APG, Austrian Power Grid AG, betreffend die Sicherheitsabstände zu den Hochspannungsleitungen wurden insofern Rechnung getragen als vor Baubeginn der Behörde ein Nachweis, ausgestellt von der APG oder einem befugten Ziviltechniker, über die Einhaltung der von der APG geforderten Abstände zwischen den gegenständlichen Windenergieanlagen und den im Nahbereich befindlichen Hochspannungsleitungen zu erbringen ist.

3. Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz – UVP-G 2000 – zusätzliche Genehmigungskriterien (§ 17 Abs. 2 UVP-G):

Aufgabe der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist es, unter Beteiligung der Öffentlichkeit auf fachlicher Grundlage

1. die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen festzustellen, zu beschreiben und zu bewerten, die ein Vorhaben
 - a) auf Menschen, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume,
 - b) auf Boden, Wasser, Luft und Klima,
 - c) auf die Landschaft und
 - d) auf Sach- und Kulturgüterhat oder haben kann, wobei Wechselwirkungen mehrerer Auswirkungen untereinander miteinzubeziehen sind,

2. Maßnahmen zu prüfen, durch die schädliche, belästigende oder belastende Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt verhindert oder verringert oder günstige Auswirkungen des Vorhabens vergrößert werden,
3. die Vor- und Nachteile der vom Projektwerber/von der Projektwerberin geprüften Alternativen sowie die umweltrelevanten Vor- und Nachteile des Unterbleibens des Vorhabens darzulegen (vgl. § 1 Abs. 1 Z. 1 bis 3 UVP-G 2000).

Zufolge § 17 Abs. 2 UVP-G gelten, soweit dies nicht schon in anzuwendenden Verwaltungsvorschriften vorgesehen ist, im Hinblick auf eine wirksame Umweltvorsorge zusätzlich nachstehende Genehmigungsvoraussetzungen:

1. Emissionen von Schadstoffen sind nach dem Stand der Technik zu begrenzen,
2. die Immissionsbelastung zu schützender Güter ist möglichst gering zu halten, wobei jedenfalls Immissionen zu vermeiden sind, die
 - a) das Leben oder die Gesundheit von Menschen oder das Eigentum oder sonstige dingliche Rechte der Nachbarn/Nachbarinnen gefährden,
 - b) erhebliche Belastungen der Umwelt durch nachhaltige Einwirkungen verursachen, jedenfalls solche, die geeignet sind, den Boden, die Luft, den Pflanzen- oder Tierbestand oder den Zustand der Gewässer bleibend zu schädigen, oder
 - c) zu einer unzumutbaren Belästigung der Nachbarn/Nachbarinnen im Sinne des § 77 Abs. 2 der Gewerbeordnung 1994 führen,
3. Abfälle sind nach dem Stand der Technik zu vermeiden oder zu verwerten oder, soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, ordnungsgemäß zu entsorgen.

Die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung (insbesondere Umweltverträglichkeitserklärung, Umweltverträglichkeitsgutachten oder zusammenfassende Bewertung, Stellungnahmen, einschließlich der Stellungnahmen und dem Ergebnis der Konsultationen nach § 10, Ergebnis einer allfälligen öffentlichen Erörterung) sind gemäß § 17 Abs. 4 UVP-G in der Entscheidung zu berücksichtigen. Durch geeignete Auflagen, Bedingungen, Befristungen, Projektmodifikationen, Ausgleichsmaßnahmen oder sonstige Vorschriften (insbesondere auch für Überwachungs-, Mess- und Berichtspflichten und Maßnahmen zur Sicherstellung der Nachsorge) ist zu einem hohen Schutzniveau für die Umwelt in ihrer Gesamtheit beizutragen.

Ergibt die Gesamtbewertung, dass durch das Vorhaben und seine Auswirkungen, insbesondere auch durch Wechselwirkungen, Kumulierung oder Verlagerungen, unter Bedachtnahme auf die öffentlichen Interessen, insbesondere des Umweltschutzes, schwerwiegende Umweltbelastungen zu erwarten sind, die durch Auflagen, Bedingungen, Befristungen, sonstige Vorschriften, Ausgleichsmaßnahmen oder Projektmodifikationen nicht verhindert oder auf ein erträgliches Maß vermindert werden können, ist der Antrag abzuweisen (§ 17 Abs. 5 leg. cit.).

Zu den Belastungen der Umwelt gemäß Z 2 lit. b leg.cit. ist auf die Ausführungen zu den mitanzuwendenden Materiengesetzen hinsichtlich des Pflanzen- und Tierbestandes zu verweisen. Alle Standorte der Anlagen sowie Zufahrtswege betreffen Flächen, die aus vegetationskundlicher Sicht als nicht wertvoll einzustufen sind.

Die in § 17 Abs. 2 UVP-Gesetz unter Z 2 – 3 angeführten Genehmigungsvoraussetzungen sind ebenfalls bereits in den mitanzuwendenden Verwaltungsvorschriften, hier insbesondere dem Wasserrechtsgesetz, Luftfahrtgesetz, ForstG, dem Bgld. Natur- und Landschaftsschutzgesetz, Bgld. Baugesetz und Bgld. Elektrizitätswesengesetz ausführlich dargestellt, sodass diesbezüglich auf die genannten Materiengesetze und die damit im Zusammenhang stehenden Ausführungen zu verweisen ist.

Ergänzend ist zum Fachbereich des Bundesdenkmalamtes festzuhalten, dass im Projektgebiet allenfalls archäologisch relevante Strukturen „angefahren“ werden, die es rechtfertigen, den Humusabtrag durch einen Vertreter des Bundesdenkmalamtes überwachen zu lassen. Auch diese Forderung hat in den Auflagen ihren Niederschlag gefunden.

Auch die Auswirkungen auf den Boden und die Landwirtschaft durch Schattenwurf, Flächeninanspruchnahme und Zerschneidung der Landschaft werden vom landwirtschaftlichen Sachverständigen als umweltverträglich angesehen.

Aus verkehrstechnischer Sicht kommt es vor allem in der Errichtungsphase zur Beanspruchung bestehender Verkehrseinrichtungen. Während des Betriebs ist diese vernachlässigbar. Durch die von der Konsenswerberin und vom Sachverständigen vorgeschlagenen und nunmehr vorgeschriebenen einschlägigen Auflagen kann die Beeinträchtigung des Verkehrsflusses gering gehalten werden. Eine Beeinträchtigung der Sicherheit des Verkehrs wird nicht erwartet.

Aus touristischer Sicht kann keine unmittelbare Belastung abgeleitet werden.

Im Übrigen sind die Auswirkungen auf die Umwelt durch die bereits vorhabensgemäß vorgesehenen Maßnahmen gering gehalten. Bei Beachtung der von den Gutachtern formulierten Nebenbestimmungen, die im Spruch nunmehr für verbindlich erklärt wurden, lässt sich zusammenfassen, dass den umfassenden wahrzunehmenden Schutzinteressen des UVP-G entsprochen wird.

Damit ist für die erkennende Behörde die Einhaltung obiger Genehmigungsvoraussetzung als erwiesen zu betrachten. Es ist somit gewährleistet, dass im Sinne des § 17 Abs. 4 UVP-G die Entscheidung über den Genehmigungsantrag so gehalten ist, dass zu dem bestmöglichen Schutzniveau für die Umwelt in ihrer Gesamtheit beigetragen wird.

Dabei sollte auch nicht übersehen werden, dass sowohl national als auch international große Anstrengungen zur Erreichung des Kyotoziels gemacht werden. Die Windkraft als solche leistet, wie der Sachverständigenkoordinator in seiner zusammenfassenden Bewertung hingewiesen hat, ebenfalls hiezu einen wertvollen Beitrag.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen zu erwähnen, die u.a. zum Ziel hat, die Entwicklung von erneuerbaren Energiequellen unter Berücksichtigung der regionalen und lokalen Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern.

Wie das Ermittlungsverfahren gezeigt hat, werden die öffentlichen wahrzunehmenden Schutzinteressen, die sich aus § 1 Abs. 2 Z 1 UVP-G 2000 sowie den mitanzuwendenden materiellrechtlichen Vorschriften ergeben, bei Realisierung des Vorhabens bestmöglich geschützt.

Ebenso sind die widmungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung der Windkraftanlagen durch die Widmungskategorie Grünland – Windkraftanlage erfüllt.

Abschließend kann daher festgestellt werden, dass sich das verfahrensgegenständliche Vorhaben im Sinne der Bestimmungen des § 1 UVP-G 2000 bei Einhaltung der im Spruch nunmehr vorgeschriebenen Auflagen als „umweltverträglich“ erweist, weshalb auch die Genehmigung gemäß § 17 Abs. 1 UVP-G zu erteilen war.

3. Zur Aberkennung der aufschiebenden Wirkung

Gemäß § 64 Abs. 2 AVG kann die Behörde die aufschiebende Wirkung einer rechtzeitig eingebrachten Berufung ausschließen, wenn die vorzeitige Vollstreckung im Interesse einer Partei oder des öffentlichen Wohles wegen Gefahr im Verzug dringend geboten ist.

Die Voraussetzungen für den spruchgemäß erfolgten Ausschluss der aufschiebenden Wirkung liegen aus nachstehenden Gründen vor:

Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung ist auch bei Berufungen gegen Anlagengenehmigungen zulässig. Wie *Hauer*, Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung im Anlagengenehmigungsverfahren, ÖJZ 2002/1 dargelegt hat, ist der Begriff der "Vollstreckung" allgemein als Umsetzung des Bescheides in die Wirklichkeit zu verstehen und daher auch bei Rechtsgestaltungsbescheiden möglich. *Hauer* begründet dies mit einer subjektiv-historischen Interpretation und weist nach, dass gegen die von ihm vorgetragene Auffassung auch keine verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen. Generell wird im überwiegenden Schrifttum die Anwendbarkeit des § 64 Abs. 2 AVG auf Anlagenkonsense bejaht (*Schmelz*, Die aufschiebende Wirkung von Rechtsmitteln im österreichischen Verwaltungsrecht - dargestellt am Sozialversicherungsrecht, ZAS 1982, 83 ff; *Hengstschläger*, Die aufschiebende Wirkung von Rechtsmitteln im Verwaltungsrecht unter Anspruch auf Folgenbeseitigung wegen vorzeitiger Vollziehung, ÖJZ 1973, 534 ff).

Auch die Judikatur des VwGH bestätigt dieses Verständnis des Vollstreckungsbegriffs und damit die grundsätzliche Anwendbarkeit von § 64 Abs. 2 AVG auch auf Rechtsgestaltungsbescheide (VwSlg. 7226 A/1967; 17.10.1989, 88/11/0237; 1.10.1996, 96/11/0195).

Das Gesetz sieht als Voraussetzung für die Aberkennung der aufschiebenden Wirkung das Vorliegen von Gefahr im Verzug vor. Tatsächlich wäre mit dem Zuwarten für die Dauer des (6-monatigen) Berufungsverfahrens die Gefahr eines unwiederbringlichen Nachteils verbunden.

Der verfahrensgegenständliche Windpark erlaubt die Erzeugung von bis zu 27 MW Strom aus Windkraft unter effizientester Ausschöpfung eines der größten Windkraftpotentiale bei vergleichsweise geringeren Umweltauswirkungen.

Die Einspeisetarife, welche für die Betreiber von Windparks entscheidend sind, sind vom BMWFJ festzusetzen, die Entgelte werden jährlich in der Ökostromverordnung (ÖSVO) fixiert.

Sollte es der Antragstellerin nicht gelingen, bis längstens 30. Juni 2012 einen Antrag auf Vertragsabschluss bei der OeMAG einzubringen, hätte dies für das Vorhaben ruinöse Folgen, und zwar deshalb, da nur bis zu diesem Termin der Tarif von 9,5 Cent/kWh gilt.

Eine spätere Antragstellung hätte zur Folge, dass einerseits ein sehr wahrscheinlich niedrigerer Tarif zur Anwendung käme, andererseits aber alle vorgereichten, vor allem zur Förderung beantragten Projekte mit privilegiertem Tarif zu bedienen wären.

Im Ergebnis wäre dies das Aus für den Windpark. Es käme zum Verzicht auf den (einen der) effizientesten Windparkstandorte in Österreich. Dies schädigt aber nicht nur die Interessen des Antragstellers, sondern stellt auch einen großen volkswirtschaftlichen und umweltpolitischen Schaden dar.

Österreich wäre bei Nichtausschöpfung dieses Windkraftpotentials möglicherweise nicht in der Lage, das unionsrechtlich für Österreich verbindliche Ziel von 34 % Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch im Jahr 2020 zu erreichen (Art 3 RL 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, ABl L 140/20). Österreich würde also seinen verpflichtenden Beitrag zur Verminderung des Klimawandels nicht leisten! Hinzu käme das Unterbleiben einer maßgeblichen Investition mit zahlreichen Arbeitsplätzen in der Bauphase und der anschließenden Wartungsphase während des Betriebes.

Ebenso wäre das Ziel des Landes Burgenland, eine autarke Energieversorgung zu erreichen, nicht zu realisieren. Wie der Entschließung des Burgenländischen Landtages vom 23. November 2006, GZ: 19-179, zu entnehmen ist, soll dieses Bundesland bis 2013 stromautark und in weiterer Folge energieautark werden, wozu auch und gerade die Windenergie erforderlich ist. Durch diese Initiativen wird sichergestellt, dass eine Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zugunsten eines Ausbaus auf dem Sektor erneuerbarer und alternativer Energien erfolgt und damit wird auch eine klare Alternative zur Atomkraft aufgezeigt, ein entscheidender Beitrag zum Klimaschutz geleistet und die regionale Wertschöpfung sowie die Arbeitsmarktsituation verbessert. Diese vom Burgenländischen Landtag vorgegebene Energiepolitik liegt ohne Zweifel im öffentlichen Interesse. Der verfahrensgegenständliche Windpark entspricht dieser Energiepolitik.

Somit vertritt die erkennende Behörde zusammengefasst die Auffassung, dass das Tatbestandsmerkmal Gefahr im Verzug vorliegt.

Die Judikatur des VwGH stützt in Ausnahmefällen wie dem vorliegenden die Aberkennung der aufschiebenden Wirkung. Im Erkenntnis vom 20.10.2004, 2003/04/0017, 0018, wurde am Beispiel der Veranstaltung von bundesweitem terrestrischem Fernsehen für das Versorgungsgebiet der Republik Österreich die Beschleunigung des Sendestarts als Argument für die Aberkennung der aufschiebenden Wirkung implizit anerkannt. Gerechtfertigt erschien dem VwGH in seinem Erkenntnis vom 17.11.1994, 93/06/0216, der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung im Zusammenhang mit der dringlichen Errichtung eines Flüchtlingsheims. Bereits in seinem Erkenntnis vom 4.5.1992, 89/07/0117, hat der VwGH die Rechtskonformität der Aberkennung der aufschiebenden Wirkung durch die Agrarbehörde in einem Zusammenlegungsverfahren bestätigt.

Die verfassungsgerichtliche Judikatur bestätigt wiederum die grundsätzliche Verfassungskonformität der Aberkennung der aufschiebenden Wirkung im Einzelfall, die Effizienz eines Rechtsmittels darf vielmehr nicht durch einen generellen Ausschluss der aufschiebenden Wirkung ausgehöhlt werden (statt vieler: VfGH 1.3.2002, G 319/01). Auch der Umweltsenat hat sich bereits mehrfach mit der Frage befasst, ob die Aberkennung der aufschiebenden Wirkung durch die UVP-Behörde 1. Instanz gesetzeskonform war und eine solche erstbehördliche Vorgangsweise im Einzelfall gestützt (so etwa US 17.9.2008, US 3B/2005/19-54a, *NÖ 380 kV-Leitung Etzersdorf-Theiss AW*). Generell ist zur unionsrechtlichen Zulässigkeit der Aberkennung der aufschiebenden Wirkung festzuhalten, dass die UVP-RL (RL des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, 85/337/EWG idgF) fordert, dass die Umweltauswirkungen eines Projektes im Zuge der Erteilung einer Genehmigung zu prüfen sind (Art 1 Abs. 2, 2 Abs. 1 RL). Erst aufgrund einer Genehmigung, welcher ein Verfahren zur Prüfung der Umweltauswirkungen des Projekts vorausgegangen ist, darf das Vorhaben errichtet werden.

Diese Voraussetzung ist erfüllt, da im Ermittlungsverfahren alle Umweltauswirkungen geprüft wurden und das Ermittlungsergebnis in den vorliegenden Bescheid eingeflossen ist. Vor Erlassung des gegenständlichen Bescheides 1. Instanz ist die Errichtung der Anlage daher selbstverständlich unzulässig. Die UVP-RL erstreckt aber das Gebot, die Ausführung eines UVP-pflichtigen Vorhabens bis zur Erteilung der Genehmigung aufzuschieben, nicht auch auf ein allfälliges Rechtsmittelverfahren, da die Richtlinie ein solches Rechtsmittelverfahren gar nicht fordert (dies ist insbesondere auch nicht aus Art 10a UVP-RL abzuleiten). Auch § 3 Abs. 6 UVP-G 2000 ist so zu lesen, dass mit "*Abschluss der Umweltverträglichkeitsprüfung*" der Abschluss des Verfahrens 1. Instanz, nicht jedoch auch eines allfälligen Berufungsverfahrens vor dem Umweltsenat zu verstehen ist.

Die Aberkennung der aufschiebenden Wirkung ist im vorliegenden Fall somit nicht nur zulässig, sondern auch geboten.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Rechtsmittelbelehrung

I.

Gegen den Bescheid kann innerhalb von vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, im Wege der automatisch unterstützten Datenverarbeitung (E-Mail) oder mit Telefax beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, Abteilung 5, Anlagenrecht, Umweltschutz und Verkehr, Hauptreferat IV, Gewerbe- und Baurecht, Europaplatz 1, 7001 Eisenstadt, Berufung erhoben werden. Die Berufung hat den Bescheid zu bezeichnen, gegen den sie sich richtet (bitte Bescheidzahl angeben) und einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten.

Die Gebühr für die Berufung beträgt € 14,30.

II.

Gegen den Kostenbescheid (Spruchpunkt IV.) kann binnen zwei Wochen ab Zustellung ho. schriftlich Vorstellung eingebracht werden, da es sich dabei um die Vorschreibung von Geldleistungen ohne vorausgegangenes Ermittlungsverfahren handelt (Mandatsbescheid). Die Vorstellung hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet zu bezeichnen, und einen begründeten Antrag zu enthalten. Die Vorstellung ist zu vergebühren; die Eingabe mit 14,30 Euro, Beilagen mit 3,90 Euro pro Bogen; diese Gebühren sind nach Zustellung der Entscheidung über die Vorstellung zu entrichten.

Ergeht an:

1. die Vieghofer Windmanagement GmbH, vertreten durch die Schwentenwein Baubetreuungs GmbH, 7000 Eisenstadt, Marktstraße 3, Technologiezentrum, unter Anschluss einer Projektsparie sowie eines Erlagscheins, RSb,
2. die Republik Ungarn, vertreten durch das Umweltministerium, im Wege des Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Stubenbastei 5, 1010 Wien,
3. den Nationalpark Fertő-Hanság, H-9435 Sarrod, Rev-Kocsagvar, Postacim: H-9435 Sarrod; Pf 4
4. die Abt. 3 Finanzen und Buchhaltung im Hause, zur Vormerkung der Kosten
5. Herrn Koordinator WHR Dipl. Ing. Christian Schügerl, 7000 Eisenstadt, Ruster Straße, per e-mail,
6. die Abteilung 9, z.Hd. WHR Dipl. Ing.. Gerald Hüller, in seiner Funktion als wasserwirtschaftliches Planungsorgan, unter Anschluss einer Projektsparie, RSb,

7. die Burgenländische Landesumweltanwaltschaft, im Hause, RSb,
8. die Gemeinde 2425 Nickeldorf, unter Anschluss einer Projektsparie, RSb,
9. des Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Stubenbastei 5, 1010 Wien,
10. die Bezirkshauptmannschaft 7100 Neusiedl am See,
11. das Arbeitsinspektorat für den 16. Aufsichtsbezirk, Franz Schubert-Platz 2, 7000 Eisenstadt,
12. die Austro Control GmbH, 1030 Wien, Schnirchgasse 11,
13. die Abteilung 5, Hauptreferat Verkehr, als mitwirkende Behörde nach dem Luftfahrtgesetz,
14. die Abteilung 5, Hauptreferat Gewerbe- und Bautechnik, als mitwirkende Behörde nach dem Burgenländischen Elektrizitätswesengesetz 2006 – Bgld. ElWG 2006,
15. das Bundesdenkmalamt, 1010 Wien, Hofburg – Säulenstiege,
16. das Kommando Fliegerregiment 1, FIH BRUMOWSKI, 3425 Langenlebarn,
17. das Kommando Fliegerregiment 2, FIH HINTERSTOISSER, 8740 Zeltweg,
18. das Kommando Fliegerregiment 3, FIH VOGLER, 4063 Hörsching,
19. den ÖAMTC, Christophorus-Flugrettungsverein, Schuberttring 1-3, 1010 Wien.
20. den Sachverständigen für Raumplanung, Herrn WHR Dipl. Ing. Rupert Schatovich, LAD-Raumordnung, per e-mail,
21. den Sachverständigen für Landwirtschaft, Herrn WHR Dipl. Ing. Albert Mehsam, Abt. 4a, per E-Mail,
22. den Sachverständigen für Naturschutz, Herrn Dr. Alfred Grill, Biologische Station Neusiedler See, 7142 Illmitz, per E-Mail,
23. den Sachverständigen für Forst- und Jagdwesen, Herrn Dipl. Ing. Himmlmayr, Abt. 4b - Forsttechnik, per E-Mail,
24. den Sachverständigen für Agrartechnik und Güterwege, 4b – Güterwege, per E-Mail,
25. den Sachverständigen für Landschaftsschutz, Herrn WHR Dipl. Ing. Fertl, LAD-Raumordnung, per E-Mail,
26. den Sachverständigen für Gesundheit und Umwelthygiene, Herrn WHR Dr. Ernst Gschiel, Abt. 6, per E-Mail,
27. den Sachverständigen für Geologie, Dr. Hofer per E-Mail,
28. den Sachverständigen für Luftfahrt, Herrn Ing. Pichler, per E-Mail,
29. den Sachverständigen für Maschinenbau, Elektrotechnik und Schattenwurf, Herrn DI Deutsch, Abt. 8, Rusterstraße 135, 7000 Eisenstadt, per E-Mail,
30. den Sachverständigen für Schalltechnik, Herrn OBR DI Trettler, per E-Mail,
31. den Sachverständigen für Hochbau, Herrn Dipl. Ing. Roland Schmidt, Abt. 8 - Hochbau, per E-Mail,
32. den Sachverständigen für Straßen- und Verkehrswesen, Herrn Dipl. Ing. Grubits, per E-Mail.

Für die Landesregierung:
Dr. Hochwarter



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter
<http://www.signaturpruefung.gv.at>

Die Echtheit eines Ausdruckes kann durch Vorlage beim Absender verifiziert werden.
Details siehe: <http://e-government.bgld.gv.at/amtssignatur>